Politologe Münkler: So bekämpfen wir den Terror S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 42 – 21. Oktober 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

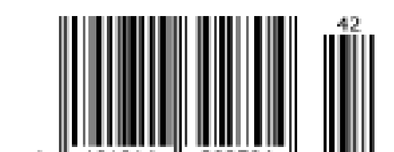




Foto: Grigat

Sehen die SFVV auf einem guten Weg: Erika Steinbach, Gundula Bavendamm, Monika Grütters (v. li.) und Bernd Fabritius (3. v. re.)

Bereicherung für Berlin

Richtfest am Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Mit dem Richtfest nimmt das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) sichtbar Gestalt an.

Der vergangene Montag war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum neuen Sitz der SFVV. In Anwesenheit von Kulturstaatsministerin Monika Grütters, der Stiftungsdirektorin Gundula Bavendamm, hochrangigen Vertretern der Bundesbauverwaltung, Planern und Bauausführenden wurde das Richtfest für den Um- und Erweiterungsbau des Deutschlandhauses am Anhalter Bahnhof in Berlin-Kreuzberg begangen. Eigentümerin und Bauherrin ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die das Gebäude nach der für 2018 geplanten Fertigstellung an die Stiftung als Mieterin übergeben wird.

Der Entwurf des österreichischen Büros Marte.Marte Architekten sieht vor, zwei der vier Gebäudeseiten des alten Deutschlandhauses zu erhalten. In diese Gebäudeteile wird ein moderner, hochfunktionaler Museumskubus integriert. Der Neubau entwickelt sich demnach aus einem an das Deutschlandhaus angefügten monolithischen Sockelgeschoss. Über ein zweigeschossiges Foyer gelangt man in die zum Stadtraum offene, als „freischwebender“ Sichtbetonkubus gestaltete Dauerausstellungsebene. Zwischen Alt- und Neubau entsteht eine schmale Lichtfuge, ein zentrales Gestaltungselement, das sowohl der Belichtung als auch der räumlichen Trennung zum Bestandsgebäude dient. Der Rohbau wird im kommenden Frühjahr fertiggestellt. Der Einbau der Fenster und die Dacharbeiten im Bestand sind bereits abgeschlossen. Ein Schwerpunkt in diesem Jahr ist der technische Gebäudeausbau, dem 2017 der Innenausbau folgt.

> »Markstein im Berliner Stadtbild«

Monika Thomas, Leiterin der Bau-Abteilung im Bundesbauministerium, lobte die Planung in ihrer Ansprache als „anspruchsvollen Entwurf“, der „Geschichte, Tradition, Denkmalschutz und Nachhaltigkeit“ miteinander vereinbare. Sie ist sich sicher, dass der Bau „die Museumslandschaft Berlins inhaltlich wie baukulturell bereichern“ werde. Der Architekt Stefan Marte sieht in seiner Schöpfung „durch die klare architektonische Formensprache wie auch aufgrund der inhaltlich bedeutungsvollen Arbeit“ gar einen „neuen Markstein im Stadtbild von Berlin“.

Das zwischen 1926 und 1935 im Stil der Neuen Sachlichkeit errichtete Deutschlandhaus wurde nach starken Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg 1960 wieder aufgebaut und steht heute unter Denkmalschutz. Nach seiner Umgestaltung und der Fertigstellung des Neubaus werden hier auf rund 3000 Quadratmetern eine Dauerausstellung, Wechselausstellungen, ein öffentlicher Lesesaal mit Bibliothek, Archiv und Zeitzeugenberichten sowie Veranstaltungen, pädagogische Angebote und ein Raum der Stille für das individuelle Gedenken zur Verfügung stehen. Für Kulturstaatsministerin Grütters ist diese Darstellung von Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen „von großer erinnerungspolitischer Bedeutung“. Die „Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im europäischen Rahmen und mit Respekt für die Perspektive der Anderen seien darüber hinaus maßgebliche Beiträge zu Versöhnung und Verständigung“, betonte sie in ihrer Festansprache. Es sei ihr ein großes Anliegen, den Bau weiter voranzutreiben. *J.H.*

Jan Heitmann: Oh Wunder

Es geschehen noch Wunder. Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD-Aktuell, hat erklärt, die „Tagesschau“ erhebe „keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit“. Das ist wahrlich bemerkenswert, gerieren sich die Macher der Hauptnachrichtensendung des Staatsrundfunksenders ARD sonst doch als Künder der reinen Wahrheit. Und es kommt noch besser: Gniffke zufolge beansprucht die „Tagesschau“ auch „keine Deutungshoheit über das politische Geschehen“, ja, die durch Zwangsabgaben der Bürger besoldeten Fernsehschaffenden wollen denen auch nicht einmal mehr vorschreiben, „was sie zu glauben haben“.

Der erste Schritt auf dem Weg zur medialen Tugend ist der Verzicht auf den Zusatz „rechtspopulistisch“, wenn von der AfD die Rede ist. Der erfolgt indes nicht aus der Einsicht heraus, dass die Staatssender zur neutralen Berichterstattung verpflichtet sind, sondern weil „viele Zuschauer dies als belehrend empfunden“ hätten, wie Gniffke freimütig eingesteht. Man müsse es lernen, die AfD als eine demokratisch legitimierte Partei zu behandeln. Ein schweres Los für die stets um tendenziöse Berichterstattung bemühten „Tagesschau“-Macher, haben sie doch hart daran gearbeitet, die Fernsehzuschauer vom Gegenteil zu überzeugen.

Glücklicherweise sind die Medienkonsumenten nicht so einfältig, wie die Propagandisten von ARD und ZDF glauben. Sie durchschauen, wenn sie indoktriniert werden. Bleibt zu hoffen, dass sie sich auch noch über all die anderen Manipulationen bei den euphemistisch als „öffentlich-rechtlich“ bezeichneten Sendeanstalten beschweren. Dann wären die gezwungen, aus dem Lager der Lügen- und Lückenpresse wieder in das der seriösen Medien zu wechseln.

(siehe auch Seite 8)

Nur ein Teilerfolg für Gabriel

Bundesverfassungsgericht verneint Eilbedürftigkeit einer Entscheidung in Sachen Ceta – Urteil in der Sache kommt später

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung als unbegründet abgelehnt, die sich gegen eine Zustimmung Deutschlands zur vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens mit Kanada richteten. Allerdings haben die Verfassungshüter der Bundesregierung damit keinen Freibrief erteilt. Denn diese muss sicherstellen, dass ein EU-Ratsbeschluss zu Ceta nur die Bereiche umfassen wird, die unstreitig in der Zuständigkeit der EU liegen. Außerdem muss gewährleistet sein, dass bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren „eine hinreichende demokratische Rückbindung der im Gemischten Ceta-Ausschuss gefassten Beschlüsse“ möglich ist. Und schließlich muss eine einseitige Beendigung der vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens durch Deutschland ermöglicht werden.

Bei Einhaltung dieser Maßgaben bestehen nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts weder für die Rechte der über 200 000 Beschwerdeführer noch für die Mitwirkungsrechte des Bundestages schwere Nachteile, die den Erlass einer einstweiligen Anordnung erforderlich machen würden.

Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle legte bereits zum Verhandlungsauftakt dar, Ceta sei „ein sehr komplexes Abkommen“. Im Eilverfahren sei ein strenger Maßstab anzulegen. Das gelte insbesondere, wenn es um eine Maßnahme mit völkerrechtlichen und außenpolitischen Auswirkungen gehe. Es werde deshalb ganz zentral um die Frage gehen, ob die Bundesrepublik Deutschland die vorläufige Anwendung nach einer endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen Ceta wieder beenden könne. Genau das hat das Gericht nun in seinem Urteil zur Voraussetzung für eine deutsche Zustimmung zu dem Freihandelsabkommen gemacht.

> Deutsche Zustimmung nur mit späterer Ausstiegsoption

Dass das Gericht sich letztlich weniger von juristischen als vielmehr von politischen Erwägungen hat leiten lassen, geht aus der Urteilsbegründung hervor. Darin heißt es unter anderem: „Ein – auch nur vorläufiges – Scheitern von Ceta dürfte über eine Beeinträchtigung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der EU und Kanada hinaus weitreichende Auswirkungen auf die Verhandlung und den Abschluss künftiger Außenhandelsabkommen haben. Insofern erscheint es naheliegend, dass sich der Erlass einer einstweiligen Anordnung negativ auf die europäische Außenhandelspolitik und die internationale Stellung der Europäischen Union insgesamt auswirken würde. Die mit dem Erlass einer einstweiligen Anordnung bei späterer Erfolglosigkeit in der Hauptsache verbundenen Nachteile könnten sich mit hoher Wahrscheinlichkeit als irreversibel erweisen. Die zu erwartende Einbuße an Verlässlichkeit sowohl der Bundesrepublik Deutschland – als Veranlasser einer derartigen Entwicklung – als auch der EU insgesamt könnte sich dauerhaft negativ auf den Handlungs- und Entscheidungsspielraum aller europäischen Akteure bei der Gestaltung der globalen Handelsbeziehungen auswirken. Demgegenüber wiegen die Nachteile weniger schwer, die entstünden, wenn die einstweilige Anordnung nicht erlassen würde, sich die Mitwirkung der Bundesregierung an der Beschlussfassung des Rates später aber als unzulässig erweise.“

Das Bundesverfassungsgericht muss jetzt in einem späteren Hauptsacheverfahren klären, ob der Vertrag in allen Punkten mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Für den Fall, dass dem nicht so sein sollte, hat das Gericht mit seinem aktuellen Beschluss die Voraussetzungen für einen Ausstieg Deutschlands aus dem Freihandelsabkommen geschaffen. *J.H.*

(siehe auch Seite 4)

Die Antwort heißt »heroische Gelassenheit«

Interview mit Herfried Münkler über deutsche Interessen und die Herausforderungen im »asymmetrischen Krieg«

Bernd Kallina sprach in Berlin mit dem Politikprofessor und Bestsellerautor Herfried Münkler („Die neuen Deutschen"), der als führender Vertreter der Theorie vom „asymmetrischen Krieg" gilt und die Bundesregierung in außenpolitischen Fragen berät.

PAZ: *Herr Münkler, vorab eine Frage zu den Prämissen deutscher Außenpolitik. Sie haben der Bundesregierung empfohlen, sich primär an den deutschen Interessen zu orientieren, weniger an ihren Werten. Was meinten Sie damit?*

Herfried Münkler: Zweifellos war die Außenpolitik Deutschlands auch in der Vergangenheit an den Interessen Deutschlands orientiert. Aber was man nach außen hin kommuniziert hat, waren vor allem die Fragen der Werte. Dabei tauchte das Problem auf, dass die engen Bündnispartner und andere das einem nicht abnehmen, nicht glauben. Sie rätseln vielmehr, was sich dahinter verbirgt.

> »Schwache Politiker neigen nämlich zu starken Begriffen«

PAZ: *Nach dem Motto: Wollen uns die Deutschen durch eine vermeintliche Negierung nationaler Interessen ihrer Politik täuschen?*

Münkler: Ja, dieser Eindruck ist häufig entstanden. Also es war mein Ratschlag zu einer Vereinfachung und Verehrlichung in der Kommunikation unter Freunden und Verbündeten. Denn, sehen Sie, wenn die Deutschen gefragt wurden, „Was sind denn Eure deutschen Interessen?", und sie dann geantwortet haben, „Unsere deutschen Interessen sind dieselben wie die europäischen Interessen", dann hat das leider immer sehr viel mehr Irritationen ausgelöst, als wir in unserer Binnenperspektive geglaubt haben. Wir sollten über 70 Jahre nach Kriegsende allmählich in eine Situation kommen, bei der man offener und gelassener die eigene Position auch sichtbar machen kann und sie nicht ständig camouflieren muss.

PAZ: *Sie vertreten die These, dass die konventionellen, symmetrischen Kriege zwischen Staaten früherer Zeiten heute durch asymmetrische Kriege abgelöst worden seien. Wann und wo kam es zu dieser Mutation im Konfliktgeschehen?*

Münkler: Das ist wohl ein Übergang, der sich überlappt, bei dem man beobachten kann, dass er schon in der Zeit der Ost-West-Konfrontation und den sogenannten Stellvertreterkriegen stattfand. In gewisser Hinsicht hat die Asymmetrie ja eine historische Tiefe, die im weiteren Sinn bis in den spanischen Partisanenkrieg, den Kleinen Krieg, die Guerilla Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Aber das europäische Staatensystem war damals so beschaffen, dass es solche Störungen an den Rand gedrängt hat.

Aber außerhalb der europäischen Welt, wo neben Ostasien die Konfrontation der beiden Blöcke im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts am unmittelbarsten war, also in Afrika, teilweise auch in Südamerika, da gab es schon relativ früh in der Gestalt des Partisanen- und Guerilla-Krieges asymmetrische Gewalt-Konflikte. Nehmen Sie die Figur Che Guevara als Chiffre für diese Konzeption.

PAZ: *Wie lautet die konzeptionelle Grundüberlegung dieser von Ihnen erwähnten Chiffre in der Theorie des asymmetrisch kämpfenden Partisanen?*

Münkler: Wie mache ich aus der Stärke des Gegners eine Schwäche? Was wiederum die Voraussetzung dafür ist, dass ich gegen ihn, den Starken, gewinnen kann, denn hinsichtlich seiner Potenziale ist er dem Partisanen ja unendlich überlegen.

PAZ: *Sind unsere Funktionseliten im politisch-medialen Komplex in Deutschland und Europa auf diese neuen Herausforderungen schon angemessen eingestellt?*

Münkler: Eher ungenügend. Es gab und gibt einige – und zwar völlig unabhängig von der parteipolitischen Orientierung –, die sich mit solchen Fragen beschäftigt hatten und dabei auch eine gewisse Sensibilität für den Gestaltwandel des Krieges, das heißt die Fähigkeit zu strategischem Denken, entwickelt haben, was ja in Demokratien nicht unbedingt karriereförderlich ist.

PAZ: *Woher kommt diese Zurückhaltung, um nicht von Lage-Blindheit zu sprechen?*

Münkler: Zunächst einmal gab es im Gefolge von 1989 die Vorstellung, dass die Ost-West-Konfrontation vorbei und man nur noch von Freunden umgeben sei. Man kassierte in den 1990er Jahren die Friedensdividende und rechnete tendenziell mit einem Verschwinden von Kriegen überhaupt. Dass der Krieg aber nur seine Erscheinungsform geändert und sich teilweise hybrisiert hatte, hat man über lange Zeit weniger bis gar nicht gesehen.



Bild: Heinrich-Böll-Stiftung/CF

Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität: Herfried Münkler

PAZ: *Paris, Würzburg, Ansbach, München: Anschlagsorte, die uns den asymmetrischen Krieg auch räumlich näher gebracht haben. Welche Motive leiten islamistisch orientierte Terroristen bei der Gewaltanwendung, sehen sie in den westlich-liberalen Gesellschaften den „Kulturraum des Feindes"?*

Münkler: Nicht nur den Kulturraum, auch den Wirtschaftsraum des Feindes, das ist für ihn miteinander verbunden. Sehen Sie, die Expansion des Westens hat auf der einen Seite auf der Grundlage technologischer Überlegenheit stattgefunden. Aber andererseits auch auf der Basis einer kommunikativen Dominanz, sagen wir einmal dafür „Hollywood" als Stanzung von sozialen Erwartungen, Vorbildern und derlei mehr. Die terroristischen Akteure sehen sich zunächst einmal in ihrer Selbstwahrnehmung in der Defensive, als die Verteidiger von Räumen und Werthaltungen, die sie durch einen immer weiter um sich greifenden „imperialistischen Westen", wie sie ihn nennen würden, bedroht sehen.

PAZ: *Eine Art Minderwertigkeitskomplex, der sich in Aggression entlädt?*

Münkler: So könnte man sagen. Es ist die Reaktion einer blockierten Welt, die aus der Blockade im Sinne der Modernisierungsverweigerung einen Wert macht, weil man in diesem Prozess ganz hinten steht und sozusagen das peinliche Bettelkind ist. Das ist es, was diagnostisch beachtet werden muss, wenn man damit umgehen will, was aber jetzt nicht lösbar ist. Zwar gab es zwei Versuche der Auflösung dieser Selbstblockade: die US-amerikanische Intervention im Irak als den Versuch, sie von außen aufzubrechen, und dann den sogenannten „Arabischen Frühling". Beides ist gründlich schiefgegangen.

PAZ: *Sie schreiben der kommunikativen Strategie und Taktik im asymmetrischen Krieg seitens der Angreifer eine zentrale Bedeutung zu. Welche Rolle spielen dabei die Bilder?*

Münkler: Sie sind im Sinne des asymmetrischen Kriegsverlaufs entscheidend. Zunächst einmal zeigen blutige Anschlagsbilder unsere hohe Verwundbarkeit als postheroische Gesellschaft, die relativ wenig junge Männer hat und eigentlich gar keine von ihnen opfern will. Eine Gesellschaft, die religiös erkaltet ist, das heißt die den Gedanken des sakrifiziellen Opfers nicht mehr zu denken bereit ist und die, wenn sie von Opfern spricht, sofort an den Entschädigungsanspruch denkt. Diese Gesellschaft hat ein hohes Maß an Verwundbarkeit schon dadurch, dass sie das Gefühl hat, uns werden plötzlich Opfer abverlangt.

Auf der anderen Seite kommen Leute und opfern sich selber in einem religiös-selbstmörderischen Sinne, und diese Männer sind zwischen 20 und 25 Jahre alt. Bilder darüber erschüttern uns, sie treffen uns im Mark, weil wir einen vergleichbaren Opfergedanken nicht denken können, sondern eben an den Kategorien des Tauschs orientiert sind.

PAZ: *Wie lauten die Axiome einer erfolgreichen Abwehr-Strategie?*

Münkler: Was auf keinen Fall hilft, wäre hysterische Erregtheit, auch und gerade wenn die aufsehenerregende Brutalität der Anschläge besonders blutig ausfällt. Die erste Verteidigungslinie besteht in einer Einstellung der Bevölkerung, die ich als „heroische Gelassenheit" bezeichne. Sie ist von den Funktionseliten in Staat und Gesellschaft zu vermitteln. Auch die Semantik ist von enormer Bedeutung: Die Bezeichnung der Aggressionshandlungen hat „Kriminalität" zu heißen, nicht „Krieg". Schwache Politiker neigen nämlich zu starken Begriffen, die kontraproduktiv sind. Eine kluge Reaktion auf Anschläge heißt aber vor allem, sich nicht in die Fallen der Terroristen zu begeben.

Deutschland – eine Weihnachtsgans?

Bundesgerichtshof weist afghanische Klagen zum Luftangriff auf einen Tanklastwagen bei Kundus ab

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 6. Oktober die Klage von Angehörigen der Opfer des Luftangriffes bei Kundus auf Schadensersatz – wie schon die beiden Vorinstanzen – abgewiesen. Der juristische Schlagabtausch ist damit aber noch nicht zu Ende: Der Anwalt der Kläger hat eine Verfassungsbeschwerde gegen das BGH-Urteil beim Bundesverfassungsgericht angekündigt. Nicht auszuschließen ist, dass womöglich auch noch der Europäische Gerichtshof mit dem Fall befasst werden wird. Worum geht es?

Im September 2009 hatten auf Befehl des örtlichen Kommandeurs der „Internationalen Schutztruppe für Afghanistan" (Isaf), des deutschen Oberst Georg Klein, US-amerikanische Kampfflugzeuge zwei von Taliban-Kämpfern gekaperte Tanklastwagen bombardiert. Oberst Klein hatte den Befehl dazu gegeben, weil es Hinweise gab, dass die Taliban planten, das nahe Feldlager der Bundeswehr anzugreifen und dafür die Tanklastwagen als rollende Explosivkörper zu verwenden. Ein Informant hatte der Einsatzzentrale mehrmals versichert, dass an Ort und Stelle (die Tanklastwagen waren in einer Sandbank des Kundus-Flusses steckengeblieben) keine Zivilpersonen anwesend seien. Bedauerlicherweise stellte sich diese Information später als falsch heraus: Nahe den Tanklastwagen befanden sich zahlreiche Zivilpersonen aus der Umgebung, um aus den Tanklastern Benzin abzuzapfen. Durch den Luftangriff verloren nach Schätzungen bis zu 100 Menschen, größtenteils Zivilisten (unter ihnen auch Kinder), ihr Leben.

Die Bundesregierung sprach ihr Bedauern über den tragischen Vorfall aus. Sehr bald wurden Forderungen gegen die Bundesrepublik auf finanzielle Entschädigung laut. Vermutlich als Zeichen ihres guten Willens zahlte Deutschland den Familien von 90 Opfern je 5000 US-Dollar, dies allerdings ohne Anerkennung einer diesbezüglichen Rechtspflicht, also ex gratia. Einigen der Betroffenen (oder deren Anwälten) war dies nicht genug. Ein Vater und eine Ehefrau verklagten die Bundesrepublik auf Zahlung von je 90 000 Euro. Dass die Klage sich gegen den Staat und nicht gegen die Person des Oberst Georg Klein richtete, war verständlich. Denn dieser hatte bei seiner Befehlsausgabe nicht als Privatperson gehandelt, sondern in Ausübung seiner militärischen Stellung. Außerdem wäre bei ihm finanziell nicht so viel zu holen gewesen wie bei der Bundesrepublik Deutschland.

> Könnte es sein, dass die Weihnachtsgans irgendwann einmal keine Lust mehr hat, goldene Eier in fremde Körbchen zu legen?

Verständlich und richtig war es aber auch, dass die Bundesregierung eine Rechtspflicht zur Entschädigung abgelehnt hat. Denn eine Anerkennung einer Rechtspflicht hätte einen Präzedenzfall von unvorhersehbarem Ausmaß gebildet für weitere Klagen: Die zwei Klagen beim Bundesgerichtshof wären dann nur Musterklagen im Vorgriff auf andere gewesen. Zu bedenken ist auch, dass Offiziere und Soldaten der Bundeswehr an mehreren Orten in verschiedenen Teilen der Welt im Einsatz sind, nicht um Bonbons zu verteilen, sondern in militärischen Aktionen mit Gebrauch von Waffen. Zur Erinnerung: „Die Freiheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt."

Der Bundesgerichtshof hat die Klage im Kundus-Fall abgewiesen, weil dem Oberst Klein keine Verletzung seiner Amtspflichten nachzuweisen sei; auch sei das deutsche Amtshaftungsrecht (demzufolge der Staat eintritt) grundsätzlich nicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr anwendbar. Bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht könne nur der Heimatstaat des Geschädigten, nicht dieser selbst, den fremden Staat verklagen.

Die Entscheidung des BGH entspricht der geltenden Rechtslage. Es blieb der Fraktion der Partei „Die Linke" im Bundestag vorbehalten, das Urteil heftig anzugreifen. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion, Christine Buchholz, meinte sagen zu müssen, die Richter in Karlsruhe hätten der Bundeswehr „für künftige Bombardierungen einen Blankoscheck ausgestellt"; der Luftangriff in Kundus sei ein „Kriegsverbrechen" – ein ähnliches Urteil aus dem Munde der Linken wünscht man sich in Bezug auf die Luftangriffe der russischen und der US-amerikanischen Luftwaffe in Syrien oder für Dresden 1945 (siehe *PAZ* Nr. 6/2015).

Im Vietnamkrieg gab es „Free Fire Zones": In diesen Feuer-frei-Zonen durfte (sollte?) auf alles geschossen werden, was sich bewegte. Das „IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten" vom 12. August 1949 ist leider weitgehend nur Papier. „Kollateralschäden" nennt man es, wenn Frauen und Kinder in bewaffneten Konflikten (heute auch in sogenannten asymmetrischen Kriegen) sterben.

Die gerichtlichen Schritte gegen die Bundesrepublik im Kundus-Fall werfen schließlich noch eine weniger juristische als politische Frage auf, nämlich: Warum verklagen die Angehörigen von Opfern von russischen oder US-amerikanischen Fliegern nicht deren Heimatländer? Warum werden Zahlungen immer nur von Deutschland erwartet? Ist Deutschland eine Weihnachtsgans? Die Herero in Namibia machen Wiedergutmachungsansprüche geltend wegen der Niederschlagung des Herero-Aufstandes im damaligen Deutsch-Südwestafrika im Jahre 1904, also eines Ereignisses von vor 110 Jahren, unbeschadet der Tatsache, dass die Bundesrepublik viele Millionen an Entwicklungshilfe in dieses Land überwiesen hat.

Griechenland hat Deutschland (erfolglos) vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt, um „Schadensersatz wegen deutscher Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" zu erstreiten. Dabei ist bekanntlich der Staatsbankrott Griechenlands nicht zuletzt vom deutschen Steuerzahler verhindert worden. Könnte es sein, dass die deutsche Weihnachtsgans irgendwann einmal keine Lust mehr hat, goldene Eier in fremde Körbchen zu legen?

Ingo von Münch

Sigmar Gabriel oder Martin Schulz?

Derzeit scheint alles auf einen der beiden als Kanzlerkandidaten der SPD hinauszulaufen

Auf der einen Seite läuft es für Sigmar Gabriel derzeit nicht schlecht und als Parteichef und Vizekanzler ist er fast Kanzlerkandidat qua Amt. Auf der anderen Seite gilt Martin Schulz als ehrgeiziger und als chancenreicher im Wahlkampf gegen Angela Merkel. Wie werden sich die beiden und ihre Partei entscheiden?

Vor nunmehr einem Monat gelang Sigmar Gabriel sein bislang größtes politisches Kunststück. Der SPD-Vorsitzende schaffte es, die Mehrheit der zuweilen störrischen Genossen für eine Zustimmung zu dem umstrittenen Freihandelsabkommen Ceta zu begeistern. Selbst hartgesottene Parteilinke nickten ab. So einig war die älteste Partei Deutschlands gefühlte zwei Jahrzehnte nicht. Knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl steht der einstige Dauerverlierer plötzlich als Allroundtalent da. Drei Ministerpräsidentensessel konnten die Genossen im Jahr 2016 verteidigen. Die Ergebnisse waren zwar schwach, aber am Ende zählte das Resultat.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Gabriel in Rheinland-Pfalz eingriff und Werbung für eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP machte. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen war er für den Fortbestand der Großen Koalition, in Berlin ermunterte er seinen Parteifreund Michael Müller zu einem rot-rot-grünen Bündnis. Offiziell sagte der Vorsitzende stets, dass die Koalitionen vor Ort Ländersache seien. Inoffiziell weiß man, dass es Gabriel wichtig war, vor dem Superwahljahr zu zeigen, über welche Optionen die SPD verfügt.

Der Ober-Genosse galt lange als Verlegenheitslösung. Im November wird er sieben Jahre im Amt sein, er führt die Partei damit länger als es Gerhard Schröder oder Björn Engholm getan haben. Seine Bilanz als Wirtschaftsminister scheint ordentlich, die Arbeitgeberverbände loben die Zusammenarbeit, die Gewerkschaften halten die Füße still.

Was vor ein paar Monaten noch als undenkbar galt, ist nun eine nicht unrealistische Option. Sigmar Gabriel könnte Bundeskanzler werden. Noch hat er sich nicht entschieden, ob er die Partei in die heiße Schlacht des Jahres 2017 führen will, und noch hat die Partei nicht entschieden, ob sie ihn überhaupt will.

> Laut einer Meinungsumfrage würden 29 Prozent Schulz, aber nur 18 Prozent Gabriel den Vorzug vor Merkel als Kanzler geben

In allen Umfragen liegt die SPD immer noch deutlich hinter der kriselnden CDU. Die Dauerdebatte um die Asylsucher hat die Union geschwächt, aber die SPD nicht gestärkt. Links von ihr profitiert die Linkspartei, auch die Grünen legen im Vergleich zu 2013 zu. Und die AfD wildert in allen Revieren. Für „R2G“, wie ein rot-rot-grünes Linksbündnis in Berlin genannt wird, könnte es knapp reichen. Und innerhalb von elf Monaten kann viel passieren. Zwei, drei Prozent weniger dort, drei vier Punkte mehr auf der anderen Seite – und schon würden sich die Machtoptionen verschieben. Aber will Gabriel überhaupt?

Vor vier Jahren ließ er dem ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück den Vortritt, der sich ebenso eine blutige Nase holte wie der heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2009. Die SPD krebst oberhalb der 20-Prozent-Marke und befindet sich dennoch in einer komfortablen Situation. Aller Voraussicht nach wird die CDU die Genossen erneut als Partner benötigen, da Schwarz-Grün in Berlin als unrealistisch, ein Jamaika-Bündnis unter Einbeziehung der FDP als illusorisch gilt. Klar ist aber auch, dass die SPD ein Wunder benötigt, um an der CDU vorbeizuziehen. „Gabriel kann einen anderen vorschicken und sich als Vizekanzler und Wirtschaftsminister aus einer Niederlage raushalten“, zitierte der „Spiegel“ kürzlich aus dem Parteivorstand. Die Tageszeitung „Die Welt“ merkte aber an, „dass dies diesmal nicht ohne Einflussverlust gehen wird. Einen Vizekanzler und Parteivorsitzenden, der kneift, kann sich die Partei nicht erlauben.“

Der Kandidaten-Kreis ist ohnehin eng gesteckt. Steinmeier hat abgewunken, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist gesundheitlich angeschlagen, und Hannelore Kraft stellt sich im Frühjahr in Nordrhein-Westfalen zur Wiederwahl. Bleiben Gabriel und Martin Schulz, der Präsident des Europaparlaments. Dem ehemaligen Kommunalpolitiker aus Würselen wird die Brüsseler Bühne offenkundig zu klein, er liebäugelt mit einem Tanz auf dem Berliner Parkett. Gabriel wollte die Kandidatenfrage möglichst bis Anfang des Jahres 2017 offenhalten, doch immer mehr Funktionäre wollen eine schnelle Entscheidung. Hinter vorgehaltener Hand werfen sie Gabriel zögerliches Verhalten vor, dieser wolle bis zum letzten Moment seine Siegchancen abwägen.



Nicht nur Partei-, sondern wirkliche Freunde: Martin Schulz und Sigmar Gabriel Bild: action press

In der vergangenen Woche musste der SPD-Vorsitzende, der in den vergangenen Monaten einige Steherqualitäten bewiesen hatte, einen mächtigen Treffer kassieren. Denn laut einer Umfrage hätte Schulz deutlich bessere Chancen in einem Wahlkampf gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel als der SPD-Chef. So würden sich zwischen Gabriel und Merkel nur 18 Prozent der Deutschen für den Sozialdemokraten entscheiden und 45 Prozent für die CDU-Vorsitzende. Schulz schneidet in der Kanzlerfrage deutlich besser ab, ihn würden 29 Prozent der Befragten direkt wählen. Im Gegensatz zu Gabriel gilt Schulz als ausgesprochen ehrgeizig. Der EU-Mann wird im Dezember 61, die Bundestagswahl scheint für ihn die letzte Möglichkeit, in Deutschland doch noch eine große Nummer zu werden. Mit Gabriel ist er persönlich befreundet, eine Kampfabstimmung zwischen beiden wird es nicht geben. Sigmar halte eine Menge aus, aber er habe nicht den absoluten Biss, heißt es laut „Focus“ in der Parteispitze. Allerdings hat er zuletzt gezeigt, dass er ein versierter Strippenzieher ist. „Ich bin völlig gelassen“, sagte er kürzlich, als er nach seinen Ambitionen gefragt wurde. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Massenübergriffe abgesprochen

Düsseldorf – Der Rechtspsychologe Rudolf Egg ist in einem Gutachten für den nordrhein-westfälischen Landtag zu dem Schluss gekommen, dass die sexuellen Massenübergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln verabredet waren. Egg hält es für wahrscheinlich, dass sich hunderte Afrikaner in Asylunterkünften und den sozialen Netzwerken miteinander abgesprochen haben, sich an deutschen Frauen zu vergreifen. In der Folge hätten sie als Treffpunkt den Kölner Hauptbahnhof und die Domplatte beschlossen. Als sie dort merkten, dass die Polizei nicht einschreitet, sei die Hemmschwelle gesunken und die Anonymität größer gewesen. Es seien zu viele Männer bewusst zur gleichen Zeit am gleichen Ort gewesen, als dass man von einem Zufall sprechen könnte. *J.H.*

Fraktionen wieder vereint

Stuttgart – Die 22 Abgeordneten der AfD- und der ABW-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg sind wieder in einer Fraktion vereint. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Jörg Meuthen gewählt. Dem Fraktionsvorstand gehören außerdem Anton Baron als Parlamentarischer Geschäftsführer sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bernd Gögel, Rüdiger Klos, Rainer Podeswa und Emil Sänze an. Damit ist die AfD-Fraktion wieder drittstärkste Fraktion und größte Oppositionskraft im Landtag. Die Fraktion betont, dass dem Steuerzahler durch die Fraktionsspaltung keine zusätzlichen Kosten entstanden seien. Da beide Fraktionen mit den ihnen zustehenden Mitteln sehr zurückhaltend umgegangen seien und mit der Auflösung der ABW-Fraktion die angesparten Gelder zurückerstattet werden müssen, seien sogar Steuermittel gespart worden. *J.H.*

Hendricks hält sich raus

Bericht der Bundesbauministerin zum doppelten Regierungssitz

Ein gemischtes Fazit hat Barbara Hendricks zur Aufteilung der Bundesministerien auf Standorte in Bonn und Berlin gezogen. Wie aus einem Berichtsentwurf der SPD-Bundesbauministerin hervorgeht, funktioniert die Arbeitsteilung zwischen den Regierungssitzen an Rhein und Spree – allerdings auf Kosten der Effizienz.

Wie im Jahr 1994 per Bonn-Berlin-Gesetz vereinbart, haben alle Bundesministerien immer noch je einen Dienstsitz in Bonn und einen in Berlin. Konkret sind sechs von 14 Bundesministerien mit ihrem Hauptsitz weiterhin am alten Regierungssitz vertreten. Laut dem Berichtsentwurf der Bundesministerin gab es im Jahr 2015 rund 20700 „teilungsbedingte“ Dienstreisen zwischen den beiden Städten. Mehr als 100 Beschäftigte reisten im vergangenen Jahr sogar mehr als 20-mal hin und her. Die Ausgaben für die Pendelei zwischen Berlin und Bonn summieren sich auf acht Millionen Euro pro Jahr.

Allerdings würde auch ein kompletter Umzug von Bonn nach Berlin zunächst einmal mit erheblichen Kosten verbunden sein. Frühere Schätzungen sind auf Beträge zwischen zwei und fünf Milliarden Euro gekommen, die eine komplette Verlagerung kosten würde.

Als Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug gab Barbara Hendricks zu verstehen, sie wolle den Statusbericht als eine ergebnisoffene „Bestandsaufnahme“ verstanden wissen, die eine Grundlage für eine Diskussion über die Zukunft des zweigeteilten Regierungssitzes liefern soll. Deutlich gemacht hat Hendricks zudem, dass sie nie den Komplettumzug gefordert habe und dies auch weiterhin nicht tun werde.

> Vielleicht sterben die Beschäftigten in Bonn irgendwann aus

Gefordert wird eine komplette Verlegung aller Ministerien nach Berlin hingegen von Kai Wegner. „Die Ministerien, die de facto jetzt schon in Berlin ihren Schwerpunkt haben, sollten komplett umziehen und den Steuerzahler nicht weiter belasten“, so Wegner, von dem man als Vorsitzender der Landesgruppe Berlin in der Unionsfraktion allerdings nicht unbedingt Objektivität erwarten darf. Aus Sicht des Berliner CDU-Politikers ist der doppelte Regierungssitz „purer Luxus und die Kosten in Höhe von jährlich 7,5 Millionen Euro sind nicht länger hinnehmbar“.

Eine gegenteilige Ansicht vertritt erwartungsgemäß Bonns Oberbürgermeister Ashok Sridharan (CDU). Er hat bereits an die Bundeskanzlerin appelliert, sie solle dafür sorgen, dass weitere Umzugsdebatten gestoppt würden und das Berlin-Bonn-Gesetz nicht weiter „ausgehöhlt“ werde. In einem maßgeblich von Sridharan initiierten Positionspapier wird davor gewarnt, dass bei einem Komplettumzug mit erheblichen Kosten zu rechnen sei.

Bereits die Macht des Faktischen dürfte allerdings dafür sorgen, dass es langfristig zu einer weiteren Konzentration auf den Dienstsitz Berlin kommen wird. Obwohl im Bonn-Berlin-Gesetz vereinbart wurde, dass die Mehrheit der Arbeitsplätze am Rhein verbleiben soll, arbeiteten Ende 2015 von den knapp 20000 Beschäftigten etwa 64 Prozent in Berlin und nur noch 35 Prozent in Bonn. Diese Entwicklung wird sich vermutlich weiter verstärken. Wie es im Bericht heißt, sind im Schnitt die Regierungsbeschäftigten in Bonn älter als die Berliner. „Drei Viertel der gegenwärtig am Dienstort Bonn beschäftigten Mitarbeiter/-innen werden in den kommenden rund 20 Jahren in den Ruhestand gehen.“ *Norman Hanert*

»Nur« sechsstellig

Innenminister verkündet Zahl der 2015 eingereisten Asylsucher

Ein großes Aufatmen ging durch die Reihen der Anhänger der Asylpolitik Angela Merkels, als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verkündete, dass im Jahr 2015 „nur“ rund 890000 Asylsucher nach Deutschland gekommen seien – also keine 1,1 Millionen, wie seit Anfang des Jahres geschätzt worden war. Für den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, einen der treuesten Merkel-Protagonisten in Sachen Asylpolitik, war bereits im vergangenen Jahr „immer klar“ gewesen, „dass es keine Million werden würde“ wie er dem „Tagesspiegel“ sagte. Er hoffe, dass „jetzt auch der Unsinn vom Tisch“ sei, die Kanzlerin habe die Asylsucher mit ihrer einseitigen Aufkündigung der Dublin-Regeln vom 4. September erst ins Land geholt.

Bei einem Blick auf das, was im vergangenen Jahr tatsächlich passiert ist, muss man sagen, dass man noch nicht sagen kann, welche Sogwirkung Angela Merkels Ungarn-Entscheidung entwickelte. Doch eines ist klar: Nur, weil die Zahl nun wohl sechs- statt siebenstellig ausfällt, rechtfertigt das noch lange nicht, die Bedeutung der sogenannten Pull-, also der anziehenden Faktoren, zu leugnen. Ebensowenig ist zu leugnen, dass Deutschland besonders anziehend wirkt, nicht zuletzt weil die Leistungen für Asylsuchende hierzulande vergleichsweise sehr hoch sind.

Die jetzt von Merkel angekündigte Aufnahme von Hunderten von Asylsuchern pro Monat aus Griechenland und Italien könnte eine zusätzliche Sogwirkung entfalten und den Schleusern in die Hände spielen, indem sie signalisiert, dass es sich wieder lohnt den gefährlichen Weg übers Meer zu wagen. Auch der österreichische Außenminister Kurz wirft der deutschen Kanzlerin vor, dass sie derart auf die Push-Faktoren, also die abstoßenden Bedingungen im Herkunftsland, fixiert sei, dass sie die Pull-, also die anziehende Wirkung ihrer eigenen Politik nicht mehr sieht.

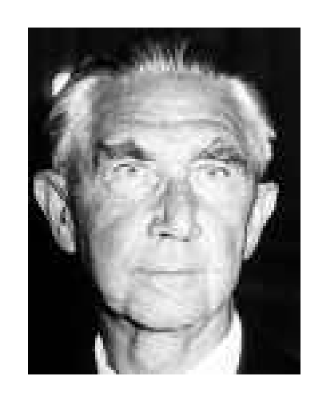
> Deutschlands anziehende Wirkung bleibt ein Problem

Wie bei der Gesamtzahl der vergangenes Jahr eingewanderten Asylsucher verlor die Regierung auch auf anderen Gebieten die Übersicht. So hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor ein paar Wochen eingeräumt, dass mindestens 9000 minderjährige unbegleitete Asylbewerber vermisst werden. Ob diese jetzt illegal bei ihren mit richtiger oder falscher Identität in Deutschland wohnenden Verwandten leben oder sich ins Ausland abgesetzt haben, oder ob sie Mehrfachanträge gestellt haben, konnte bislang niemand sagen.

Das passt zu der ebenfalls vor einigen Wochen bekannt gewordenen Nachricht, dass Tausende von Asylbewerbern mit gefälschten oder vom IS gestohlenen Pässen in Deutschland eingereist seien, ohne dass das BAMF diese Erkenntnisse an die zuständigen Behörden weitergeleitet habe. Auch führte das Vorlegen gefälschter Dokumente nicht direkt zur Einstellung des Asylverfahrens, wie vom Gesetz gefordert.

Angesichts des bisherigen Zahlen- und Pässechaos beim BAMF muss man für die Zukunft auf weitere Hiobsbotschaften gefasst sein. Dass der Bombenbastler aus Syrien und sein Kumpane in Chemnitz bereits Asyl erhalten hatten, lässt das Schlimmste befürchten. Wie viele Terroristen mögen sich erst unter denjenigen befinden, die der deutsche Staat nicht als schutzbedürftig eingestuft hat. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Hermann Höpker-Aschoff – Das Mitglied des Parlamentarischen Rates gilt als „Vater der Finanzverfassung“ des Grundgesetzes. Bei der Bundestagswahl 1949 kandidierte er für die FDP und wurde ins Parlament gewählt. Am 7. September 1951 wurde Höpker-Aschoff der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Gleichzeitig war er Vorsitzender des ersten Senats. Er übte dieses Amt bis zu seinem Tode 1954 aus. Nach seinem Tod wurde publik, dass er während des Dritten Reiches als Treuhand-Jurist an Beschlagnahmungen in Polen beteiligt war.

Peter Müller – Der Christdemokrat wurde vom saarländischen Ministerpräsidenten zum Verfassungsrichter, was ihm viel Kritik einbrachte. So ist er zum Beispiel mit dem Verfahren zum Verbot der NPD befasst und damit einer Partei, die 2004 im Saarland fast die Fünf-Prozent-Hürde nahm und somit ein politischer Mitbewerber des damaligen CDU-Landesvorsitzenden war.



Andreas Voßkuhle – Der amtierende Präsident des Bundesverfassungsgerichts hätte schon vor vier Jahren Bundespräsident werden können. Angela Merkel wollte ihn als Gegenvorschlag zu Joachim Gauck ins Rennen schicken. Jetzt wurde er wieder ins Gespräch gebracht. Doch der 52-Jährige lehnte ab. Sein Privatleben sei ihm wichtiger.

Thomas de Maizière – Der Bundesinnenminister hat des Öfteren Kritik am Bundesverfassungsgericht geübt und dies teilweise mit deutlichen Worten. Es sei nicht Aufgabe der Richter, „ständig dem Gesetzgeber in den Arm zu fallen“. Der CDU-Mann störte sich daran, dass Karlsruhe verschiedene Sicherheitsgesetze zur Terrorbekämpfung kassiert hatte.



Ernst Benda – Der Christdemokrat war Präsident des Gerichts im Jahr 1977, als das sogenannte Schleyer-Urteil zu sprechen war. Das Gericht lehnte einen Gefangenenaustausch mit RAF-Terroristen ab. Kritiker und auch die Familie Schleyers warfen Benda vor, er habe das Todesurteil des Arbeitgeberpräsidenten unterzeichnet. Benda konterte stets mit der Auffassung, ein Staat müsse auch in Krisensituationen stark sein.

»Rückgrat der Demokratie«

Wie unabhängig ist Karlsruhe von Regierung und Parlament?

Das Bundesverfassungsgericht hat darüber zu wachen, dass die Organe der Legislative und der Exekutive die Verfassung beachten und einhalten. Wird das Gericht dieser Aufgabe gerecht?

Mehr als 200 000 Verfassungsklagen haben die Karlsruher Richter seit 1951 geprüft. Jedes Jahr kommen um die 6000 neue Verfahren hinzu. Nur wenige von ihnen werden überhaupt zur Entscheidung zugelassen. Dennoch gilt das Bundesverfassungsgericht als Bollwerk der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie.

Das Grundgesetz hat dem höchsten deutschen Gericht anders als dem Staatsgerichtshof der Weimarer Republik weitreichende Kompetenzen eingeräumt, die sich auch auf die Durchsetzung der Grundrechte erstrecken. Niemals mehr, so die Lehren aus der Nachkriegszeit, solle die Demokratie auf „demokratischem Wege“ abgeschafft werden können. So entscheidet das Verfassungsgericht auch über Parteiverbote. Zweimal in der Geschichte der Bundesrepublik haben die Richter in den roten Roben ein derartiges Verbot ausgesprochen. Im ersten Parteiverbotsverfahren erklärt der Erste Senat am 23. Oktober 1952 die Sozialistische Reichspartei (SRP) für verfassungswidrig. Im zweiten Parteiverbotsverfahren stellt das Gericht vier Jahre später fest, dass die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ebenfalls verfassungswidrig sei. Mit 308 Druckseiten ist das Urteil die längste aller bis heute ergangenen Entscheidungen. Bis heute wurden 97 Prozent aller eingereichten Klagen als nicht zulässig erachtet und daher abgewiesen.

»Vollstrecker von Fehlern der Parteien«

Seit März verhandeln die Karlsruher Richter erneut über ein mögliches Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Ein erstes Verfahren hatte das Gericht im Jahr 2003 gestoppt, weil sogenannte V-Männer in Führungsgremien der NPD aktiv waren. Diese Entscheidung gilt heute als wegweisend für die Befugnisse, die Innenminister bei der Beobachtung von politisch auffälligen Organisationen haben.

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Ein Ausschuss des Bundestages, der aus zwölf Bundestagsabgeordneten besteht, und der Bundesrat wählen jeweils mit Zweidrittelmehrheit die Hälfte der Richter beider Senate. So sieht es das Grundgesetz vor. Immer wieder gibt es Kritik an der Zusammensetzung des Gerichts. So zuletzt, als der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller zum Richter gewählt wurde. Die Amtsdauer der Richter beträgt zwölf Jahre, sie können nicht wiedergewählt werden. Dies soll eine gewisse Unabhängigkeit ermöglichen.

Die Karlsruher Juristen werden häufiger sogar von aktiven Politikern kritisiert. So ereiferte sich der Christsoziale Peter Gauweiler, der mehrfach gegen die sogenannte Euro-Rettung vor Gericht zog, darüber, dass seine Klagen stets abgewiesen wurden. Das Gericht dürfe sich nicht zum „Vollstrecker von Fehlern der Parteien“ machen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kritisierte nach einem Urteil zur Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen, er sehe einen „deutlich erkennbaren und in den letzten Jahren gestiegenen Gestaltungsanspruch“ der Karlsruher Richter, der „hochproblematisch“ sei. Aber Lammert sagte anlässlich des 65-jährigen Bestehens auch: „Es ist gut, dass die Väter des Grundgesetzes, diese Einrichtung geschaffen haben. Es ist ein Rückgrat der deutschen Demokratie.“

Peter Entinger



Scharlachrote Robe und Barett, dazu ein weißes Jabot: Unverkennbare Insignien der Bundesverfassungsrichter Bild: pa

Gebühren bis zu 6000 Euro für Missbrauch

Rund 97 Prozent aller eingereichten Klagen werden gar nicht behandelt. In den meisten Fällen geschieht dies, weil das Grundrecht, das die Kläger verletzt sehen, sie gar nicht schützt. Das Bundesverfassungsgericht hatte sich beispielsweise mit der Verfassungsbeschwerde einer Frau zu beschäftigen, die mit Ihrer Vorstellung vom Vornamen für ihren Sohn zunächst am Standesamt und später an den Gerichten gescheitert war. Die Mutter hatte für ihren Sprößling zwölf Vornamen ausgesucht. Zu viel, befand Karlsruhe. In diesem Fall stehe das Kindeswohl über dem Recht der Eltern auf freie Namenswahl.

Es gibt kaum etwas, was es in Karlsruhe in den vergangenen sieben Jahrzehnten nicht gegeben hätte. Da waren die Verfassungsklagen gegen die Sommerzeit oder die fünfstelligen Postleitzahlen. Oder das „Recht auf Viagra“ eines erbosten Rentners, der sich vergeblich durch alle Instanzen gegen die Gesetzliche Krankenkasse klagte. Kein Verständnis hatte man in Karlsruhe auch für einen Verkehrssünder, der mit 117 statt mit 80 Kilometern pro Stunde fuhr, geblitzt wurde und dann das „Recht am eigenen Bild“ geltend machte. Ebenfalls in Sachen Verkehr sprach das Gericht ein Urteil, das als Warnung verstanden werden kann. Ein Universitätslehrer aus Hessen klagte gegen ein Fahrverbot, nachdem er vor einer Polizeistreife geflüchtet war. Der Professor behauptete, die Polizeistreife habe ihn erst zum Rasen animiert. Das Gericht bestätigte die vorherigen Urteile und verhängte eine Sondergebühr gegen den Kläger von 500 Euro. Das Gericht wertete die Einlegung der Verfassungsbeschwerde als Missbrauch. Es kann in solchen Fällen Strafgebühren in einer Höhe von bis zu 2600 Euro verhängen. Dies soll eine Klageflut verhindern, doch funktioniert dies in aller Regel nicht. Für ein Urteil muss der Kläger in Karlsruhe schon mehrere Monate einkalkulieren.

Besonders skurrile Beschwerdegründe

P.E.

Geschichte geschrieben

Wegweisende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

In 65 Jahren hat das Bundesverfassungsgericht mehrere wegweisende Urteile getroffen, die bis heute nachwirken. Besonders in Erinnerung geblieben sind die Verbotsverfahren gegen die SRP und die KPD. Das Gericht stellte fest, dass eine Partei nur verboten werden kann, wenn sie darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, und dabei eine „aggressiv kämpferische Haltung“ gegen die Grundordnung einnimmt.

Zum Abtreibungsrecht in Deutschland fällten die Karlsruher Richter 1975 und 1993 zwei Urteile, die für kontroverse Diskussionen sorgten. So erklärte das Verfassungsgericht den Vorrang des Schutzes des Embryos vor den Selbstbestimmungsrechten der Frau. 1993 ordnete das Gericht den Embryo nicht mehr nur als Schutzobjekt ein, sondern sprach ihm eigene Rechte zu, die in mancher Hinsicht gleiches Gewicht wie die der Schwangeren erhielten.

In den Wirren des „deutschen Herbstes“ und dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der Rote Armee Fraktion (RAF), stärkten die Richter die Handlungsfreiheit des Staates. Als RAF-Terroristen Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer entführten, um ihre inhaftierten Gesinnungsgenossen freizupressen, lehnte die Regierung einen Austausch ab. Die Familie von Schleyer wandte sich ans Bundesverfassungsgericht, doch der erste Senat bestätigte die Entscheidung der Regierung. Wenige Tage später wurde Schleyer ermordet. Das Gericht erklärte, die Politik dürfe sich nicht erpressen lassen.

Diverse Urteile wirken bis heute nach

Von großer Bedeutung ist bis zum heutigen Tage auch das Urteil zur geplanten Volkszählung im Jahr 1983. Das Gericht formulierte damals eine Art „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“. Eine Gesellschaftsordnung, in der der einzelne Bürger nicht mehr wissen könne, „wer was wann und bei welcher Gelegenheit über ihn weiß“, sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Dieses Urteil spielte auch bei Folgeverfahren wie um den „Großen Lauschangriff“ eine Rolle und könnte auch in künftigen Auseinandersetzungen noch einmal zur Sprache kommen. *P.E.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Formtief auf der Zielgeraden

Viele Rechnungen, wenig Spenden beim Berliner Schloss – Droht »BER 2.0«?



Der Baufortschritt liegt gut im Zeitplan, und doch gibt es Kritik: Die Fertigstellung ist nur mit einer Zwischenfinanzierung aus Steuergeldern möglich

Bild: action press

Gemessen an Projekten wie der Hamburger Elbphilharmonie oder dem Berliner Großflughafen konnte der Wiederaufbau des Berliner Schlosses lange Zeit als ein vorbildliches Bauvorhaben der öffentlichen Hand gelten. Ausgerechnet in der Endphase des Großprojekts tauchen nun Probleme auf.

Bereits in der ersten Oktoberhälfte war mit Blick auf die Baustelle in Berlins historischer Mitte sogar schon von einem drohenden „BER 2.0“ die Rede. Anlass war ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das die Vergabe eines Bauauftrags wieder einkassiert hatte. Geklagt hatten die Unternehmen Bosch und Siemens, die bei einer Auftragsvergabe für Sicherheitstechnik im Museums- und Ausstellungsbereich des Schlosses unterlegen waren. Laut dem Gerichtsurteil hatte der Sieger der Ausschreibung zwar ein um 30 Prozent günstigeres Angebot als die Zweitplatzierten abgegeben, doch wichen bei ihm die Angaben zu den Bauteilen im Produktdatenblatt von den Vorgaben der Ausschreibung ab.

Das Urteil hat sogar Spekulationen angeheizt, wonach die geplante Eröffnung im Herbst 2019 gefährdet sei. Nach Angaben eines Sprechers des Bundesbauministeriums sowie der Stiftung Schloss Humboldtforum steht wegen der Vergabepanne die Baustelle allerdings vorerst nicht still. Laut Hans-Dieter Hegner, dem Vorstand der Stiftung Humboldtforum im Berliner Schloss, muss der Auftrag für den Einbau der Sicherheitstechnik nicht neu ausgeschrieben werden. Wie zudem bekannt wurde, soll es sich bei der betroffenen Bauleistung wertmäßig nur um einen mittleren einstelligen Millionen-Betrag handeln. Als Kernbauzeit für die betroffene Leistung ist zudem erst das erste Quartal 2017 eingeplant.

Zumindest der Zeitplan scheint durch die Vergabepanne damit nicht ernsthaft gefährdet. Es bleibt abzuwarten, ob am Ende auch der Kostenrahmen bei dem Großprojekt gehalten werden kann. Bereits zu Anfang dieses Jahres hat sich der langjährige Vorstandssprecher der Stiftung Humboldtforum im Berliner Schloss, Manfred Rettig, vom Amt zurückgezogen. Rettig, der lange Zeit als Erfolgsgarant für das Projekt galt, begründete seinen Schritt unter anderem damit, dass er ein Zeichen gegen mögliche Änderungen der Planung setzen wollte, die den Zeit- und Kostenplan wie bei der Hamburger Elbphilharmonie oder dem Berliner Flughafen sprengen könnten.

Tatsächlich hat es auch im Fall des Berliner Schlosses immer wieder Vorstöße gegeben, noch einmal Grundlegendes zu verändern. Vor allem der Berliner Senat hat in der Frage, wie es die für Berlin reservierten Flächen im Humboldtforum nutzen will, die meiste Zeit eine klare Linie vermissen lassen. Zu denken geben sollte auch, dass der Weggang von Rettig nicht nur als Verlust interpretiert worden ist. Einzelne Medien sahen den Rückzug des Schloss-Bauchefs nämlich auch als „neue Chance fürs Berliner Schloss“, wie es hieß. Rettig habe als „Alleinherrscher“ über das Projekt mit dem Termin- und Kostenargument agiert, so die zuletzt vorgebrachte Sichtweise.

Änderungswünsche wurden erfolgreich abgewehrt

Zumindest bislang scheint es dem Nachfolger von Rettig, dem neuen Schloss-Bauchef Hans-Dieter Hegner, gelungen zu sein, große Änderungswünsche abzuwehren. Ob dies auch in Detailfragen bis zur Fertigstellung des Baus gelingt, bleibt allerdings abzuwarten. Ausgerechnet der schnelle Baufortschritt auf der Schlossbaustelle hat inzwischen zu einem weiteren Problem geführt. Nach Angaben des Fördervereins für das Berliner Schloss gehen nun erstmals mehr Rechnungen als Spenden ein. Weil die historische Fassade aber schon jetzt täglich wachse, müsse der Staat die Beträge zwischenfinanzieren. „Das war schon immer so angekündigt, das ist überhaupt keine Aufregung“, versichert der Fördervereinschef Wilhelm von Boddien.

Die Idee einer Zwischenfinanzierung mit Steuergeldern stößt allerdings nicht auf ungeteilte Zustimmung. Unter anderem ist die Befürchtung aufgekommen, dass die Spendenbereitschaft sinken wird, sobald der Eindruck entsteht, die Fertigstellung sei gesichert und es komme auf das Engagement Einzelner gar nicht mehr an. Vereinschef von Boddien vertritt eine andere Ansicht. „Ende 2019 haben wir das Geld zusammen“, sagte von Boddien. „Die Menschen wollen sehen, wofür sie spenden. Und das ist beim Schloss jetzt wunderbar möglich.“ Zudem hat von Boddien darauf hingewiesen, dass auch bei der Dresdner Frauenkirche der Großteil der Zuwendungen erst in den letzten Baujahren eingegangen sei.

Die Gesamtkalkulation sieht vor, dass der Bund von den 595 Millionen Euro für das Schloss 483 Millionen zahlt, das Land Berlin übernimmt 32 Millionen. 80 Millionen für die Rekonstruktion der Barockfassade will der Förderverein Berliner Schloss aus Spenden aufbringen. Erhoffte zusätzliche Spenden sollen die vollständige Rekonstruktion der Kuppel und der Innenportale des Schlosses ermöglichen. *Norman Hanert*

Polizeinotstand in Berlin

Von Vera Lengsfeld

Gewusst hat man es schon lange, dass es dazu kommen würde. Geändert hat sich aber nichts. Die Polizei in Berlin ist hoffnungslos überfordert, und die Politik sieht dem langsamen Kollaps tatenlos zu.

Meldungen der letzten Woche: Randale in Friedrichshain, Polizei verliert den Kampf gegen die Drogendealer im Görlitzer Park, Messerangriff auf einen Polizisten, verletztes Kind im Flüchtlingsheim, Krankenstand bei der Polizei überdurchschnittlich hoch.

Nun hat die Gewerkschaft der Polizei wieder einmal Alarm geschlagen. Sie fordert 3000 neue Beamtenstellen für die Hauptstadt – „und zwar schnellstmöglich“, so ihr Sprecher Benjamin Jendro gegenüber der „Berliner Zeitung“. Im Durchschnitt sei das Personal 50 Jahre alt und bei einem durchschnittlichen Krankenstand von über zwölf Prozent chronisch unterbesetzt.

Wenig Personal heißt gleichzeitig mehr Belastung für jene, die wegen des Ausfalls ihrer Kollegen Überstunden machen müssen. Die Lust, in Berlin Dienst zu tun, sinkt beständig. Polizeipräsident Klaus Kandt warnt vor dutzenden Versetzungsanträgen Berliner Polizisten in andere Bundesländer.

Die Berliner Polizei schrumpft, aber ihre Aufgaben nehmen zu. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Immer mehr Mitarbeiter verlassen die Polizei, mehr, als neue eingestellt werden können. In den kommenden drei Jahren verliert die Berliner Polizei 2390 Mitarbeiter in den Ruhestand. Dagegen stehen nur 2167 Auszubildende, von denen noch rund 19 Prozent ausscheiden werden. Dieses Bild wird noch dramatischer, wenn man sich vor Augen führt, dass Berlin jedes Jahr um 40 000 Einwohner wächst und die Anzahl der Verbrechen zunimmt. Die Reaktion darauf ist hilflos. Mit leuchtenden Logos auf dem Boden warnt die Berliner Polizei vor Fahrrad- und Taschendieben. Was Kleinkriminalität angeht, wird sie längst nur noch verwaltet.

Mit der politisch motivierten Kriminalität sieht es nicht viel anders aus. Die brennenden Autos sind nur eine Zahl in der Statistik, Angriffe auf Polizisten gehören zum Alltag. Erschwerend hinzu kommt die äußerst mangelhafte Unterstützung durch die Politik. Im Gegenteil, immer wieder werden der Polizei lautstarke Vorwürfe gemacht. Eigentlich grenzt es an ein Wunder, dass sich überhaupt noch Menschen bereitfinden, als Polizisten Dienst zu tun. Es ist noch nicht der Zustand erreicht, dass mit Hilfe von Krankmeldungen indirekt gestreikt wird, wie bei TUI, aber das könnte noch kommen, wenn sich die Situation nicht dramatisch verbessern sollte. Leider ist das von der kommenden Rot-Rot-Grünen Regierung nicht zu erwarten.

Der nächste Neustart

Nach Berliner Wahldebakel: SPD sucht Auswege aus der Krise

Initiiert vom linken Parteiflügel der Berliner SPD hat sich eine Arbeitsgruppe mit den Ursachen des Wahldebakels im September beschäftigt. Mit nur 21,6 Prozent Stimmenanteil hatte die Partei bei den Abgeordnetenhauswahlen das schlechteste Ergebnis seit 1945 eingefahren. Die Analyse der parteiinternen Arbeitsgruppe benennt als Hauptproblem der Berliner SPD einen „Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit“ und eine Wahlkampagne, die am Lebensgefühl vieler Berliner vorbeigegangen sei. Mit Ausnahme der Flüchtlingspolitik hätten aktuelle Bundesthemen für die Berliner Wahl keine dominante Rolle gespielt.

Deutliche Kritik geht an SPD-Chef Michael Müller. Ihm wird vorgeworfen, er sei in der Regierung mit der CDU zum „Streiter in einer zerstrittenen Koalition geworden“, anstatt die Rolle des zusammenführenden Landesvaters zu übernehmen. Zugestanden wird Müller immerhin ein positives Image in der Bevölkerung, das auf bürgernahes und praktisches Regieren setze. „Wenn sich jedoch die Probleme einer sich blockierenden Streit-Koalition mit objektivem Verwaltungsversagen mischen, dann fehlen im Alltag sowohl der Glamour als auch die Problemlösung“, so die Gesamtbewertung in der Wahlanalyse.

Wahlkampagne ging am Berliner Lebensgefühl vorbei

Im Gegensatz zum Vorsitzenden kann sich Raed Saleh, der momentan wohl wichtigste parteiinterne Gegenspieler Michael Müllers, durch die Wahlanalyse gestärkt fühlen. Gelobt wird die Arbeit der SPD-Fraktion, weil diese in Kooperation mit der CDU neue Projekte auf den Weg gebracht und politische Debatten angestoßen habe. Ein weiterer Punkt gibt dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rückenwind. Es wird eingestanden, dass die Berliner SPD ein „Umsetzungs- und Wahrnehmungsproblem“ habe. Empfohlen wird der Partei, frühzeitig auf Probleme in der Stadt zu reagieren und spürbare Verbesserungen zu schaffen.

Bereits kurz nach dem Wahldebakel hatte Saleh in einem Gastbeitrag im „Berliner Tagesspiegel“ eine ähnliche Empfehlung abgegeben. Es bleibt abzuwarten, welche langfristigen Folgen der Ruf nach Erneuerung bei den Berliner Sozialdemokraten zeigt. Ebenfalls nach einer schweren Wahlschlappe hatte es im Jahr 1999 in einem Parteitagsbeschluss geheißen: „Die Berliner SPD braucht Veränderung.“ Zu den Unterzeichnern eines öffentlichen Aufrufs, in dem die SPD damals aufgefordert wurde, sich den „Bürgern und neuen Ideen“ zu öffnen, hatten Klaus Wowereit und Michael Müller gehört. *N.H.*

Mehr als geplant

Berlin zahlt eine Milliarde Euro für Asylanten

Berlin muss in diesem Jahr etwa 400 Millionen Euro mehr für Asylbewerber ausgeben als eingeplant. Konkret hat Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) eine Mehrbelastung von bis zu 420 Millionen Euro ermittelt. Das wären auf das ganze Jahr gerechnet etwa eine Milliarde Euro. Bis zum 30. September hat das Land Berlin bereits 746 Millionen Euro für die Asylbewerber aufgewendet.

Nach den Asylgesetzen mussten Transferleistungen in Höhe von 622 Millionen Euro aufgewendet werden. Der Rest entfällt auf Maßnahmen wie Willkommensklassen, Kitabetreuung, ärztliche Versorgung, Integrationsmaßnahmen, Sprachkurse, Berufsvorbereitung und anderes mehr. Neben der hohen Anzahl von Asylbewerbern sind zwei andere Faktoren maßgebend für den Kostenanstieg. Etwa 22 000 Personen sind in Notunterkünften untergebracht. Bei Turnhallen muss die komplette Kapazität bezahlt werden, auch wenn sie nur teilweise belegt sind.

Auch die lange Dauer der Asylverfahren trägt zum Kostenanstieg bei. 18 000 Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind abgeschlossen, aber 38 000 Anträge – sogar aus 2015 – laufen derzeit noch. Solange die Verfahren andauern, kommt das Land Berlin vollständig für den Unterhalt der Migranten auf. Bei anerkannten Asylanten zahlt der Bund 70 Prozent des Hartz IV-Satzes.

Höhere Kosten auch wegen Asylverfahren

Ein dritter Aspekt sind die niedrigen Zahlen abgeschobener Asylbewerber. 2014 wurden in Berlin 602 abgelehnte Asylsucher abgeschoben. 2015 waren es 806 und im ersten Halbjahr 2016 rund 1000. *Hans Lody*

Ermittlung bei Erfolgsaussicht

Im vergangenen Jahr registrierte die Berliner Polizei fast 40 400 Fälle von Taschendiebstählen. Der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt hat nun angeordnet, dass die Ermittlungen dieser Delikte stark eingeschränkt werden sollen. Als einer der Gründe für die Einstellung wurde die niedrige Aufklärungsquote von lediglich 4,2 Prozent genannt. Die Polizei erläuterte ihr Verhalten dahingehend, dass die personellen Ressourcen bei geringen Erfolgsaussichten nicht ins Leere laufen sollen. Für die Opfer eines Taschendiebstahls, die keine genauen Angaben zum Täter machen könnten, bedeutet dies, dass die Polizei ihre Anzeige zur Amtsanwaltschaft schickt mit der Empfehlung, das Verfahren einzustellen. „Effizienzorientierte standardisierte Bearbeitung“ nennt sich dieses Verfahren. Die Gewerkschaft der Polizei kritisierte die Verfügung: „Natürlich schafft die ‚schmale Bearbeitung‘ Entlastung“ Die „standardisierte Bearbeitung“ sei jedoch eine Kapitulation im Bereich Massendelikte. *H.L.*

MELDUNGEN

Bahn wird entrussifiziert

Kiew – Der ukrainische Verkehrsminister Wladimir Omeljan hat per Dekret angeordnet, dass bis zum Ende des Jahres sämtliche Informationstafeln auf den Bahnhöfen, die in russischer Sprache verfasst sind, abmontiert und durch Tafeln in ukrainischer Sprache ersetzt werden. Gleichzeitig sollen alle Fahrkarten und Stationsnamen generell von russischen Bezeichnungen gesäubert werden. Dann soll es im Eisenbahnwesen in der gesamten Ukraine nur noch ukrainische und englische Bezeichnungen geben. Omeljan betont, die Maßnahmen hätten nichts mit antirussischer Propaganda zu tun, sondern erfolgten im Rahmen der Umsetzung europäischer Service-Standards. *J.H.*

Mord an AKP-Mitgliedern

Diyabakir – Innerhalb von wenigen Tagen sind im mehrheitlich von Kurden bewohnten Süden der Türkei Repräsentanten der Regierungspartei AKP von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Attentaten zum Opfer gefallen. So erschossen Unbekannte den Vorsitzenden der AKP von Dicle, Deryan Aktert, auf dessen Tankstelle nördlich der kurdischen Metropole Diyabakir. Erst am Vortag war ein weiterer Lokalpolitiker ermordet worden. In Özalp nahe der türkisch-iranischen Grenze östlich von Van erschossen Unbekannte den örtlichen AKP-Vorsitzenden. In Semdinli fiel das AKP-Mitglied Ahmet Budak einem Mordanschlag zum Opfer. Bisher hat sich niemand zu den Morden bekannt. Die Regierung macht die kurdische Arbeiterpartei PKK für die Morde verantwortlich, aber auch viele Kurden und Beobachter vermuten, dass sie auf das Konto der kurdischen Rebellen gehen. *J.H.*

Merkels »Fluchtursachenbekämpfung«

Wie die Kanzlerin bei ihrer Afrikareise nach Mali, Niger und Äthiopien französische Interessen vertrat

Angeblich vertrat die Bundeskanzlerin auf ihrer Afrikareise deutsche Interessen, indem sie Fluchtursachen bekämpft habe. In Wirklichkeit bereitete sie ein stärkeres Engagement der Bundeswehr in dem Raum vor, um französische Wirtschaftsinteressen an der Ausbeutung des Kontinents mit Waffengewalt gegen einheimischen Widerstand durchzusetzen.

Man muss keine Gefahr für die Weltordnung fürchten, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Niger einmal nur wenig zu sagen haben. Vor über drei Jahren war Staatspräsident Mahamadou Issoufou zu Besuch bei Kanzlerin Angela Merkel. Die wiederum gab sich vergangene Woche die Ehre. Das reicht durchaus, um die größten Dringlichkeiten abzuarbeiten. Dass mit ein paar Tagen Zeitunterschied auch Entwicklungshilfeminister Gerd Müller dem westafrikanischen Staat einen Besuch abstattete, zeugt nicht von erhöhtem Gesprächsbedarf, sondern lediglich davon, dass in Berlin die Linke nicht weiß, was die Rechte tut.

Vor ihrer Ankunft in Nigers Hauptstadt Niamey war Merkel ins benachbarte Mali gereist, unter anderem, weil dort bis zu 650 Bundeswehrsoldaten stehen, wieder einmal beschäftigt mit Ausbildung, Beratung und damit, die Region zu stabilisieren. Das strategische Ziel heißt im offiziellen Sprachgebrauch „Kampf gegen Islamisten“. Dass die Region vor allem deshalb instabil ist, weil die verschiedenen Völker keine europäischen Soldaten im Land haben wollen, fließt in die Planung der UN-Mission Minusma nicht ein. Dennoch hat die Bundeswehr in Mali etwas Wichtiges zu tun. Sie hilft, die Uranminen zu schützen, die Frankreich dort ausbeutet.

Das also war Merkels erste Station, die zweite das benachbarte Niger. Die Bilder gleichen sich in auffälliger Weise. Frankreich beutet dort Uranminen aus, die Einheimischen wehren sich gegen fremde Soldaten und sind daher Islamisten, und die Bundeswehr soll mithelfen, die Region zu stabilisieren. Dafür wird sie in Niamey eine Militärbasis errichten. Der deutsche Botschafter, Bernd von Münchow-Pohl, sagt dazu: „Mit der Gründung einer deutschen Militärbasis für den Luftverkehr in Niamey soll die Mission der Minusma in Mali unterstützt werden. Daran hat Niger von Anfang an militärisch teilgenommen. Nun schlagen wir ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit mit Niger auf.“ Damit dürfte der Botschafter recht haben, wenn auch in einem anderen Sinne als er meint.

> »Mit der Gründung einer deutschen Militärbasis in Niamey soll die Mission der Minusma in Mali unterstützt werden«



Die letzte Station der Afrikareise: Bundeskanzlerin Angela Merkel in Äthiopien Bild: Getty

Was nämlich Mali angeht, so war das Land in dem Umfang in Ordnung, wie arme Länder im Sahel halt in Ordnung sind. Dann zerstörte die Nato das benachbarte Libyen, was sich schädlich auch auf Mali auswirkte. Nun kommt das „neue Kapitel“ in Niger. Eine deutsche oder wie immer westliche Militärbasis garantiert dafür, dass der Zwist, der Mali teilt, nach Niger importiert wird. Der Kampf gegen die „Islamisten“ kann alsbald beginnen, nur sollte man so ehrlich sein zu sagen, was Ursache und was Wirkung ist. Bis zu Beginn dieses Jahres war Niger ein Hort der Sicherheit unter seinen Nachbarn. Mit der, so der Botschafter, Bereitschaft Deutschlands, „mehr in der Sahelregion zu tun“, dürfte es mit der brüchigen Ruhe vorbei sein. Deutschland wolle „noch mehr Verantwortung übernehmen“, das ist die Formulierung der zuständigen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für weltweite Kriegsspiele, diesmal übernommen vom Botschafter.

Neben dem Islamismus bietet Niger noch einen Vorwand dafür, die Bundeswehr aufmarschieren zu lassen. Das Land spielt eine gewisse Rolle bei der Zuwanderung nach Europa, und auch hier wolle man hilfreich lenkend eingreifen. Wie man allerdings mit „Tornados“ die Ströme der Wirtschaftsflüchtlinge lenken will, ist unerfindlich. Auch Fluchtursachen kann man damit nicht beseitigen, allenfalls neue schaffen.

Was den Blick auf die Eignung der Bundeswehr zum Wüstenkrieg lenkt. Sie tritt ja an, um den Franzosen beizustehen, in Mali wie in Niger. Doch die haben eine jahrzehntelange kriegerische Erfahrung in Sahara und Sahel, dazu die geeignete Ausrüstung und kommen, wie es scheint, dennoch nicht zu Recht mit Fulbe und Tuareg. Was will da die Bundeswehr, die weder Kenntnis noch Gerät hat? Und sollte in Niamey das Schwergewicht bei der fliegenden Truppe liegen, dann kommen einem jene „Tornados“ in den Sinn, die nicht einmal einer normalen Beanspruchung standhalten.

Niger ist eines der ärmsten Länder der Welt. Es besitzt zwar Bodenschätze, weiß aber nicht, sie zu fördern. Daher ist es der französische Konzern Areva, der eines der größten Uranvorkommen der Welt abbaut. Das macht es ausländischen Mächten leicht, den Fuß in die Tür zu setzen, sei es wirtschaftlich, oder, wie jetzt in Niger, militärisch. Man verspricht Investitionen in die Infrastruktur, und schon ist die Genehmigung für den Bau einer Militärbasis da. Auch scheint schon die Möglichkeit bekannt zu sein, hohe Entscheidungsträger in ihrer Verantwortung durch Geldzuweisungen zu unterstützen.

Außerhalb von Nigers Regierung gibt es im Lande allerdings viele Menschen, Journalisten, Geschäftsleute oder Professoren, welche die „starke ausländische Militärpräsenz“ vehement kritisieren und die Regierung beschuldigen, das Land ausländischen Interessen zu unterwerfen. Es liegt auf der Hand, dass auch radikale Kräfte diese Kritik teilen, sich aber nicht damit begnügen werden, darüber Klage zu führen. Merkel sieht das anders. Sie sagt: „Das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse“, und gibt vor, diesem Wohl durch eine neue Militärbasis zu dienen.

Äthiopien war die letzte Station auf der Reise der Kanzlerin, mehr ließ sich binnen dreier Tage nicht unterbringen. In der Hauptstadt Addis Abeba hat die Afrikanische Union (AU) ihren Sitz. Dafür war von Deutschland ein Gebäude finanziert worden, das die Kanzlerin nun dem AU-Kommissionsvorsitzenden Nkosazana Dlamini-Zuma übergab. Es heißt „Gebäude für Frieden und Sicherheit“, was es nicht zuließ, auch in Äthiopien mit Militär aufzutreten. Zumindest wäre es der falsche Zeitpunkt gewesen. *Florian Stumfall*

Rollback der Reconquista

Moslems versuchen, Spanien wieder für den Islam zu gewinnen

Polizeieinheiten haben Mitte September bei Razzien in Spanien, Belgien und Deutschland eine Propaganda-Zelle der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zerschlagen und fünf mutmaßliche Anhänger festgenommen. Bei den Festgenommenen handelte es sich um vier Spanier und einen Marokkaner. Sie hätten eine „Zelle mit einer perfekt organisierten Struktur“ gebildet und über das Internet Propaganda für den IS betrieben, hieß es. Die Männer sind in Barcelona, in der spanischen Exklave Melilla in Nordafrika, in Brüssel und in Wuppertal gefasst worden. Bei dem in Wuppertal Festgenommenen handelt es sich nach Angaben der örtlichen Staatsanwaltschaft um einen 20-jährigen Spanier, der unter anderem Enthauptungsvideos des IS verbreitet haben soll.

Nach spanischen Angaben hatten die Festgenommenen unter anderem eine Facebook-Seite mit dem Namen „Islam en Español“ (Islam auf Spanisch) geführt, die aus Deutschland und Belgien verwaltet worden sei und 32 500 Follower gehabt habe. Die Anhängerzahl sei ständig sprunghaft gestiegen, so das spanische Innenministerium. Mit dem Inhalt hätten sich die Verdächtigen vor allem an spanischsprachige Muslime gewandt, um diese zu radikalisieren und zu rekrutieren, hieß es.

Seit Januar betreibt der IS via soziale Netzwerke eine Propaganda-Offensive zur Rückeroberung Spaniens für den Islam. Darin heißt es, Spanien habe seit dem Beginn der Spanischen Inquisition im Jahr 1478 „alles getan, um den Koran zu zerstören“. Darum sei Spanien „ein verbrecherischer Staat, der unser Land besetzt“. Videos rufen Dschihadisten dazu auf, „Airlines und Eisenbahnstrecken für Angriffe auszukundschaften“. Auch werden die Anhänger dazu aufgefordert, „Lebensmittel und Wasser“ mit Insektiziden zu vergiften. Weiter hieß es auf dem Video, „Wir werden al-Andalus zurückgewinnen, so Allah will. O teures Andalus! Du dachtest, wir hätten dich vergessen. Ich schwöre bei Allah, wir haben dich nie vergessen. Kein Muslim kann Córdoba, Toledo oder Xàtiva vergessen ... Spanien ist das Land unserer Vorväter und wir werden es mit der Macht Allahs zurückholen.“

> Bei den Exklaven in Nordafrika soll es beginnen

Al-Andalus ist der arabische Name für die Teile Spaniens, Portugals und Frankreichs, die von muslimischen Eroberern zwischen 711 und 1492 besetzt waren. Der Islam geht davon aus, dass die Territorien, die einmal Muslimen gehört haben, für immer zum „Dar al-islam“ (Haus des Islam) gehören. Die Scharia, so behaupten sie, gebe ihnen das Recht, dort wieder eine muslimische Herrschaft einzuführen.

Beginnen soll der Rückeroberungsdschihad bei den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika, die letzten beiden Überbleibsel des einst großen spanischen Machtbereiches in Nordafrika, denn die Spanier hatten im 16. Jahrhundert die Reconquista bis weit nach Nordafrika fortgesetzt, um in Zukunft ein Polster gegenüber dem Islam zu haben. Heut ist es umgekehrt, in den Exklaven Ceuta und Melilla bilden infolge des Massenansturms von Asylsuchern seit über einem Jahrzehnt Muslime bereits die Hälfte der Bevölkerung. Begonnen hatte der Rückeroberungsdschihad mit den Madrider Zuganschlägen vom März 2004, bei denen fast 200 Menschen getötet und über 2000 verletzt wurden. *Bodo Bost*

Von wegen humanitäre Hilfe

Türkische Asylpolitik zielt auf Bekämpfung von Minderheiten

Am 8. September sind wieder 172 syrische Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland eingereist. Dies war bereits die sechste Gruppe, die im Rahmen der Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei in Deutschland aufgenommen wurde. Über 600 Personen aus der Türkei sind bereits im Rahmen des „Resettlement-Programms“ in Deutschland eingetroffen. Mit der Aufnahme setzt Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen der am 20. März in Kraft getretenen Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei um. Der Vereinbarung zufolge soll für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer, ein anderer Syrer in der EU aufgenommen werden. Da die Türkei bislang lediglich erst 600 Immigranten von Griechenland wieder zurückgenommen hat, kann man davon ausgehen, dass Deutschland wiederum der einzige EU-Staat ist, der überhaupt Immigranten aus der Türkei ohne Asylverfahren bei sich aufgenommen hat.

Die bisher eingereisten Personen erhalten einen Aufenthaltstitel nach Paragraf 23 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes und werden damit über das deutsche „Resettlement-Programm“ aufgenommen. Obwohl die Auswahl dieser Asylsucher beiden Staaten überlassen sein soll, soll die Türkei versucht haben, möglichst viele unqualifizierte Kandidaten in diesem Programm unterzubringen, und vor allem 100 Prozent Muslime.

Die türkische Regierung behandelt nicht alle Asylsucher aus Syrien und dem Irak in der Türkei gleich. Sie differenziert vielmehr nach ethnischer und sozialer Zugehörigkeit. Die bevorzugte Gruppe in der Türkei sind die islamistischen Kämpfer, vor allem wenn sie dazu noch Turkmenen sind. Sie genießen fast diplomatische Immunität. Bei einigen Geheimdienstoperationen werden sie gegen oppositionelle Kräfte eingesetzt. Es gab sogar Gerüchte, dass einige von ihnen während des Gezi-Aufstands als Hilfspolizisten eingesetzt worden seien.

> Asylsucher werden systematisch ungleich behandelt

Die Christen, Jesiden oder Alawiten aus Syrien und dem Irak stehen dagegen in der gesellschaftlichen Rangordnung der Türkei ganz unten. Gemäß der offiziellen Ideologie der Erdogan-Administration sind sie die Abtrünnigen, die man am besten gar nicht ins Land lässt oder bekämpfen sollte. Nicht selten müssen diese Menschen, nur um überleben zu können, extrem unterbezahlte Jobs oder sogar Prostitution hinnehmen. Selbst Kinder werden dazu gezwungen.

Asylsucher mit sunnitischen Wurzeln haben ähnliche Probleme wie die anderen, haben aber etwas bessere Lebensbedingungen. Diese Menschen könnten einmal nützlich werden für die AKP. Die Asylsucherlager werden fast nur für diese Gruppe gebaut und befinden sich nur in den türkischen Regionen, die mehrheitlich von Kurden oder Alawiten bewohnt sind. Gebiete, in denen mehrheitlich Christen leben, gibt es ja seit dem Völkermord an den Armeniern von 1915 keine mehr.

Die türkische Regierung, die jetzt Milliarden von der EU für ihre Asylpolitik bekommt, bezeichnet ihre Betreuung der Asylsucher als „Fortschritt in der Asylpolitik“ und wird dabei von manch einer ausländischen Menschenrechtsorganisation unterstützt. Dabei hat die türkische Asylpolitik nichts mit humanitärer Hilfe zu tun. Stattdessen zielt sie auf eine demografische Veränderung der mehrheitlich von Kurden oder Alawiten bewohnten Gebiete des Landes im Sinne der rassistisch-islamistischen Ideologie der AKP. *B.B.*

Kreisen um die Achse Moskau-Peking

Brasilien und Südafrika drohen zu Wackelkandidaten der Brics-Gemeinschaft zu werden

Vergangenes Wochenende kamen die Staatschefs von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika im indischen Goa zum achten Brics-Gipfel zusammen. Verfolgt wird die Schaffung einer multipolaren Weltordnung als einem Gegenentwurf zum Weltmachtanspruch.

Angesichts zahlreicher Unruheherde, so der amtierende Brics-Vorsitzende, der indische Premier Narendra Modi, wolle die Vereinigung „empfängliche, inklusive und kollektive Lösungen“ ausarbeiten. Damit hat er schön, aber unverbindlich gesprochen. Zwar spricht die sich entwickelnde Kontinuität dafür, dass sich das Bündnis mehr und mehr festigt, doch tatsächlich sind zwei Länder zu Wackelkandidaten geworden, nämlich Südafrika und Brasilien. In Brasilien hat seit dem letzten Treffen ein Wechsel an der Spitze des Staates stattgefunden, und der neue Präsident Michel Temer ist ein Mann der US-Finanzeliten und keiner, der ein gegenüber den USA auf Selbstständigkeit pochendes Bündnis innerlich stärken könnte. Der russische politische Analyst Alexander Schartilow sagt dazu: „Der Westen hat es geschafft, die Brics mit dem Putsch in Brasilien zu spalten. Im Ergebnis dürfte sich Brasilien bei zahlreichen Fragen künftig neutral verhalten.“

Was Südafrika angeht, so hatte das Land von vornherein die Aufgabe, die Einbeziehung des Schwarzen Kontinents in das Bündnis zu symbolisieren. Eine tragende Rolle war vorerst nicht vorgesehen, denn dazu ist das Gefälle besonders zu Russland und China zu groß. Zunehmende innere Schwierigkeiten, auf die Staatspräsident Jacob Zuma stößt, könnten zu einer analogen Entwicklung wie in Brasilien führen, und es ist nicht übertrieben zu unterstellen, dass in beiden Ländern die Absicht dahintersteckt, Brics zerbrechen zu lassen.

So bilden also Russland, China und Indien einen inneren Kern der Fünfer-Gruppe, der indes auch nicht völlig homogen ist. Die stärkste Achse ist diejenige zwischen Moskau und Peking; Indien umkreist diese in wechselnden Abständen. Umso bedeutsamer ist, dass Russland und Indien in Goa politisch wie wirtschaftlich wichtige Vereinbarungen getroffen haben.

Zum Verhältnis zwischen Moskau und Peking über die Brics-Gemeinschaft hinaus erklärte Chinas stellvertretender Außenminister Li Baodong: „Als permanente Mitglieder des UN-Sicherheitsrates setzen beide Seiten ihre enge Kooperation in internationalen und regionalen Angelegenheiten fort.“ In diesem Sinne haben der russische Präsident Wladimir Putin und der Staatspräsident Chinas, Xi Jinping, am Rande des Brics-Gipfels vor allem die Lage in Syrien besprochen, wobei sie in den Grundzügen der Beurteilung übereinstimmten. Die beiden Staatsoberhäupter verständigten sich zur Terrorbekämpfung und besprachen die Lage auf der koreanischen Halbinsel. Dem Vernehmen nach war das Gespräch von persönlichen Freundschaftsbekundungen begleitet.

> »Der Westen hat es geschafft, die Brics mit dem Putsch in Brasilien zu spalten«

Damit richtet sich der Blick auf das russisch-indische Verhältnis. Was außer Stellungnahmen der Konferenz zu aktuellen Problemen wie Syrien und Afghanistan bleibt, sind Vereinbarungen zwischen Moskau und Delhi im Bereich der Rüstung. Putin und Indiens Premier Narendra Modi haben in Goa dazu verschiedene Abkommen unterzeichnet. Russland wird Indien Luftabwehr-Systeme vom Typ S-400 und Fregatten des „Projekts 11356“ liefern, worüber schon einige Monate verhandelt worden war. Ein weiteres Abkommen betrifft die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zum Bau von Hubschraubern des Typs Ka-226T. Und schließlich wurde eine Erklärung bezüglich Weltraum-Projekten unterschrieben.

Militärische Zusammenarbeit ist von der Sache her auf Dauer angelegt. Wer sich für Waffensysteme eines anderen Staates entschieden hat, macht sich von diesem bis zu einem gewissen Grad abhängig und wird an längerfristig entspannten Beziehungen interessiert sein, allein schon wegen der notwendigen Wartung und Versorgung mit Ersatzteilen oder einer möglichen Modernisierung. Insofern bilden derartige Verträge immer eine gewisse Klammer zwischen den Partnern, die im Falle Russlands und Indiens der ganzen Brics-Gemeinschaft zugutekommt. Es darf unterstellt werden, dass China im Vorfeld über den Handel informiert war.

Ein weiteres russisch-indisches Projekt, das seit Längerem verfolgt wird, ist das Kernkraftwerk Kudankulam an Indiens Südspitze im Bundesstaat Tamil Nadu. Russland hat es 2013 errichtet. Anlässlich der Konferenz in Goa gab Staatspräsident Putin das Startsignal für den zweiten Block. Anschließend erfolgte die Grundsteinlegung für den dritten und vierten Energieblock. Russland, so versprach Putin bei dieser Gelegenheit, werde Indien auch in Zukunft bei der Entwicklung der Kernenergie unterstützen.

Weniger begeistert zeigt sich Indien über die Zusammenarbeit Russlands mit Pakistan. Indien wirft seinem Nachbarn und Erzfeind vor, Waffen in das Krisengebiet Kaschmir zu schicken, durch das die indisch-pakistanische Grenze verläuft. Als Innenminister Rajnath Singh Moskau besuchte, war es ihm das dringlichste Anliegen, Russland an der Lieferung von Kampfjets an Pakistan zu hindern. Abgesehen von der Bedrohung, die Indien empfindet, gilt auch hier: Gemeinsame Waffengeschäfte schaffen politische Nähe. *Florian Stumfall*



Übten sich in Siegeszuversicht: Der Brasilianer Michel Temer, der Russe Wladimir Putin, der indische Gastgeber Narendra Modi, der Chinese Xi Jinping und der Südafrikaner Jacob Zuma (von links) Bild: action press

MELDUNGEN

VW will realistisch testen

Wolfsburg – VW will als Konsequenz aus dem Abgasskandal künftig bei seinen Modellen realistischere und damit höhere Verbrauchs- und Emissionswerte vorlegen. Außerdem will der Autokonzern auf legale Tricksereien bei Emissionstests im Labor verzichten, mit denen die CO_2-Werte im Vergleich zum realen Fahrbetrieb deutlich gesenkt werden konnten. VW hat bisher bei den Labortests unter anderem abgefahrene Reifen und vollständig geladene Batterien verwendet, um die Emissionswerte zu senken. Zudem wurden eigens geschulte Fahrer eingesetzt, deren Fahrweise nichts mit dem Alltag auf der Straße zu tun hatte. *J.H.*

Irland rüstet sich für Brexit

Dublin – Irlands Finanzminister Michael Noonan betrachtet den Brexit als „eine echte Bedrohung für unsere Wirtschaft“. Den irischen Exportunternehmen brechen bereits die Gewinne weg, weil das britische Pfund seit dem Brexit-Votum im Vergleich zum Euro fast ein Fünftel seines Wertes verloren hat. Die Regierung will nun die Steuern für Selbstständige senken, die ermäßigte Mehrwertsteuer für die Tourismusbranche beibehalten und exportabhängigen Landwirten günstige Darlehen gewähren. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.187.909.856 €
Vorwoche: 2.038.110.213.844 €

Verschuldung pro Kopf:
24.802 €
Vorwoche: 24.801 €

(Dienstag, 18. Oktober 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mogelpackung

Geplante Steuersenkung verdient den Namen kaum

Kurz vor Beginn des Bundestagswahlkampfs hat sich die von Union und SPD gestellte Bundesregierung doch noch zu einer Steuersenkung durchringen können. Aber die lang ersehnte große Reform ist es nicht. Beim Bürger wird nicht mehr als ein kleines Taschengeld ankommen.

In der vergangenen Woche brachte das Bundeskabinett eine Anhebung der Freibeträge sowie mehr Kindergeld und einen höheren Kinderzuschlag auf den Weg. Insgesamt sollen die Bürger so um jährlich 6,3 Milliarden Euro entlastet werden. Die Vorlage muss allerdings noch vom Bundestag und den Ländern verabschiedet werden. Steuerexperten haben ausgerechnet, dass am Ende beim Bürger zwischen 24 und 280 Euro mehr im Geldbeutel bleiben werden – pro Jahr, versteht sich.

„Wo Steuersenkung drauf geschrieben wird, sollte auch eine Steuersenkung drin sein“, kritisierte der FDP-Wirtschaftsexperte Volker Wissing umgehend das Vorhaben. Die Pläne der Bundesregierung brächten dem Einzelnen keine Entlastung. Was die Große Koalition als Steuersenkung verkaufen wolle, seien vor allem verfassungsrechtlich gebotene Anpassungen, wie die des steuerfreien Existenzminimums. Ein Punkt, den die Union gar nicht in Abrede stellt. „Wir gehen davon aus, dass die Maßnahmen ohne Diskussionen auch durch den Bundesrat gehen“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus. Im Wesentlichen würden Schritte umgesetzt, zu denen die Politik rechtlich verpflichtet sei.

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) reagierte ebenfalls enttäuscht. „Das ist zu wenig. In Wahrheit handelt es sich auch nicht um Steuersenkungen, sondern um pures Verfassungsrecht“, sagte BdSt-Präsident Reiner Holznagel gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Bei der historisch guten Einnahmesituation von Bund, Ländern und Kommunen ist ein mutigerer Entlastungsschritt drin. Vor allem der Abbau des leidigen Solidaritätszuschlags würde die Bürger endlich spürbar entlasten.“

> »Verfassungsrechtlich gebotene Anpassungen«

Hauptstadtkorrespondenten vermuten, dass sowohl CDU als auch SPD für die Zeit nach der Bundestagswahl Reserven schaffen wollen. Doch die Spielräume könnten enger werden. Der Bund muss ab 2020 Kompensationszahlungen von mehr als acht Milliarden Euro pro Jahr an die Länder einkalkulieren. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble möchte daher gerne den „Soli“ weiterlaufen lassen. Doch die Schwesterpartei CSU macht Druck, will bis Mitte der 20er Jahre aus der „Ost-Steuer“ raus. Die konjunkturelle Lage ist so gut, dass der Bund Kommunen und Länder in den vergangenen Jahren entlasten konnte. Die Einnahmen aus dem „Soli“ konnte Berlin für andere Aufgaben verwenden. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht die Sondersteuer irgendwann kippt. Fest steht, dass die Asylkrise und ihre Folgen die Staatskasse dauerhaft belasten werden. Sollte der Solidaritätszuschlag wegfallen, würden dem Bund 20 Milliarden Euro fehlen.

CSU-Chef Horst Seehofer fordert im Wahlprogramm seiner Partei Pläne für die „größte Steuersenkung aller Zeiten“. Untere und mittlere Einkommen will er entlasten. Schäuble, der seine schwäbische Geizhals-Attitüde pflegt, warnt vor großzügigen Versprechungen: „Wenn man Geschenke verspricht, ist es sehr schwierig, sie nicht zu überreichen.“ *Peter Entinger*

Tschechen statt Schweden

EPH übernimmt Braunkohletagebaue und Kraftwerke von Vattenfall

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat die Lausitzer Braunkohletagebaue und Kraftwerke in Brandenburg und Sachsen mit 8000 Arbeitsplätzen und allen Risiken der Spätfolgen an den kaum bekannten tschechischen Investor Energetický a Prumyslový Holding (EPH) aus Prag verkauft. Der Verkauf umfasst die Kraftwerke Jänschwalde, Boxberg, Schwarze Pumpe und einen 50-Prozent-Anteil am Kraftwerk Lippendorf sowie die aktiven Tagebaue Jänschwalde, Nochten, Welzow-Süd und Reichwalde. Für die gut 8000 Vattenfall-Mitarbeiter in der Lausitzer Braunkohleregion gilt eine Beschäftigungsgarantie bis 2020.

Der Vattenfall-Konzern hatte 2014 entschieden, sich von dem Geschäftsfeld zu trennen, weil die rot-grüne Regierung in Stockholm das Ziel vorgegeben hatte, mehr Erneuerbare Energien anzubieten. Die Lausitzer Braunkohlekraftwerke Jänschwalde und Boxberg gehören zu den als am klimaschädlichsten verschrienen Kohlekraftwerken in Europa. Nach jetzigem Stand will die EPH die Kraftwerke weiterbetreiben. Zur EPH gehören in Deutschland bereits das Bergbauunternehmen Mibrag im sächsisch-anhaltinischen Zeitz sowie dessen Tochtergesellschaft Helmstedter Revier GmbH mit dem Kraftwerk Buschhaus. Im Verkaufsprozess für die Lausitz-Standorte hatte anfänglich sogar die milliardenschwere internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace selbst Interesse bekundet, aber kein Angebot abgegeben.

Die Kritik von Greenpeace bezieht sich vor allem auf das undurchsichtige Geschäftsgebaren der EPH. Man argumentiert, dass die EPH vor zehn Jahre von Investmentbankern gegründet worden sei und oft über verschachtelte Tochterfirmen operiere, die sich mitunter auch in Steuerparadiese zurückverfolgen ließen. Das Geschäftsmodell der EPH, die größtenteils dem tschechischen Unternehmer Daniel Kretinsky gehört, bestehe darin, Firmen aufzukaufen und finanziell auszupressen, behauptet Greenpeace. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) begrüßten dagegen den Deal.

> 8000 Arbeitsplätze in Sachsen und Brandenburg

Die EPH spekuliert darauf, dass die derzeit fallenden Strompreise spätestens 2022, wenn der letzte Atommeiler in Deutschland vom Netz geht und kein Strom mehr einspeist, wieder steigen. Dann könnte aus der Braunkohle in der Lausitz wieder ein lohnenswertes Geschäft werden. Doch ob diese Rechnung aufgeht, ist alles andere als gewiss. Wie viel Geld sich mit der Braunkohle in der Lausitz wirklich verdienen lässt, hängt vor allem davon ab, wie lange dort noch gebaggert werden darf und wie sich die Strompreise entwickeln. Seit aber die Hauptstadt-Koalition offen über ein Enddatum für die Braunkohle in Deutschland debattiert, sind auch die Aussichten für die Lausitzer Tagebaue schlechter geworden.

Die EPH hat mit dem Deal sowohl Vermögenswerte in Höhe von 1,6 Milliarden Euro übernommen als auch Schulden und Rückstellungen zur Regenerierung von Braunkohlegebieten in Höhe von 1,9 Milliarden Euro, die Vattenfall an Barmitteln drauflegt. Die Tschechen übernehmen dafür nicht nur die Anlagen, sondern auch Verbindlichkeiten für die Rekultivierung, aber auch Pensionsverpflichtungen. *Bodo Bost*

Ab in die Hölle?

Von Wolfgang Reith

Seit mehreren Jahren steht vor einem Supermarkt eine junge nette Zigeunerin, die unter anderem eine Obdachlosen-Zeitung verteilt. Einmal fragte ich sie, woher sie stamme. Sie sagte, sie sei aus Rumänien, wo sie aber diskriminiert werde und deshalb in Deutschland lebe. Ich fragte sie, ob sie zu den Roma oder den Sinti gehöre. Doch sie antwortete, sie gehöre keiner der beiden Gruppierungen an, sondern einem kleineren Clan, weshalb ich in diesem Zusammenhang auch bewusst den Sammelbegriff „Zigeunerin“ verwende. Zu Beginn des Sommers erzählte sie mir, sie wolle sich nun vorerst verabschieden, denn sie werde bis Ende Oktober in den Urlaub fahren. Als ich fragte, wohin denn die Reise gehe, erwiderte sie: „Selbstverständlich in die Heimat nach Rumänien.“ Mir verschlug es die Sprache: Sie fährt also in jenes Land, das sie vor einigen Jahren wegen „Diskriminierung“ verlassen hat. Mein Gedanke dazu: Das wäre so gewesen, als wenn ein Jude, der etwa 1933 Deutschland verließ, 1938 seinen Urlaub hier verbracht hätte. Eines ist aber sicher: Wenn die Zigeunerin zurückkehrt, wird sie von mir kein Almosen mehr erwarten können.

Ein Sender reicht

Von Eberhard Hamer

Der Vorschlag der CSU, aus den beiden öffentlichen Medienanstalten eine zu machen, weil sie keine Hoheitsfunktion und keine öffentliche Sonderfunktion mehr haben, ist richtig. Noch besser aber wäre ihre Privatisierung.

Die Bedingungen für diese als öffentliche Institutionen betriebenen Einrichtungen haben sich längst grundsätzlich geändert. Einst wurde der Rundfunk unter Hitler als Hoheitsaufgabe – nämlich Staatspropaganda – verstanden. Auch die Besatzungsmächte haben nach dem Krieg diese Aufgabe (Umerziehung, Westbindung, Ostabwehr) ebenfalls als Hoheitsaufgabe gesehen. Aus der Hoheitsfunktion heraus sind die „Rundfunkgebühren“ entstanden, weil der diktatorische Staat alle Bürger mit seinem Staatsrundfunk erreichen und deshalb alle zwangsweise dafür zahlen lassen wollte. Daraus ist praktisch eine „allgemeinen Abgabe ohne zurechenbare Gegenleistung“ – also eine Steuer – geworden. Sie muss nämlich auch derjenige zahlen, der den Rundfunk gar nicht haben will oder keinen Apparat hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber längst die Hoheitsfunktion angezweifelt und die öffentliche Medienfunktion auf einen bloßen Auftrag für Information, Bildung und Unterhaltung reduziert. Damit stehen die Staatsmedien in direkter Konkurrenz zu den Privatmedien. Alle wollen die gleiche Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsfunktion erfüllen, alle haben nahezu gleich seichte Programme, die sich nicht an kulturellen, sondern an Unterhaltungszwecken orientieren. Es besteht deshalb kein Grund mehr, neben den privaten Sendern zwei Staatsmedienanstalten mit Steuermitteln zu unterhalten.

Kontrollverlust

Von Bodo Bost

Erstmals sollte in Deutschland im Auftrag des IS ein lange vorbereiteter Anschlag mit einer unabsehbaren Zahl von Toten auf die Verkehrsinfrastruktur durchgeführt werden. Der Tatverdächtige Dschaber Al-Bakr, ein 22-jähriger Syrer, der wohl im Auftrag des IS mit den Zuwanderermassen im letzten Jahr nach Deutschland geschleust worden war, stand wohl kurz vor der Tatbegehung. Nur durch die verbesserte Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten konnte ein solches Verbrechen mit Ausmaßen wie in Paris und Brüssel in Deutschland noch einmal auch mit Hilfe syrischer Landsleute verhindert werden. Deren Motive sind allerdings unklar. Al-Bakr bezeichnete sie in einem Verhör, kurz bevor er sich in seiner Zelle erhängte, als Mitwisser.

Bei der genauen Analyse des Verdächtigen Bombenbauers aus dem Plattenbau und seines Werdeganges in Deutschland drängt sich jedoch eine große Reihe von Fragen auf. Wie es heißt, handelte es sich bei dem 22-Jährigen um einen anerkannten Asylbewerber, das heißt, sein Asylverfahren war nach intensiver Prüfung bereits abgeschlossen. Wie ist es möglich, dass während der Prüfung nicht aufgefallen ist, dass dieser Mann ein religiöser Fanatiker der schlimmsten Sorte war? Laut Berichten soll über sein Vorleben in Syrien nichts bekannt gewesen sein, die Prüfung des Asylbegehrens beinhaltet jedoch gerade die Klärung, dieser Vorgeschichte, die bei positiver Entscheidung einen sinnhaften und logischen Eindruck gemacht haben muss. Wie konnte nicht auffallen, dass dieser Mann gewalttätig war oder vorhatte, es zu sein, wo doch die Gewaltverherrlichung beim IS nicht geheim oder versteckt wird, sondern geradezu religiös inszeniert wird? Dabei heißt es doch im Asylgesetz, dass Gewaltverherrlichung oder schon deren Legitimierung einen Ausschluss vom Asylverfahren bedeutet.

Behördenversagen schon beim Asylverfahren

Wie konnte es sein, dass ein alleinstehender männlicher Asylberechtigter dann auch noch eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Wohnung in einem Plattenbau bekommt, in dem hunderte andere Menschen leben? Wäre der jetzt verhaftete Syrer weiterhin in einer Massenunterkunft gewesen hätte er seine Bomben nicht bauen können. Heißt es nicht bei den Richtlinien zur Wohnungsvergabe an Asylbewerber, dass Familien bevorzugt werden sollen? Wer kann überhaupt verantworten, dass bei der Gefahr, die derzeit von alleinstehenden männlichen Asylbewerbern aus Konfliktgebieten, die vom IS infiltriert sind, ausgeht, diese in ein derartiges dichtbewohntes Umfeld geschickt werden?

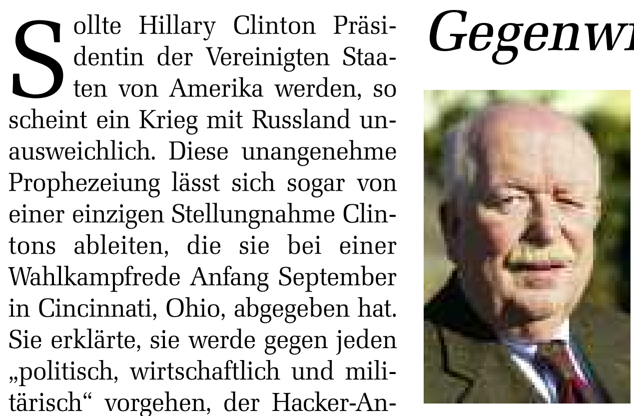
Die in Chemnitz gefundene Sprengstoffmenge und deren Qualität hätten ausgereicht, die gesamte Platte in die Luft zu sprengen. Einmal mehr zeigt sich, wie sehr der Staat die Kontrolle verloren hat.



Trotz vorheriger Erfassung von Personendaten und Fingerabdrücken (wie hier bei der Ankunft in Rosenheim): Immer wieder werden bereits registrierte Asylsucher erst später als Terrorverdächtige enttarnt

Bild: pa

Gegenwind



Nato-Blankoscheck für Kriegsbeginn

Von Florian Stumfall

Sollte Hillary Clinton Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika werden, so scheint ein Krieg mit Russland unausweichlich. Diese unangenehme Prophezeiung lässt sich sogar von einer einzigen Stellungnahme Clintons ableiten, die sie bei einer Wahlkampfrede Anfang September in Cincinnati, Ohio, abgegeben hat. Sie erklärte, sie werde gegen jeden „politisch, wirtschaftlich und militärisch“ vorgehen, der Hacker-Angriffe gegen Einrichtungen der USA vornehme.

Gut – von Clinton ist man starke Worte gewöhnt, und sie hat sich ihren Ruf als Kriegstreiberin mit Bravour verdient. Doch in diesem Falle stammt die Drohung mit Krieg für den Fall eines Cyber-Angriffs nicht von ihr. Dies ist Beschlusslage der Nato. Mitte Juni verkündete Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg anlässlich einer Konferenz der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel, ein Hackerangriff könne durchaus den Bündnisfall auslösen. Der „Cyberspace“ wurde zum eigenständigen Operationsgebiet erklärt. Die Minister stimmten darin überein, künftig Hakkerangriffe ebenso wie Angriffe durch Land-, See- oder Luftstreitkräfte zu behandeln. US-Präsident Barack Obama schuf umgehend per Dekret für sein Land die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Beschlusses, und Clinton ist nicht die Frau, die sich eine solche Vorlage entgehen lässt.

Die Nato hat dadurch zu allen bestehenden also noch einen weiteren möglichen Grund für den großen Krieg geschaffen. Doch dieser Grund unterscheidet sich von allen bisherigen durch ein ganz eigenes Merkmal: Er lässt sich nicht nachweisen. War es bisher so, dass einer der Kriegsgegner den ersten Schritt tat, oder durch eine Operation der Falschen Flagge einen solchen Schritt durch den Feind vorschützte, so reicht heute nach dem neuen Nato-Beschluss die einfache Behauptung, man sei Ziel eines Cyber-Angriffs geworden, wisse zudem genau, woher dieser gekommen sei und habe deshalb Grund und Rechtfertigung zu einem militärischen Angriff. Mehr noch als bisher wird auf diese Weise die nachträgliche Festlegung der Kriegsschuld alleinige Aufgabe des Siegers.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Angesichts dieser neuen Rechtssetzung durch die Nato ist es aufschlussreich zu betrachten, was im Gegensatz zur vorerst theoretischen Drohung in der Wirklichkeit auf dem Gebiet der Hackerei alles geschieht. Als im Zuge des US-Wahlkampfes der Server der Demokratischen Partei geknackt wurde, war man mit der Schuldzuweisung gleich zur Stelle: Russland sei es gewesen, hieß es mit derselben reflexartigen Schnelligkeit, wie andere Gräueltaten ebenfalls umgehend Russland zugewiesen werden. Das System arbeitet so einwandfrei, dass Beweise weder nötig noch erwünscht sind.

Am 7. Oktober beschuldigte das Ministerium für Nationale Sicherheit der USA zusammen mit dem Nationalen Sicherheitsdirektor, dem Koordinator aller Geheimdienste, Russland, in die E-Mail-Accounts „von mehr als 100 Amtspersonen und Filialen“ der Demokraten eingedrungen zu sein. Präsident Obama kündigte an, Cyberangriffe russischer Hacker auf politische Einrichtungen der USA „verhältnismäßig“ zu beantworten.

Dies aber ist der Augenblick der Wahrheit. Was bedeutet „verhältnismäßig“? Heißt das, die USA werden entsprechend zurückhacken? Oder aber wird man sich des Nato-Beschlusses erinnern und den Bündnisfall ausrufen? Und wenn nicht, bei welcher Reizschwelle wird das dann der Fall sein? Der Beschluss von Brüssel kann doch nicht ins Blaue hinein und ohne jede Ernsthaftigkeit erfolgt sein. Man sieht, mit welcher Leichtfertigkeit hier gezündelt wird vor der Gefahr nicht einer der üblichen Nato-„Interventionen“, sondern des ganz großen Krieges.

Eine Frage bleibt dabei unbeantwortet. Das Image der USA ist nach wie vor getrübt durch die Enthüllungen um die NSA und die weltweite Abhör-Affäre – jedenfalls bei den Opfern, Kanzlerin Angela Merkel einmal ausgenommen. Wie kommt man dazu, angesichts eines derartigen beispiellosen Skandals festzulegen, dass jeder, der das tut, was in den USA üblich ist und auf Anweisung der Regierung täglich geschieht, mit Krieg überzogen werden kann? Was, wenn andere Mächte dieser Festlegung folgen? Wenn sie ins Kriegsvölkerecht aufgenommen würde?

Während die USA alle anderen Mächte dieser Welt – gemeint sind dabei vor allem Russland, aber auch China – vor Cyber-Attacken warnen, beanspruchen sie selbst durchaus das Recht zu spionieren und zu hacken, was das Zeug hält. Der US-Sender NBC, der sich eigener, verlässlicher Quellen im US-amerikanischen Nachrichten-Milieu rühmt, und das sicher nicht zu Unrecht, berichtete am 15. Oktober, die CIA bereite sich auf einen bisher nicht dagewesenen Cyber-Angriff auf Russland vor. Ziel seien Moskauer Regierungsbehörden. Die CIA sei gerade dabei, ihre Vorschläge für das Weiße Haus in Washington vorzubereiten. Vizepräsident Joe Biden sagte dazu der Sendung „Meet The Press“: „Wir schicken eine Botschaft an Russland, zu einem Zeitpunkt unserer Wahl und unter den Umständen, welche die größte Wirkung entfalten werden.“

Moskau reagiert naheliegenderweise mehr als ungehalten. Regierungssprecher Dmitri Peskow erklärte: „Wir werden Sicherheitsvorkehrungen ergreifen. Die Rede ist davon, dass die Unvorhersagbarkeit und die Aggressivität der Vereinigten Staaten zunehmen. Solche Drohungen an die Adresse Moskaus und die Führung unseres Staates sind beispiellos, weil diese Drohung auf der Ebene des US-Vizepräsidenten artikuliert wird. Selbstverständlich müssen wir vor dem Hintergrund einer solch aggressiven und unvorhersagbaren Linie Maßnahmen zum Schutz unserer Interessen ergreifen, um möglichen Risiken vorzubeugen.“

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

In einem Interview mit dem US-Medien-Riesen Bloomberg sagte Russlands Präsident Wladimir Putin: „Glauben Sie ernsthaft, dass die CIA keine Abhörgeräte irgendwo hier bei uns hat? Selbstverständlich hat sie das. Übrigens hat sie ihre Arbeit in diesem Bereich sogar intensiviert.“ Der versierte russische Außenpolitiker Alexej Puschkow meinte zu den Vorgängen ums Hakken und gehacktwerden: „Gerade jene amerikanischen Behörden werfen Russland Cyber-Angriffe vor, die noch vor geraumer Zeit geschworen hatten, die NSA befasse sich nicht mit dem Abhören der eigenen Bürger oder ausländischer Staatschefs.“ Im Übrigen sagte Peskow zur Notwendigkeit, dem Unwesen der Cyber-Kriminalität Einhalt zu gebieten: „Russland hat sich immer zum Kampf gegen Cyber-Terrorismus und gegen Hacker-Attacken bekannt.“

Damit ist auch angedeutet, dass einschlägige Angriffe nicht nur von einem Staat zum anderen Staat geschehen, sondern im großen Umfang auch von privaten Stellen aus, von hochbegabten und mit verschiedensten Motiven ausgerüsteten Einzeltätern. Als die Attacke gegen die US-Demokraten bekannt und die Schuld sofort Russland zugeschoben wurde, reklamierte ein einzelner Hacker in den USA die Urheberschaft für sich und erklärte gegenüber dem „Wall Street Journal“: „Es hat mich wütend gemacht, dass meine Leistungen den Russen zugeschrieben werden. Aber dann wurde mir klar, dass je weiter dies geht, ich selbst umso sicherer bin. Mein Ziel war, die Wahrheit bekannt zu machen, ich nenne es auch: das Licht bringen. Das Großkapital hat die Politik korrumpiert, und das führt uns in ein Desaster.“

Sanftes Schweigen

TV-Verfilmung der Novelle »Schweigeminute« von Siegfried Lenz – Das Ergebnis kann sich sehen lassen

Waren die Werke des vor zwei Jahren gestorbenen ostpreußischen Autors Siegfried Lenz bislang als Schulbuchlektüre ideal geeignet, so werden sie nach und nach auch als Filmstoff entdeckt. Am 31. Oktober sendet das ZDF um 20.15 Uhr „Schweigeminute“ mit Nachwuchsstar Jonas Nay.

Mit „Diana“ von Paul Anka und Buddy-Holly-Hits, die aus dem Autoradio dröhnen, rattert ein Paar im hellblauen VW-Käfer durch eine von blühenden Wiesen umrahmte Landschaft. Sie scherzen miteinander, halten kurz an und machen mit einer Kompaktkamera per Selbstauslöser ein „Selfie“, bei dem sie sich wie ein verliebtes Paar anschauen.

Es sind solche flüchtigen Augenblicke des Glücks, welche den Film „Schweigeminute“ beim ZDF zur Hauptsendezeit zu einem Genuss machen. Der für den Regiepreis „Metropolis“ nominierte Regisseur Thorsten M. Schmidt hat mit viel Liebe zum Detail die Atmosphäre der frühen 60er Jahre nachempfunden, als man im Vergleich zu heute noch viel unbekümmerter seine Lebensfreude zeigen durfte.

Der Gegensatz zwischen dem Gestern und dem Heute war wohl auch der Grund, der Siegfried Lenz dazu bewog, 2008 seine Novelle „Schweigeminute“ zu schreiben. Im Alter von 82 Jahren schilderte er das kurze Liebesglück zwischen dem 18-jährigen Schüler Christian und seiner Englischlehrerin Stella mit solch einer Frische, dass Kritiker Reich-Ranicki einst mutmaßte: „Vielleicht ist es sein schönstes Buch.“

Nach die „Flut ist pünktlich“ von 2014 und „Der Verlust“ von 2015 ist die „Schweigeminute“ der dritte Lenz-Film, der die Weihen des ZDF erhält. Mit „Der Anfang von etwas“ ist für 2017 schon die nächste Lenz-Erzählung im Regieplan. „Lenz ist einer der bedeutendsten Autoren der Nachkriegsliteratur“, begründet ZDF-Redakteurin Stefanie von Heydwolff das plötzlich erwachte Interesse an Lenz, „neben Krimis und anderen fiktionalen Filmen werden auch Literaturverfilmungen beim Fernsehpublikum sehr gut angenommen, und wir hoffen, dass auch ‚Schweigeminute‘ auf großen Zuspruch stößt.“

Das dürfte kein Problem sein. Der Film überzeugt dank Ausstattung, ästhetisch eindrucksvollen Bildern in Pastelltönen und zweier Schauspieler, bei denen die Chemie stimmt. Den Altersunterschied zwischen Jonas Nay als Gymnasiasten und Julia Koschitz als Lehrerin nimmt man anfangs kaum wahr. Im wahren Leben trennen die beiden 15 Jahre. Doch der 26-jährige Lübecker Nay ist als Gymnasiast ja auch bereits der Schulzeit deutlich entwachsen, was er aber durch seinen jugendlichen Elan wettmacht.

Bei der Filmvorstellung sagte Nay: „Bei dem Christian und mir gibt es einige charakterliche Parallelen: Ich bin auch ein wenig träumerisch veranlagt, packe auch sehr viele Sachen an und bin wie er kämpferisch, um sie zu einem guten Ende zu führen. Auch ich habe dieses nordische Gemüt, diese ehrliche Art und Weise.“

Lenz’ Novelle spielt in dem fiktiven Ostseeort Hirtshafen. Der Film aber ist auf der dänischen Insel Bornholm gedreht worden. „Es war nicht leicht, eine unverbaute Ostseelandschaft zu finden, so wie sie Lenz in seiner Novelle beschreibt“, sagt von Heydwolff, „auf der Insel fanden wir die perfekte Kulisse.“

Der Film weckt nicht allein nostalgische Gefühle bei Menschen, welche die Zeit der 60er miterlebt haben. Das zeitlose Liebesthema und ein Mädchenschwarm wie Nay sollen auch jüngere Zuschauer für Lenz begeistern. „Ich weiß aus eigener Erfahrung nicht, wie die Nachkriegszeit wirklich war. Das kann und will ich mir nicht anmaßen“, sagt Nay ganz offen, „daher ist es nicht leicht, sich in diese Zeit hineinzuversetzen. Doch einige in dieser Novelle beschriebene konservative Elemente kamen mir aus meiner Ostseeheimat doch sehr vertraut vor.“

Das konservative Erzählelement des Erinnerns aus der subjektiven Sicht des Schülers, ist auch eine der Stärken des Films. Die Liebe des Schülers und seiner Lehrerin wird nicht wie etwa in Wolfgang Petersens legendärem „Tatort“-Film „Reifezeugnis“ durch Totschlag oder Gewalt getrübt. Auch wilde Sexszenen schrecken diese fast schon keusche, weitgehend jugendfreie Idylle nicht auf. Der sanfte Ton der Novellen-Vorlage wurde reizvoll im Film übertragen, auch wenn er tragisch endet, oder besser: beginnt, und zwar durch eine Rahmenhandlung, welche den filmischen Fluss immer wieder unterbricht.

Ein erstes Filmvorhaben geht auf den 2011 verstorbenen Produzenten und Regisseur Bernd Eichinger zurück, erklärt von Heydwolff: „Er wollte aus dem Stoff einen Kinofilm machen. Es ist großes Drama und es stecken starke Emotionen und Gefühle darin. Das alles in ein Drehbuch zu packen und in der Verfilmung den Geist der Vorlage zu bewahren ist äußerst schwer.“


Eine Ostsee-Liebe: Christian (Jonas Nay) und Stella (Julia Koschitz) genießen die Zeit zu zweit Bild: ZDF/Hannes Hubach

In diesem Fall kann man davon sprechen, dass Lenz‘ Novelle eine würdige filmische Umsetzung erfahren hat, die man sich auch gern auf einer großen Kinoleinwand angesehen hätte. Lenz hat es den Filmemachern auch nicht allzu schwer gemacht. Seine schmale Erzählung ist sparsam an Personal und Handlung. Da Dialoge nur ganz selten vorkommen, hatten die Drehbuchautoren um Regisseur Schmidt freie Hand, ihren Protagonisten die richtigen Worte in den Mund zu legen. Aber das muss man erst einmal schaffen, und im deutschen Fernsehen gelingt es selten genug auf solch einfühlsame Weise. Lenz wäre mit dem Ergebnis wohl ganz zufrieden gewesen. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Mythos Masuren im Dialog

Hamburg – Anlässlich des 90. Geburtstages von Siegfried Lenz findet am 27. Oktober um 19 Uhr im Mahnmal St. Nikolai, Willy-Brandt-Straße 60, der Themenabend „Masuren – Zwischen Mythos und Wirklichkeit“ statt. Moderator Andreas Kossert diskutiert mit dem Schriftsteller Artur Becker, dem Publizisten Adam Krzeminski und der Dokumentarfilmerin Ulla Lachauer. Hartwig Zillmer liest aus Lenz-Texten. Der Eintritt ist frei. *tws*

Anton Ulrich im neuen Glanz

Braunschweig – Mit einer „Woche der offenen Tür“ meldet sich das Herzog-Anton-Ulrich-Museum nach mehrjähriger Sanierung bei freiem Eintritt zurück. Am 23. Oktober wird das Braunschweiger Museum, das seit 2008 schrittweise generalüberholt wurde, mit vergrößertem Ausstellungsraum wiedereröffnet. Das 1754 eingeweihte Haus zählt zu den ältesten Museen Europas und beherbergt die Kunstsammlungen der Welfenherzöge. www.3landesmuseen.de

Flucht gen Osten vor Reformation

Stuttgart – Am 27. Oktober eröffnet das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart, Schloßstraße 92, die Ausstellung „Flucht vor der Reformation – Täufer, Schwenckfelder und Pietisten zwischen dem deutschen Südwesten und dem östlichen Europa“. Die drei Wanderungsbewegungen zwischen Südwestdeutschland und dem östlichen Europa galten als radikaler denn Luther. www.hdhbw.de *tws*

Bach mit Dreitagebart

Raus aus der elitären Ecke! – Klassik-Stars bevorzugen Alltagsmode

Ein Pianist mit T-Shirt und Turnschuhen, zerzauster Frisur und Dreitagebart. Auf einer Bühne. Bei einem Klassikkonzert. Ein Skandal! Und schlimmer noch: Der Pianist James Rhodes trägt offen seine Tätowierungen. Der Name des russischen Komponisten Rachmaninow prangt in kyrillischen Buchstaben auf seinem Unterarm. Und von einer Bach-Komposition sagt er, sie habe ihm das Leben gerettet. Der 41-jährige Engländer ist einer, der klassische Musik mit jeder Faser seines Körpers liebt und sie jüngeren Menschen vermitteln will. Edle Garderobe, die untrennbar mit klassischer Musik in Verbindung gebracht wird, ist da ein Hindernis.

Schon bei der Vorstellung seines Auftritts, gibt es ein leises Raunen im Saal: Darf der das? So auf der Bühne stehen? Sieht man den Künstler an seinem Instrument hingebungsvoll in die Musik versunken, dann weiß man: Ja, der darf das.

Rhodes ist ein gutes Beispiel dafür, dass es an der Zeit ist, auch im Bereich der klassischen Musik einige „alten Zöpfen“ abzuschneiden. Er ist nicht der erste, der auf Anzug und Krawatte verzichtet. „Punk-Geiger“ Nigel Kennedy tat dies schon in den 80ern. Aber er ist der erste, der dies konsequent und öffentlich umsetzt.

Klassische Musik hebt sich gerne von der „anderen“ Musik ab. Mit einem elitären Ton, dem eine gewisse Überheblichkeit nicht abgesprochen werden kann. Dabei hat sich die Kleiderordnung für den Besucher in den letzten 20 Jahren gelockert. Sogar bei den Salzburger Festspielen und in Bayreuth werden gelegentlich Sakkos abgelegt und Kragen geöffnet. Hier und da spielt das Orchester im Graben verborgen in legerer Kleidung. Doch selbstverständlich wird erwartet, dass Solist, Sänger, Dirigent und Orchestermusiker ein Outfit zeigen, dass der Würde der zum Vortrag gebrachten Noten entsprechend gewählt ist.

Immer wieder versuchen Musiker wie die Violinistin Vanessa Mae, Daniel Hope oder David Garrett die klassische Musik für ein größeres Publikum, die jüngere Generation zu erschließen, indem sie die Musik ein wenig moderner interpretieren. Nach außen hin den mit der Klassik verbundenen modischen Stil übertreibend, haben sie ihre musikalische Variation angepasst. Was von einigen Hardlinern der Klassikfreunde mit Bemerkungen kommentiert wurde wie „Musik-Junkfood“ oder „fernsehtauglich weichgespülte Massenware“. Doch spricht aus dieser Einstellung und Abgrenzung nicht ein Snobismus?


Rachmaninow am Arm: Rhodes Bild: Richard Ansett

Die Vereinfachung der Kleidung auf Seiten des Künstlers unter Beibehaltung der anspruchsvollen Musik ist ein anderer Ansatz. Die Welt hat sich seit der Zeit der Musik am adeligen Hof, wo aufwendige Roben zur Tagesordnung gehörten, weiterentwickelt. Musik ist heute für alle Menschen zugänglich, was auch an der Mode ablesbar ist. *Stephanie Sieckmann*

James Rhodes ist in diesem Monat in Deutschland live zu erleben im Frankfurter Hof in Mainz (23.10.), auf Kampnagel in Hamburg (25.10), in der Düsseldorfer Johanneskirche (28.10.) und im Neuen Schloss in Stuttgart (30.10).

Tolerante Wanze

Verkörperung humanistischer Tugenden – Erasmus von Rotterdam

Ob die Erasmus-Studenten wissen, wer Erasmus von Rotterdam ist? Das darf bezweifelt werden. Auf den vor 550 Jahren geborenen Humanisten ist der Name des Erasmus-Austauschprogramms zurückzuführen, durch das seit 1987 schon Millionen von Studenten in den Genuss eines Auslandsaufenthaltes an einer Hochschule kamen. Immerhin sorgt dieses Stipendienprogramm dafür, dass Erasmus, von dessen zahlreichen lateinischen Schriften einzig das Satirebüchlein „Lob der Torheit“ die Jahrhunderte überlebt hat, nicht in Vergessenheit gerät.

Zu Lebzeiten war Erasmus ein Star-Intellektueller, vergleichbar einem Albert Einstein oder Stephen Hawking. Mit seinen 150 Büchern, die er im Laufe seines rund 70-jährigen Lebens veröffentlichte, mischte er sich mitten in die Reformationsdebatte. Er war Tagesgespräch. Hätte es damals Zeitungen mit großen Schlagzeilen gegeben, hätte es ungefähr so ausgesehen: „Kaiser Karl V. ist großer Fan von Erasmus“, „Papst Leo X. empört wegen Erasmus-Bibel“, „Luther beleidigt Erasmus als Wanze“.

Nach heutigen Maßstäben war Erasmus gut vernetzt: Er kannte buchstäblich Gott und die Welt. Mit Gott hat sich der an einem 28. Oktober vermutlich im Jahr 1466 in Rotterdam geborene Erasmus als Augustinerpriester und später als Theologe an den Universitäten von Cambridge, Oxford, Paris, Turin, Bologna und Basel auseinandergesetzt. Als Kosmopolit kam er mit allen Größen seiner Zeit zusammen oder korrespondierte mit ihnen. Er war sowohl Erzieher von Prinz Heinrich, bevor dieser König Heinrich VIII. von England wurde, wie auch von Prinz Karl, den späteren Kaiser Karl V. Thomas Morus, der englische Staatsmann und Autor von „Utopia“, wurde sein engster Freund. Luther, Ulrich von Hutten, Melanchthon und andere

Luther stahl ihm die Show

Reformatoren waren seine Briefpartner. Eine noch von Erasmus herausgebrachte Briefsammlung umfasst rund 3100 Epistel.

Weil der Mitteilungssüchtige die Kardinaltugenden des Humanismus verkörperte, war sein Rat überall gefragt. Die Show stahl ihm aber ein anderer: Martin Luther. Der Reformator setzte eine Kirchenrevolution in Gang, die Erasmus ausbremsen wollte. Er saß dabei zwischen den Stühlen: Weil auch er für Reformen eintrat, verscherzte er es sich mit dem Klerus, andererseits lehnte er den radikalen Lutherismus ab und versuchte sich als Brückenbauer zwischen beiden Extremen.

Erasmus’ Leitspruch war „ad fontes“ – „zu den Quellen“. Auf dieser Grundlage brachte er das Neue Testament heraus, das neben dem lateinischen auch den griechischen Urtext enthielt, weshalb der Papst mit ihm über Kreuz lag. Weil Luther diese kritische Ausgabe als Grundlage für seine deutsche Übersetzung nahm, fühlte sich Erasmus für Luthers reformatorischen Erfolg verantwortlich. „Ich habe das Ei gelegt, das Luther geöffnet hat“, beklagte sich Erasmus brieflich.

Um sich von Luther zu distanzieren, schrieb er ein Buch über den freien Willen („De libero arbitrio“), dem Luther seine Streitschrift vom unfreien Willen („De servo arbitrio“) entgegenhielt. Der Historikerstreit von heute war nichts gegen diesen Gelehrtenstreit von damals, der in Luthers Äußerung gipfelte: „Wer den Erasmus zerdrückt, der würget eine Wanze, und diese stinkt noch tot mehr als lebendig.“

Am Ende ging Luther aus der Schlacht als Sieger hervor, auch weil er sich eines „populistischen“ Instruments bediente: der Sprache. Er schrieb fast ausschließlich auf Deutsch und wurde so im Volk verstanden. Erasmus hielt bis zu seinem Tod 1536 in Basel am Lateinischen fest, was nur in Gelehrtenkreisen gelesen wurde. Hätte er den Dialog mit dem Volk gesucht, so hätte er Luther vielleicht die Stirn bieten können. *H. Tews*

Der »Aufstand der Herzen«

Vor 60 Jahren wurde der ungarische Freiheitskampf von Panzerketten überrollt

Ungarns Tür zur Freiheit öffnete sich nur für kurze Zeit einen Spalt. Das war in den Tagen der „zweiten Oktober-Revolution“, als das Land mit einem „Aufstand der Herzen“ versuchte, eine „Antwort auf die kommunistische (Revolution) 1917 in Petersburg“ zu geben.

Die Zitate stammen aus den Tagen des ungarischen Freiheitskampfes gegen das kommunistische Regime, der am 23. Oktober 1956 losbrach und zwei Wochen später nach dem Einmarsch sowjetischer Truppenverstärkung blutig niedergeschlagen wurde.

Im Juni 1956 hatten in Posen polnische Arbeiter gestreikt. Daraus entwickelte sich ein Aufstand, bei dessen Niederschlagung 57 Menschen starben. Für Studenten der Technischen Universität Budapest war das der Auslöser, in einer Erklärung bürgerliche Freiheitsrechte, ein parlamentarisches System und nationale Unabhängigkeit zu fordern. Am 23. Oktober 1956 demonstrierten sie dafür.

Die Zeit war reif für die Forderungen. Tausende Demonstranten schlossen sich dem Zug an. Als die Studenten vor dem staatlichen Rundfunk die Verlesung ihrer Erklärung verlangten, wurde auf sie geschossen. Doch Soldaten überließen Protestierenden ihre Waffen. Sie stürmten den Rundfunk.

Das niedergerissene Stalindenkmal schleiften die Studenten mit einem Traktor vor das Parlament. Am Abend wuchs die Menge dort auf 200000 Demonstranten an. Sie forderten Meinungs- und Pressefreiheit, Loslösung von der Sowjetunion und Imre Nagy als Regierungschef.

Letzterem wurde zwar in der Nacht entsprochen, doch in der gleichen Nacht gab der Generalsekretär der kommunistischen „Partei der Ungarischen Werktätigen“ Ernö Gerö den Befehl, auf die Demonstranten zu schießen. Wenig später rollten die ersten sowjetischen Panzer.

So wurde der Aufstand der Drangsalierten, der Getäuschten, der Betrogenen entfacht. Gewiss war es auch eine Erhebung gegen das herrschende kommunistische Regime. Aber es war kein Aufstand gegen den Kommunismus. Die Hoffnungsträger dieser Tage, sie waren Kommunisten und sie hatten nicht die Absicht, daran etwas zu ändern.

Imre Nagy zuvorderst. Seine Parteikarriere war lang, immer wieder übernahm er Ämter in der Regierung, zuletzt allerdings war er von den Stalinisten der Partei kaltgestellt worden. Als die Demonstranten nach ihm riefen, mussten ihn Anhänger förmlich auf den Balkon des Parlaments schubsen. Nagy wollte einen weniger brutalen Kommunismus, aber er blieb ein loyaler Genosse.

Den Obersten Pál Maléter inszenierten diese Tage zum Volkshelden, zum Mann, der die Aufständischen hatte bekämpfen sollen und sich auf deren Seite schlug. Er befehligte die Kilian-Kaserne in Budapest. In diese Kaserne waren Aufständische durch einen Hintereingang eingedrungen und hatten sich mit Kalaschnikows versorgt. Wie das bei einer bewachten Kaserne möglich sein soll, sei dahingestellt. Maléter war zu diesem Zeitpunkt nicht in Budapest, er tauchte erst zwei Tage später auf. Dennoch wurde später kolportiert, Maléter selbst habe die Waffen den Aufständischen zukommen lassen. Gesichert ist allerdings: Maléter schloss sich nach kurzer Zeit des Zögerns den Aufständischen an. Dennoch blieb er überzeugter Kommunist. Als ein englischer Journalist ihn fragte, warum er immer noch seine sowjetischen Orden trage, sagte Maléter: „Man hat sie mir wegen meiner Partisanentätigkeit im Zweiten Weltkrieg verliehen und ich bin stolz auf sie. Im Übrigen sind wir hier alle Sozialisten.“

> »Im Übrigen sind wir hier alle Sozialisten«



Kampf dem Stalinismus: Ein gestürztes Stalin-Denkmal in Budapest während des Ungarnaufstandes 1956 Bild: SZ photo

Der Aufstand war zur Revolution geworden. Überall im Land wurde gekämpft, die Straßen von Budapest blockierten mit Molotow-Cocktails attackierte, ausgebrannte sowjetische Panzer. Der Flächenbrand hatte auf das ganze Land übergegriffen. Welches waren die Ursachen?

Nach dem Einmarsch der Roten Armee 1945 schufen die Sowjets gemeinsam mit der anfänglichen Minderheit ungarischer Kommunisten Salamischeibe für Salamischeibe einen sozialistischen Vasallenstaat. Sowjetische Truppen hielten das Land besetzt. Die politische Polizei schaltete vermeintliche Gegner wegen angeblicher Verschwörungen aus. Nach der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten beherrschte bald der weitaus kleinere Partner, die kommunistische Partei, die Situation. Ungarn wurde zum Arbeiter- und Bauernstaat an der Leine der Sowjetunion. An der Spitze des Politbüros wurde Generalsekretär Mátyás Rákosi zum bestgehassten Mann. Er selbst bezeichnete sich als „Stalins besten Schüler“, das sah er als Ehrentitel. Er überzog das Land mit Schauprozessen. Gegen mehr als eine Millionen Menschen liefen Verfahren, das entsprach zehn Prozent der Bevölkerung. Menschen verschwanden ohne Anklage in Lagern, mussten Zwangsarbeit verrichten. Die wirtschaftliche Lage blieb trotz großer Versprechungen erbärmlich. Aus diesem Gemenge entwickelte sich das explosive Gemisch, das sich mit dem Volksaufstand entlud.

Der Kreml begriff sofort, was da in Ungarn drohte. Bereits einen Tag nach den ersten Demonstrationen waren zwei Mitglieder des Politbüros nach Budapest geeilt. Überrascht von der Wucht der Revolution ließen sie die bereits ausgerückten Panzer umkehren. Die Sowjets zogen sich zurück. So sah es jedenfalls bis zum 31. Oktober aus, als die Nachrichtenagentur Tass meldete, der Kreml sei bereit, über einen Truppenabzug zu reden. Doch am selben Tag machten die Panzer abermals plötzlich kehrt und nahmen, verstärkt durch zusätzliche Truppen, Budapest ein. Die weltpolitische Lage hatte sich schlagartig geändert.

Heimlich hatten England, Frankreich und Israel einen Plan zur Besetzung des Suezkanals ausgearbeitet. In Ägypten fielen die ersten Bomben, als der Kreml seine Panzer zurückbefahl.

Imre Nagy erklärte am 1. November die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Das war das Signal zur endgültigen Niederschlagung der Revolution. Sowjetische Truppen besetzten das Parlament. János Kádár wurde als Ministerpräsident eingesetzt. Bis zum 15. November dauerten die Kämpfe an. 2500 Aufständische starben, 720 Sowjetsoldaten kamen ums Leben.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes setzte eine Massenflucht ein. 200000 Ungarn verließen ihre Heimat. *Klaus J. Groth*

Der Erste war ein Pommer aus Köslin

Vor 70 Jahren starb der vielseitige Maschinenbauer, Unternehmer und Flugpionier Hans Grade

Bei dem ersten Flug mit Motorkraft über Deutschland, der tatsächlich, unbestreitbar und ohne Zweifel stattgefunden hat, saß Hans Grade am Steuer. Der vom 17. Mai 1879 bis zum 22. Oktober 1946 lebende Flugpioniere war ein vielseitiger Mann. So konstruierte er nicht nur Flugzeuge, sondern auch Flugmotoren, Motorräder und Automobile. Mit seinen Autos verdiente er sogar mehr Geld als mit dem Flugzeugbau.

Auf seinen ersten Motorflug hat der im pommerschen Köslin geborene Preuße lange hingearbeitet. Bereits als Heranwachsender las er die Veröffentlichungen von Otto Lilienthal über den Vogelflug und baute seine eigenen Flugmodelle. Nach dem Abitur ging er nach Berlin, um dort Maschinenbau und Elektrotechnik zu studieren. Von 1900 bis 1904 besuchte er die Technische Hochschule in Charlottenburg.

> Beim ersten Motorflug über Deutschland, der tatsächlich, unbestreitbar und ohne Zweifel stattgefunden hat, saß Hans Grade am Steuer

Zwischenzeitlich interessierten ihn Motorfahrzeuge jedoch noch mehr als das Fliegen. Als die Gebrüder Wright 1903 mit ihren ersten Flügen von sich reden machten, konstruierte Grade ein eigenes Motorrad. Er übernahm eine Motorenwerkstatt, die er bis 1905 führte. Dann gründete er in Magdeburg die Grade-Motoren-Werke GmbH. 1907 und 1908 leistete er seinen Militärdienst ab, verlor aber seinen Traum von Fliegen nicht aus den Augen. In diesen Jahren begann er mit den Arbeiten an seinem ersten Flugzeug, einem Dreidecker.

Grade entwarf nicht nur das Flugzeug, sondern auch den Motor, einen Sechs-Zylinder-Zweitaktmotor mit 36 PS. Das Flugzeug baute er in einem Schuppen, weil er Angst hatte, sich mit der Konstruktion zu blamieren. Der Magdeburger „General-Anzeiger“ kündigte in seiner Ausgabe vom 19. September 1908 den Beginn der Flugversuche an. Ähnlich wie im heutigen Testflugbetrieb machte Grade zunächst Rollversuche und dann einige kurze Luftsprünge.

Der erste unbestreitbar und ohne Zweifel durchgeführte Motorflug Deutschlands war zwar ein Erfolg, endete aber mit Bruch. Grade beschrieb den Flug später so: „Nach einem langen Sprungflug rannte mir eine Frau in den Weg. Entweder musste ich sie umreißen, überspringen oder besser – überfliegen. Ich zog am Höhensteuer. Ich erreichte eine Höhe von acht Metern. Mir war nicht wohl dabei, auch meiner Maschine schien diese Höhe nicht zu behagen. Sie rutschte über den rechten Flügel ab, da sie übersteuert war, und machte Bruch. Da saß ich nun wie Scipio über Karthagos Trümmern. Vor mir lag mein erster Bruch, hinter mir mein erster Flug.“

Es gelang dem Bruchpiloten, seine Maschine wieder flottzumachen. Bis Mai 1909 machte er mit seinem Dreidecker rund 790 weitere Flüge, die bis zu 700 Meter lang waren. Die Streckenflüge sollten erst später kommen. In dieser Phase der Fliegerei ging es im Wesentlichen darum, ein Gerät zu bauen, dass einigermaßen sicher flog.

Im August 1909 zog Grade mit seiner Werkstatt nach Bork, das heutige Borkheide. Von hier aus unternahm seine „Libelle“ ihren Erstflug. Mit dem von ihm entwickelten Eindecker versuchte er im September 1909, den mit 40000 Goldmark dotierten „Lanz-Preis der Lüfte“ zu gewinnen. Den hatte der Traktorfabrikant Otto Lanz für jenen ausgelobt, der als erster mit einem in Deutschland gebauten und von einem deutschen Motor angetriebenen Flugzeug alle Freiflugmanöver ausführte und eine 1000 Meter lange Acht um zwei Pylone flog. Beim ersten Versuch hatte Grade Pech. Der Propeller brach, und Grade fiel mit seiner „Libelle“ in einen Kiefernwald, blieb aber unverletzt. Den Preis holte er dann im Oktober auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal. Trotz des Unglücks erwies sich die „Libelle“ als solide Konstruktion.

Sie hatte eine Spannweite von 10,5 Metern und wog gerade einmal 130 Kilogramm. Der Pilot saß unter der Tragfläche und steuerte mit einem einzelnen Hebel. Nach heutigen Maßstäben wäre sie ein Ultraleichtflugzeug. Mit der „Libelle“ stellte Grade diverse Rekorde auf. Im September 1910 gelang ihm mit viereinhalb Stunden der erste Dauerflug im Eindecker, und im folgenden Monat ein 60 Kilometer langer Überlandflug. Im April 1911 stieg er mit seinem Dreidecker auf 1450 Meter Höhe – damals ein Rekord. Grade erhielt auch den ersten in Deutschland ausgestellten Pilotenschein – im Februar 1910, über ein Jahr nach seinem ersten Flug.

Mit dem Preisgeld des Lanz-Preises gründete er in Borkheide eine Flugzeugfabrik, die im Mai 1910 die Arbeit aufnahm. Am 22. September 1911 produzierten die Grade-Fliegerwerke ihre 50. Maschine. Außerdem gründete er Deutschlands erste Pilotenschule, auf der bis 1914 rund 100 Piloten ihre Lizenz erwarben. Grade beförderte 1912 auch die ersten Luftpostsendungen im Deutschen Reich. Im gleichen Jahr machte er Flugversuche mit dem ersten in Deutschland gebauten Wasserflugzeug. Kaiser Wilhelm II. würdigte die Verdienste des Fliegers und verlieh ihm im selben Jahr den Kronenorden vierter Klasse.



Hans Grade

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wurde Grades Betrieb zur Reparatur von Militärflugzeugen herangezogen. 1917 verkaufte Grade das Unternehmen. Nach dem Krieg stieg er in den Automobilbau ein, nachdem er bereits 1915 ein Auto entworfen hatte. 1921 gründete er die Grade Automobilwerke AG. Sein Kleinwagen war 1924 das am meisten verkaufte Auto Deutschlands. Zu seinen besten Zeiten beschäftigte das Unternehmen rund 800 Menschen. Trotzdem machte Grade 1927 Konkurs und verdiente sein Geld danach mit Forschungsaufträgen für die Luftfahrtindustrie.

In den 30er Jahren flog er wieder. Mit seiner „Libelle“ trat der inzwischen der NSDAP angehörende Grade bei großen Flugschauen auf. In dem 1938 gedrehten Film „Ziel in den Wolken“ spielte er sich selbst. Während des Zweiten Weltkrieges rüstete sein Betrieb Lastkraftwagen für die Organisation Todt um.

Grade ist bis heute unvergessen. Seine „Libelle“ hat heute ihren Platz im Deutschen Museum, und im Magdeburger Technikmuseum hängt ein Nachbau des Dreideckers, mit dem er Deutschlands ersten Motorflug durchführte. Ein Airbus A310 der Luftwaffe trägt seinen Namen, ebenso Fliegerklubs, Flugschulen und Modellbauklubs. *Friedrich List*

Modern und schnell, aber unwirtschaftlich

Vor 200 Jahren wurde mit der »Prinzessin Charlotte von Preußen« der erste in Deutschland gebaute Dampfer in Dienst gestellt

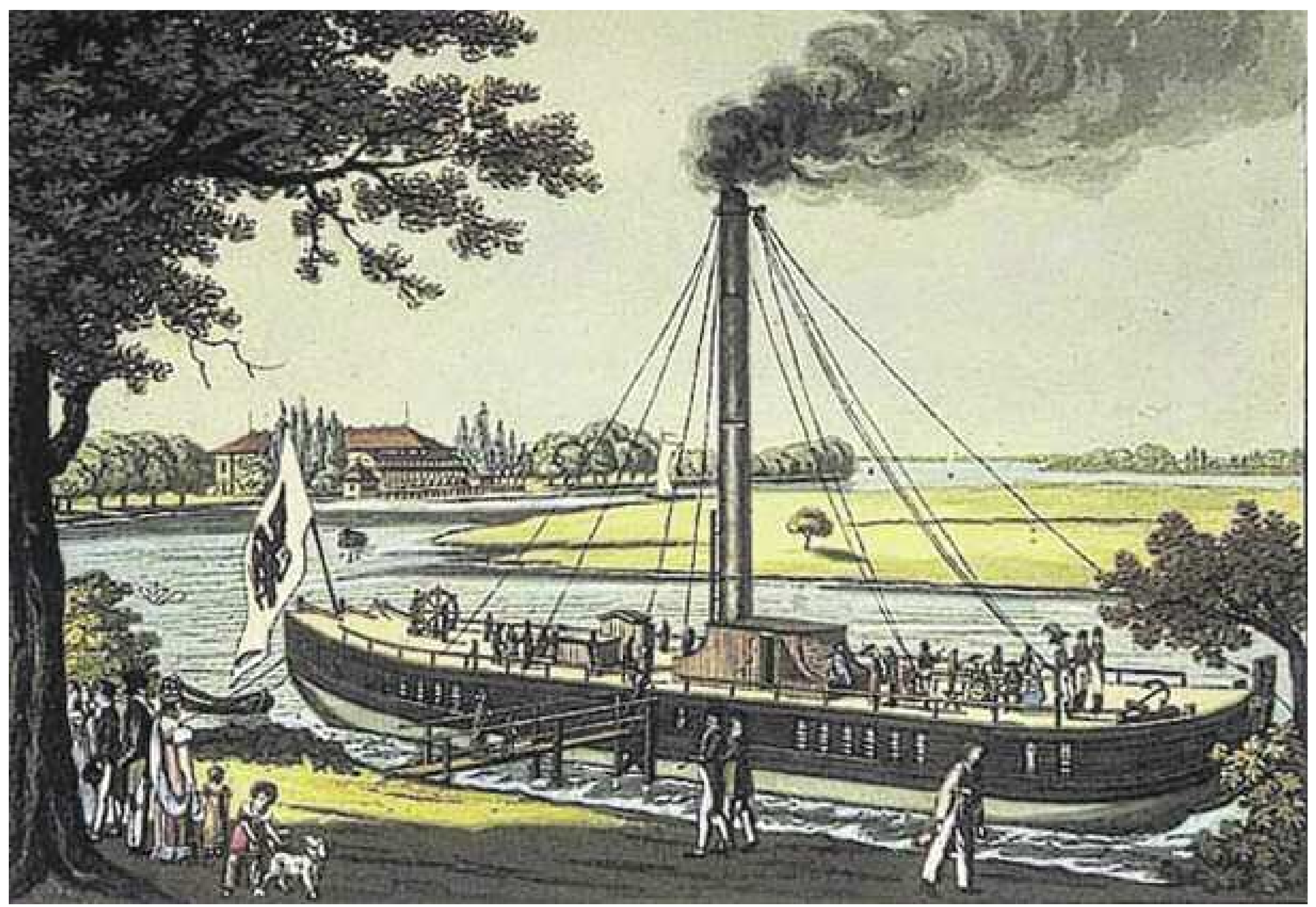
Die „Prinzessin Charlotte von Preußen“ war zwar das erste in Deutschland gebaute Dampfschiff. Ihr Erbauer jedoch war in London geboren und hatte einen in Hamburg lebenden schottischen Kaufmann zum Vater.

John Barnett Humphreys, so der Name dieses Schiffbauers und Ingenieurs, erhielt am 12. Oktober 1815 von der preußischen Regierung das Privileg, in Preußen die „eigentümliche Methode, Dampfmaschinen zum Forttreiben von Schiffsgefäßen zu benutzen“. Die zunächst auf zehn Jahre befristete Erlaubnis wurde später bis Ende 1831 verlängert.

Nach dem Erhalt des Patents errichtete Humphreys in Pichelsdorf bei Spandau am Westufer der Havel, wohl unterhalb der heutigen Freybrücke, eine „Dampfboot-Baustelle“. Am 21. Juni 1816 legten er und sein Mechaniker Benjamin Biram ihr erstes Schiff auf Kiel. Nach nur zweieinhalb Monaten emsiger Arbeit von 50 Handwerkern lief der Dampfer am 14. September 1816 vom Stapel. Er wurde auf den Namen der 1798 geborenen ältesten Tochter des damals regierenden Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III. getauft, die 1817 den Zarenbruder Nikolaus Pawlowitsch heiratete, 1818 den späteren preußenfreundlichen und reformfreudigen Zaren Alexander II. zur Welt brachte sowie nach der Thronbesteigung ihres Ehemannes im Jahre 1825 russische Zarin wurde.

Nach einer Probefahrt am 2. Oktober 1816 wurde die „Prinzessin Charlotte von Preußen“ 25 Tage später in Dienst gestellt. Die Jungfernfahrt vom 27. Oktober führte mit 160 Passagieren an Bord von Pichelsdorf zur Pfaueninsel und zurück. Der König ließ es sich nicht nehmen, eine Woche später daselbst auf dem nach seiner Tochter benannten Schiff eine Rundfahrt auf der Havel zu unternehmen.

Humphreys war jedoch nicht nur Schiffbauer, sondern auch Reeder. Im Mai 1817 gründete er mit seinem Vater die „Königlich Preußische Patentierte Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu Berlin“ zur Bereederung der „Prinzessin Charlotte von Preußen“ und weiterer auf der Werft in Pichelsdorf entstehender Dampfschiffe. Im März 1817 lief der Seitenraddampfer „Kurier“ vom Stapel und im November des Jahres die „Stadt Magdeburg“. Im August 1818 folgte die „Friedrich Wilhelm III.“, die bereits an der heutigen Schiffbauergasse in Potsdam entstand, wohin die Werft mittlerweile verlegt worden war. Im Oktober 1819 wurde alles noch einmal überboten durch die Fertigstellung des damals größten Dampfschiffes Deutschlands, der „Fürst Blücher“. Die Reederei richtete mit ihren schließlich fünf Raddampfern einen Liniendienst ein. Beschränkte sich das Operationsgebiet zunächst nur auf Berlin, transportierten die Schiffe später auch Passagiere wie Fracht zwischen der Spreemetropole, Magdeburg und Hamburg.



Das Dampfschiff „Prinzessin Charlotte von Preußen“: Kolorierte Radierung nach Friedrich August Calau aus dem Jahre 1818 Bild: CF

Die „Prinzessin Charlotte von Preußen“ wurde im regelmäßigen Passagier- und Postdienst zwischen Berlin (Tiergarten), Charlottenburg, Spandau und Potsdam eingesetzt. Das 41,44 Meter lange Schiff war für 300 Passagiere ausgelegt. Die Dampfmaschine, die nicht aus Deutschland, sondern von der im Londoner Stadtteil Soho ansässigen Firma Boulton, Watt & Sohn stammte, verlieh mit ihren 14 PS dem Schiff die – wie es damals in der Presse hieß – „ungemeine Schnelle“ von vier Knoten / sieben Kilometern in der Stunde.

Zu den Besonderheiten dieses Schiffes gehörte neben den Fenstern, die statt Bullaugen verbaut worden waren und den Kajüten unter Deck eine ungewohnte Helligkeit und Freundlichkeit gaben, die Verwendung eines Schaufelrades in der Mitte statt zweier an den Seiten. Die Integration des Schaufelrades in den Rumpf war gewählt worden für eine gefahrlosere Durchfahrt unter engen Brücken, führte jedoch zu einer mit 5,88 Metern relativ großen Breite des Schiffes.

Das Antriebssystem erwies sich als nicht sehr effektiv. Der Kohleverbrauch lag bei einer viertel Tonne pro Fahrtstunde, was zu entsprechend hohen Betriebskosten führte. So stellte die „Prinzessin Charlotte von Preußen« bereits 1818 ihre Fahrten ein.

Doch auch die anderen Dampfer der Königlich Preußischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft verursachten hohe Betriebskosten. Hinzu kamen der schlechte Allgemeinzustand der Wasserstraßen, hohe Schulden von Vater und Sohn Humphreys in England und ab 1821 ein Patentstreit mit der preußischen Regierung. 1824 machte die Reederei Konkurs. Ihre Schiffe wurden verkauft, auch die „Prinzessin Charlotte von Preußen“, die noch im selben Jahr abgewrackt wurde. *Manuel Ruoff*

Die Herzen flogen ihr zu, aber ihr Herz eroberte keiner

Vor 190 Jahren wurde die Schriftstellerin, Illustratorin und Salonnière Marie von Olfers geboren – Ein Kaminbrand beendete ihr Leben

Manch einer, der heute im geräuschvollen Berlin zum Flugplatz Tegel hetzt, ahnt nicht, dass hinter der Friedhofsmauer am Halleschen Tor auf efeuumrankten Grabsteinen bekannte Namen eingemeißelt sind: Chamisso, E.T.A. Hoffmann, um nur diese zu nennen. Eine große Tafel führt dem Eintretenden die Namen aller dort ruhenden „berühmten Berliner“ vor Augen. Die Stadt hat ihre Gräber in Obhut genommen.

Auf dieser Tafel lesen wir manchen heute nur noch wenigen bekannten Namen, darunter den einer Frau: Marie von Olfers. Rechterhand, in einem verborgenen Winkel, finden wir auf ihrem Grab die Jahreszahlen 1826 bis 1924. Was für eine Zeitspanne hat Marie, die Tochter von Ignaz und Hedwig von Olfers, durchlebt, bis sie hier im Grabe ihrer Großeltern Friedrich August und Elisabeth von Staegemann beerdigt wurde!

In der Wohnung dieser Großeltern im Hardenbergschen Palais am Dönhoffplatz kam sie zur Welt. Als kleines Kind schon reiste sie mit ihren Eltern und Schwestern in der Pferdekutsche über die Alpenpässe nach Bern und vier Jahre später zurück in das immer noch romantische Berlin. Da gab es Landpartien zum Pichelsberg, da saßen Marie und ihre Freundinnen, die schönen Töchter der Bettina von Arnim, im Park von Monbijou zwischen weidendem Vieh, lasen, malten und dichteten.

Allsommerlich zogen Gäule die Olfers-Familie nach Schlesien oder Ostpreußen, nach Dresden oder Italien, zu ländlicher Tätigkeit auf Gütern, zum Kinderwarten oder zum Studium alter und neuer Kunst. Später brachte die Eisenbahn sie jedes Jahr nach Königsberg. Metgethen, das Staegemannsche Gut, gehörte nun den Olfers-Geschwistern und war Heimat neben Berlin.

Kurz vor ihrem 90. Geburtstag erholte Marie sich schnell von ihren Verletzungen bei einem Autounfall. Gewiss wäre sie, frisch und gesund, wie sie war, noch hundert Jahre alt geworden, hätte nicht in winterwarmer Stube ein Unglück ihr Leben beendet. Ihr Kleid fing Feuer am Ofen – nichts war zu hören – nach einer Weile fand man im Qualm eine Tote.



Marie von Olfers

Was hatte Marie zu einer „berühmten Berlinerin“ gemacht? Sie war Malerin, aber keine große. Mit ihrem Kunstgewerbe konnte sie sich und ihre Mutter ernähren, nachdem Vater Olfers gestorben, mehr noch, nachdem Metgethen verschuldet und schließlich aufgelöst worden war.

Zur Zeit der Frauenbewegung um die Jahrhundertwende war es besonders der Lyzeumklub, der in Kunstausstellungen Marie von Olfers Bilderbücher, Postkarten, Majolika-und Porzellanmalereien, ihren leuchtend bebilderten Lampenschirmen begeisterte Käufer zuführte. Diese Kleinkunst war keine gewöhnliche. Maries Aquarelle, ihre menschenähnlich verwandelten Naturwesen, Feuerfunken und Wassertropfen, Blumen und Käfer strahlten in naiver Frömmigkeit und Spaßigkeit Marie von Olfers ganzes Wesen aus.

Wie ihre Bilder hatte Marie von Olfers selber etwas Leuchtendes. Bis ins hohe Alter hinein trug sie meistens Kleider in einem matten Himmelblau. Weiße Locken standen seit einer schweren Krankheit in der Jugend wie ein Heiligenschein um ihren Kopf. „Wenn ich an sie denke, sehe ich die Dinge des Lebens in einem lichten Schein“, schrieb einer ihrer Freunde. „So oft ich in ihrer Gegenwart weilen durfte, verließ ich sie – als ein besserer Mensch, als ich gekommen war.“

„Nie hat die Schwere des Altwerdens sie berührt“, hieß es in einem Nachruf. „Sie kannte nicht den Wechsel der Jahre, nur Jahreszeiten und ihre Schönheit spürte sie.“

Zu ihren Freunden gehörten viele, zu ihren Verwandten ihre Nichte Sibylle, auf die sie großen künstlerischen Einfluss hatte

An ihrem 70. Geburtstag hatte ein Kreis von Künstlern zum Festessen in den Kaiserhof geladen. Dort klang ihr eine Mozart-Arie entgegen, gesungen von Anna Schultzen-Asten, begleitet von dem größten Geigenvirtuosen jener Jahre: Joseph Joachim. Ein Gruß ferngebliebener Dichterfreunde endete: „Das ist ein Tönen und Schallen wie eine Symphonie aus allen Herzen, aus allen: Wir lieben dich, Marie!“

Was war das nur für eine Frau, die alle Herzen gewann, die wegen ihres Seins zu den Berühmten zählte, die ihre Gäste als „Bessergewordene“ entließ, ohne sie belehrt zu haben? Heiter, voller Phantasie und Schelmerei strahlte sie überall Wärme aus. Viele Heiratsanträge hatte sie – immer mitleidend, wenn sie einem Menschen wehtun musste – abgelehnt. Sie fühlte, dass sie für die Ehe nicht bestimmt war.

Ihre Liebe galt den Eltern, die sie beide bis zum Tode pflegte, den Schwestern, mit denen sie bis zu deren Ende in einem Hause wohnte, dem Bruder Ernst, den vielen Neffen und Nichten, Freunden und Helfern, gleich, ob es Hohenzollernprinzen oder Bedienstete waren.

So war es nicht verwunderlich, brachte aber viel Erregung und manchen Meinungsstreit, dass Marie eines Tages ein elendes Arbeiterkind aus Schlesien mit nach Hause nahm und aufzog. Politische Gegensätze in den Jahren nach den Märzunruhen hatten die Freundschaft zwischen der königstreuen Olfers-Familie und der schwärmerisch revolutionären Bettina von Arnim nicht zum Erliegen gebracht. Bettina von Arnim forderte in ihren Schriften soziale Verbesserungen, Marie packte im kleinen Bereich zu.

In Klein-Oels, bei ihrer Schwester Nina Gräfin Yorck, pflegte sie deren schwer kranke Kinder. Aus Dankbarkeit für die kaum erhoffte Genesung der Kleinen entriss sie noch ein drittes Kind dem sicheren Tode. Annele, das wenige Monate alte Töchterchen einer „leichtsinnigen Großmagd“, bekam fast nichts zu essen, war noch nie gewaschen worden und sah so kläglich aus, dass Marie sich erbarmte und das verlauste Kind als ihr eigenes annahm. Annele wuchs nun in Berlin auf, teilte Arbeit und künstlerische Freuden mit den Olfers-Schwestern und fuhr im Sommer mit nach Metgethen. Ihre schöne Stimme wurde ausgebildet Sie gab Kindern Klavierstunden, bis ein Gehirntumor ihr junges Leben – sie wurde kaum 28 Jahre alt – enden ließ, für Marie ein tiefer Schmerz.

Marie überlebte ihre drei Geschwister sowie viele Neffen und Nichten. So stark sie liebte, so tief war ihr Leid. Sechs Jahre vor ihrem Tode erlebte sie mit wehem Herzen das Ende des Kaiserreiches. „Das Herz darf nicht verbluten, man muss fest die Hand darauf drücken“, schrieb sie damals, „wir wollen nicht ablassen, für unser Vaterland zu arbeiten, wäre es auch Danaidenarbeit. Ich in meinem kleinen Kunstbereich ...“

Nach Maries Tod wanderten ihre Empiremöbel, die Bilder der Vorfahren Fischer, Staegemann und Olfers nach Ostpreußen. Dort sind sie geblieben, wahrscheinlich zerstört. Aber von Marie von Olfers unzähligen kleinen Büchlein, deren Bilder sie zeichnete und in schwarzen Konturen drucken ließ, dann in täglicher Arbeit bis zu ihrem Ende mit der Hand anmalte, haben sich viele wiedergefunden. Wird die Leuchtkraft dieser kleinen Bilder noch hier und da Wirrnis und Finsternis durchdringen können? *E.B.*

Ostpreußen ist so einmalig, dass es dafür keinen Ersatz gibt

Zu: Die Angst fährt immer mit (Nr. 40)

In einem halben Jahr zweimal geflohen (Breslau–Sudetengau, Sudetengau–Göttingen), mit meiner Mutter im Straßengraben und Tiefflieger über uns, kann ich nur sagen: Ja, so war es, ja, so ist es – bei einem gravierenden Einspruch: Die Folgen des Verlustes der Heimat. Zehnjährig habe ich ihn als Schock erlebt – sehr wohl. Wir blieben „auf gepackten Koffern sitzen“, viele Jahre lang.

Ich kenne niemanden, der sich damals auch nur ansatzweise vorstellen konnte, dass mitten im christlichen Europa einem Land ein Drittel seines Bodens mit über 700-jähriger Geschichte entrissen und von seiner verbliebenen Bevölkerung gesäubert werden würde, partiell mit genozidalen Maßnahmen, und Rückkehrer an der Oder-Neiße-Linie bei Wegnahme sämtlicher Papiere zurückgeschickt werden könnten (Herbst 1945 meinem Vater widerfahren). Für unsere Familie gelten noch tiefere als 700-jährige Wurzeln, da zu unseren Vorfahren auch Prußen zählen.

Heimat! Wie fehlt sie mir noch heute zusammen mit ihrer von Landschaft, Klima und örtlicher Geschichte geprägten Bevölkerung, deren Dialekt sowie der Mentalität des Ostens mit seiner Nähe zu Österreich, Polen und Russland. Sich aus nicht änderbaren Gründen abfinden, vernünftigerweise einordnen – ja. Für meine Heimat fand ich aber keinen Ersatz. Wie sich Schleswig-Holstein von Bayern unterscheidet, so unterscheiden sich Ostpreußen/Schlesien von Nordrhein-Westfalen.

Gudrun Schlüter, Münster

Ein Polit-Irrsinn

Zu: Luft raus (Nr. 40)

Wenn Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen bei den Einheitsfeiern am 3. Oktober in Dresden sagte, wir müssten mal über Demokratie reden, dann sollte man auch darüber reden, warum es diese Pegida- und AfD-Demonstranten überhaupt gibt und wie es zu den Beschimpfungen der Regierungs-Einheits-Feierleute kam.

Dieses Restdeutschland von 1945 wird weiter von Schwarzen und Moslems überschwemmt. Wo steht es geschrieben, dass wir diese Leute aufnehmen und am Leben erhalten müssen? Es sind doch schon von der Gesamtbevölkerung etwa 25 Prozent Migranten da. Zusammen mit etwa 30 Prozent ehemaliger deutscher Siedlungsgebiete gehört den Deutschen nicht einmal mehr die Hälfte des ehemaligen Deutschlands von 1871.

Was ist das für ein Irrsinn, immer noch mehr Leute ins Land zu holen, zumal ja die landwirtschaftliche Fläche der Bundesrepublik im Notfall nur etwa die Hälfte der Bevölkerung ernähren könnte. Wie kann man sich vonseiten der Politik und Wirtschaft nur so verantwortungslos verhalten? Wo ist eine klare nationale Politik geblieben?

Günther Burk, München

Gefährdete Oase

Zu: Gipfel der Erkenntnis (Nr. 39)

Ich war in Sils, und ich stimme dem Artikel in jeder Einzelheit zu: Der Schweizer Ort ist eine „Oase der Ruhe“, die ja auch schon der Philosoph Friedrich Nietzsche zu schätzen wusste, der dort den „Zarathustra“ schrieb (nicht die berühmte sinfonische Dichtung, die hat Richard Strauss Jahre später nach Nietzsches Hauptwerk komponiert).

Aber diese Oase ist gefährdet. Wie im Artikel erwähnt, wird im November eine neue Sesselbahn eröffnet, die den Massentourismus in den Ort treiben kann. Konnte man im Skigebiet von Sils-Furtschellas bislang ungestört Ski fahren, so wird es mit dieser Querverbindung zum Ski-Rummelplatz am Corvatsch damit bald ein Ende haben. Ich habe die Bauarbeiten für diese Anlage gesehen und war schockiert von den Verwüstungen, den diese in der Bergwelt anrichten. Leider ist auch Sils nicht davor geschützt, Teil des alpinen Spaß- und Freizeitparks zu werden.

Matthias Schöne, Hannover



Für vertriebene Ostpreußen ist die unvergleichliche Natur ihrer Heimat durch nichts zu ersetzen: Flusslandschaft bei Labiau Bild: MRK

Auf nach Usedom!

Zu: Usedom soll abgestraft werden (Nr. 39)

Meine schönsten Urlaube habe ich auf dieser Insel verbracht und werde dies auch zukünftig tun. Ich lasse mir von niemandem vorschreiben, wo ich meinen Urlaub zu verbringen beziehungsweise nicht zu verbringen habe. Mir scheint, die oberste Priorität in diesem ach so demokratischen Land ist es, unliebsame Wahlergebnisse für die sogenannten etablierten Parteien auf Biegen und Brechen hinter Gängelungen der Wähler und Nicht-Wähler zu verbergen.

Sabine Preißler, Wiesbaden

Eine endlose Geschichte droht von Süden her

Zu: Geisterfahrt durch Europa (Nr. 35)

„Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt“, heißt es bei Eichendorff. Mit der Gunst aber ist es so eine Sache, denn sie ist ein flüchtiges Wesen. Mal ist die Gunst einem hold, mal sucht sie das Weite. Zurzeit scheint sich die Gunst von der Bundeskanzlerin ganz abzuwenden. Zuletzt war sie auf Europa-Tour und erlebte die Früchte ihres Handels ganz nah und eindeutig. In Tschechien wurde sie besonders „herzlich“ empfangen. Die Visegrádstaaten kochen ihr eigenes Süppchen und sind sich einiger denn je in ihrer Ablehnung, muslimische Immigranten aus Nah-Ost aufzunehmen.

Nach dem Brexit wird es immer schwieriger, die Probleme nehmen zu. Nun will Merkel die Gunst der Stunde nutzen, um den Zusammenhalt der 27 EU-Staaten anzumahnen. So wie es zurzeit aussieht, driftet Europa zunehmend auseinander. Europa ist seit der großen Invasion nicht nur in zwei Lager gespalten. Es bilden sich erkennbar mehrere Grüppchen heraus.

In Brüssel wurde die Verteilung von weiteren Vaterlandsflüchtigen beschlossen. Nach den Ereignissen in Frankreich, Belgien und auch Deutschland weigern sich die osteuropäischen Staaten, die Vereinbarung zu erfüllen. Mit Recht! Wer einigermaßen bei Verstand ist, holt sich keine Gefährder ins Land.

Früher konnte man aus Stroh Gold spinnen. Das war also möglich. Heute dagegen lässt sich aus einer Burka ein Nikolauskostüm spinnen. Wie das geht, weiß nur der Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Wer aber ist eigentlich auf die geniale Idee gekommen, die vielen Immigranten gleichmäßig auf die Europäische Union zu verteilen? Soll jetzt etwa die vertriebene deutsche Bevölkerung durch Muslime ersetzt werden?

Wenn man das weiterspinnt, fällt einem ein, dass die großen Vertreiberstaaten, die ehemalige Sowjetunion, Polen und die einstige Tschechoslowakei sich besonders brutal an der Vertreibung von zirka 15 Millionen Deutschen Landsleuten aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße und aus dem Sudetenland beteiligt haben. Fast ein Drittel deutsches Land wurde gleich mitgeraubt. Wenn schon die ehemaligen deutschen Einwohner dieser Gebiete keinen Anspruch auf Rückkehr in die alte Heimat haben, dann könnten ja Millionen Neusiedler aus Nahost und Afrika, ganz zur Freude der Bundeskanzlerin, diese Landstriche besiedeln. Das wäre doch ein schönes Völkergemisch auch im Sinne von Rot-Grün und den Linken.

Sollte es mit der Praxis im Mittelmeer so weitergehen und die EU sich selbst als Schleuser betätigen, wird es eine endlose Geschichte. An Nachschub jedenfalls besteht kein Mangel. Der Volksmund sagt: Reisen bildet, diese können aber teuer werden. Dafür wurden wieder, wie so oft, Unsummen von Steuergeldern verpulvert.

Wilhelm Jäkel, Damme

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 42 – 21. Oktober 2016

MELDUNGEN

Hansebüro wird aufgelöst

Königsberg – Das von Schleswig-Holstein betriebene „Hansebüro“ in Königsberg wird nach seiner Klassifizierung als „Ausländischer Agent“ von seinen Betreibern aufgelöst. Dies berichteten übereinstimmend die eng mit dem Büro verbundene Königsberger Zeitung „Nowye Koljosa“ und die in Königsberg weilende schleswig-holsteinische Kultur- und Europa-Ministerin Anke Spoorendonk vom dänischen SSW, die für einen erheblichen Teil der Russlandpolitik des Landes Schleswig-Holstein verantwortlich zeichnet. Spoorendonk, die in der ostpreußischen Hauptstadt offiziell ein deutsch-russisches Filmforum eröffnet, sprach in diesem Zusammenhang von einem „Affront“. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] - Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] - Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Sorquitten [Sorkwity] – Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Kallinowen [Kalinowo], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jeglownik], Baustelle. *E.G.*

Cranz feierte großes Feuerwerk-Festival

Mannschaften aus acht Ländern traten gegeneinander an – Verkehrschaos am ersten Veranstaltungstag

Im September fand an vier Wochenenden in Cranz ein internationaler Wettbewerb von Feuerwerkern statt, welcher der Region noch einmal einen Zustrom an Touristen brachte, sie aber auch vor große logistische Herausforderungen stellte.

Russen haben eine Schwäche für jede Art von Feuerwerken. Deshalb ist der Andrang bei Stadtfesten oder anderen Veranstaltungen mit Feuerwerk meist sehr groß. Wenn eine Meisterschaft der Pyrotechniker im Gebiet stattfindet, ist das eine Besonderheit, die sich kaum jemand entgehen lassen möchte.

Die Organisatoren des Cranzer Festivals hatten ordentlich die Werbetrommel gerührt, um im ersten Monat des Herbstes neue Touristen in die Region zu locken und so die Saison zu verlängern. Das Wetter spielte ihnen in die Hände, denn im September war es wärmer als im Sommer.

In Cranz hatte es vor ein paar Jahren bereits ein Feuerwerk-Festival gegeben, allerdings nicht in so großem Maßstab. Darüber hinaus hatte in den vergangenen zwei Jahren bei den angesehensten Meisterschaften in Frankreich und Russland das Team aus dem Königsberger Gebiet gewonnen. Pyrotechniker aus Deutschland, Italien, Tschechien, Frankreich, China, Mexiko, Weißrussland und Polen sollten ihre Künste vorführen. Am 3. September startete das Festival. Die Raketen wurden von der Seebrücke aus gestartet, sodass die Zuschauer das Spektakel von der Promenade und von der Anlegestelle aus betrachten konnten. Problematisch gestaltete sich



Ein großartiges Schauspiel: Pyrotechnik-Vorstellung am Cranzer Ostseeufer *Bild: J.T.*

die Anreise zum Veranstaltungsort. Cranz ist von Königsberg nur wenig mehr als 30 Kilometer entfernt. Die Verkehrsverbindung erfolgt mit Bussen und Vorortzügen. Die Busse fuhren zwar häufig, aber ihre Kapazität ist geringer als die der selten fahrenden Züge. In weiser Voraussicht hatten die örtlichen Behörden beschlossen, an den Festivaltagen zusätzliche Züge einzusetzen. Die Zahl der Zuschauer in Cranz war allerdings so groß, dass die Situation dennoch außer Kontrolle geriet.

Die Feuerwerks-Veranstaltung sollte zwar erst um 22 Uhr beginnen, aber schon Stunden vorher war in Cranz kein Parkplatz mehr zu finden. Die Bewohner sicher-

Kampf um den letzten Platz im Zug

ten ihre Grundstücke vor „Wildparkern“, indem sie Barrieren aufstellten, Steine vor die Zugänge zu ihren Häusern schleppten und ihre Innenhöfe blockierten. Trotzdem kam es zu Auseinandersetzungen und sogar zu Handgreiflichkeiten mit Autofahrern, die ihre Fahrzeuge auf Rasen und Vorgärten abstellten. Wer nicht schon Stunden vor Beginn der Veranstaltung in Cranz angekommen war, stand zwei bis drei Stunden im Stau. Viele mussten schon vor der Ortseinfahrt umkehren. Diejenigen, die mit dem Zug gekommen waren, hatten es kaum besser. Auf dem Cranzer Bahnhof kam es zu regelrechten Kämpfen selbst um Stehplätze im Zug. Zudem war der Fahrplan unbedacht zusammengestellt. Die Rückfahrt nach Königsberg fiel zeitlich mit der letzten Salve des Feuerwerks zusammen, sodass viele ihn gar nicht erreichen konnten. Der Andrang der Fans auf den letzten Zug nach Königsberg war so groß, dass ein Tumult ausbrach. Kinder wurden auf Gepäckregale gesetzt, alkoholisierte Fahrgäste drangen durch die Fenster ein. Einige kletterten sogar auf das Zugdach. Das Gerangel führte zu vielen leichten Verletzungen und blauen Flecken.

Der zweite Festivaltag war besser organisiert. Es gelang, ein Chaos wie am Vortag zu vermeiden. Die Veranstalter hatten ihre Hausaufgaben gemacht. Es gab mehr Freiwillige, die an den Passierstellen und auf den Parkplätzen die Ordnung wahrten. Um das Parkplatzproblem zu entschärfen, war auf der Ringstraße von Königsberg nach Cranz kurz vor dem Kurort ein Fahrstreifen zum Parkplatz umfunktioniert worden.

Am 24. September endete das Festival. Das Finale lieferte das Königsberger Team unter musikalischer Begleitung der russischen Nationalhymne und Werken russischer Klassiker. Das Königsberger „Zentrum für Feuerwerk Chan“ war Mitveranstalter des Festivals. Die Vorführung der Königsberger Mannschaft erfolgte außerhalb des Wettbewerbs. Die weißrussische Mannschaft wurde Gesamtsieger.

Laut Angaben der Veranstalter waren insgesamt zirka 200 000 Zuschauer zu den Feuerwerkwochenenden gekommen. Es war ohne Übertreibung die größte Massenveranstaltung der Region in diesem Jahr. *Jurij Tschernyschew*

Wieder neuer Interims-Gouverneur

Der 30-jährige Anton Alichanow ersetzt FSB-Mann Jewgenij Sinitschew

Am 6. Oktober ernannte Russlands Präsident Wladimir Putin den bisherigen kommissarischen Premier des Königsberger Gebiets, Anton Alicha-now, zum Gouverneur. Der Ende Juli eingesetzte Gouverneur Jewgenij Sinitschew trat nach 70 Tagen Amtszeit – angeblich aus persönlichen Gründen – zurück. Es war für ihn vermutlich schwierig, die von Gouverneur Nikolaj Zukanow zurückgelassenen Probleme mit Korruption und Seilschaften in kurzer Zeit zu lösen. Es hatte ohnehin den Anschein, dass der Geheimdienstmann (FSB) Sinitschew nur als Platzhalter diente.

Der mit erst 30 Jahren jüngste Gouverneur Alichanow hat eine bewegte Karriere hinter sich. Er stammt aus Suchumi, der Hauptstadt Abchasiens, der inzwischen abtrünnigen Schwarzmeerprovinz Georgiens. Er besuchte die Staatliche Steuerakademie in Moskau und trat 2010 im Alter von 24 Jahren in den Dienst des Justizministeriums. 2012 verteidigte er seine Doktorarbeit über Kostenmanagement von Unternehmen an der Russischen Wirtschaftsuniversität Plechanow. 2013 wechselte er zum Industrie- und Handelsministerium, wo er zunächst Stellvertretender, dann Leiter der Abteilung für Außenhandelsregulierung wurde. Mitte August 2015 wurde er Mitglied des Beraterstabs der von Vizepremier Igor Schuwalow geleiteten Eurasischen Wirtschaftskommission.

Am 22. September 2015, wenige Tage nach seinem 29. Geburtstag, wurde Alichanow in der Regierung des Königsberger Gebiets Vizepremier und zuständig für Landwirtschaft und Industrie. Er wurde dort Mitglied im Mitarbeiterstab von Gouverneur Zukanow, der zu der Zeit bereits auf der Abschussliste stand.

Es heißt, dass Alichanow ein Gegengewicht zu Zukanows Leuten bilden sollte. Schon am 30. Juli wurde Alichanow kommissarischer Premier und am 6. Oktober amtierender Gouverneur – laut Putin zunächst provisorisch, bis zur geplanten Neuwahl des Regionalchefs im September 2017. Auf Wunsch Putins soll Alichanow zur Umsetzung des Entwicklungs-



Bild: CF_Kremlin.ru

Anton Alichanow

plans für die strategisch bedeutende Region Königsberg, an dem er selbst als Autor mitgearbeitet habe, in enger Kooperation mit der Regierung der Russischen Föderation beitragen.

Seinen rasanten Aufstieg hat Alichanow nicht zuletzt seinem ambitionierten Vater Andrej zu verdanken, der Gründer und Teilhaber des Fleisch- und Lebensmittelvertriebs „Rosmjasomoltorg“ ist. Außerdem unterhält er seit Langem freundschaftliche Beziehungen zum für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Ersten Vizepremier der russischen Regierung, Igor Schuwalow, sowie zum einflussreichen Umweltpolitiker Oleg Mitwol. Auch soll sein Vater mit dem Präsidentenbevollmächtigten für den Wolga-Föderationskreis, Michail Babitsch, und sogar Rostech-Chef Sergej Tschemesow befreundet sein.

Jedenfalls wurde der junge Alichanow in kurzer Zeit zum Favoriten Präsident Putins, des Ersten Vizepremiers Schuwalow, der ihn in sein Team aufgenommen hatte, sowie des Industrie- und Handelsministers Denis Manturow, bei dem er kurze Zeit tätig war.

Momentan ist der junge Alichanow Oberhaupt und zugleich Regierungschef der Königsberger Exklave. Ein neuer Premier wird offenbar nicht ernannt. Jugendliche Regierungschefs auszuwählen scheint derzeit auch im benachbarten Baltikum zu sein. So ist Estlands Premier Taavi Rõivas 37 Jahre alt. *Hans-Joachim Hoppe*

Kriegsspiele

Iskander-Raketen an der Ostsee stationiert

Russland hat die Verlegung des Raketen-Systems Iskander ins nördliche Ostpreußen bestätigt. Die Information erteilte Igor Konaschenkow, Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, und er ergänzte, dass es sich um eine routinemäßige Übung handele. Konaschenkow unterstrich, dass Moskau daraus kein Geheimnis mache. Ein Teil dieses Komplexes befindet sich noch vor seiner Ausladung auf dem Schiff. Dieses war zur Beobachtung des vorbeifliegenden amerikanischen Satelliten aufgestellt worden.

Raketen könnten auch Berlin erreichen

Die erste Information über die Verlegung der beweglichen Iskander-Abschussrampen gab ein estnisches Internet-Portal, sich auf einen anonymen Informanten der amerikanischen Seite berufend. Die Abschussrampen wurden auf dem Schiff „Ambal“ transportiert, das zur Beförderung von Kraftfahrzeugen und Eisenbahn-Waggons dient. Experten erklären, dass die modernen Raketen-Komplexe in verschiedenen Teilen der Russischen Föderation zum Zwecke der Rotation stationiert sind. Die Abschussrampen sind nach Verlegung in wenigen Tagen beziehungseise Wochen einsatzbereit. Diese Version bestätigte auch der Pressesprecher des russischen Verteidigungs-Ressorts, der zudem bestätigte, dass die Iskander-Raketen bereits vor einiger Zeit nach Königsberg verlegt worden waren.

Moskau hat bereits vor sechs Jahren bekannt gegeben, dass es mobile Abschlussrampen in das Königsberger Gebiet verlegen wolle, und zwar als Antwort auf den Aufbau der amerikanischen Abwehr-Raketen Patriot in Polen.

Die Iskander-Raketen haben eine Reichweite von 700 Kilometern. Vom Königsberger Gebiet aus können sie Warschau und Berlin erreichen. Die Experten schließen nicht aus, dass die Raketen mit einem Nuklear-Sprengkopf ausgerüstet werden können. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wer sich zum Reiseziel unsere alten deutschen Ostgebiete gewählt hat, kommt mit einem ganzen Bündel an Eindrücken zurück, die man in einigen Notizen oder Fotos festhielt, um sie nach der Rückkehr richtig einordnen zu können. Aber schon beim ersten Sichten stellt man fest, dass dies nicht bei allen Motiven gelingt und man nicht mehr weiß, wo sie einem vor die Kamera kamen. So ergeht es auch Herrn **Maik Bialek** aus Wittenberge, der mit einer diesbezüglichen Frage sein Schreiben beginnt, das einige Kurzberichte über Eindrücke enthält, die er auf seiner diesjährigen Ostpreußenreise gewinnen konnte und von denen er einige an unsere Ostpreußische Familie weitergeben möchte. Was hiermit geschieht – und so beginnen wir gleich mit dem ersten Foto, das er selber als Bilderrätsel bezeichnet. Zeigt es doch ein verfallenes Gebäude, das er Ostpreußen zuordnet, wie er meint: „Es könnte aus den tiefen, dunklen Wäldern Ostpreußens stammen. Weiß jemand, um welches Gebäude es sich dabei handeln könnte und wo diese Aufnahme getätigt wurde?"

Er hat dieses Bild ausgewählt, weil es uns auf „die wenigen Zeilen und Aufnahmen", die er auf seiner letzten kurzen Reise durch Ostpreußen sammeln konnte, einstimmen soll. Das ist aber reichlich unterspielt, denn was uns Herr Bialek vorlegt, ist mehr als ein kleiner Pungel, es sind grundverschiedene Fragen, die sich nicht zu einer Folge bündeln lassen, weil fast immer Fotos dazu gehören. Also müssen wir seinen Bericht aufgliedern und bringen heute zuerst einmal den Anfang, der aus den oben erwähnten Zeilen und dem Rätselfoto besteht, und dann eine weitere Frage, die sich aus seinem Besuch bei einem Königsberger Antiquariat ergibt. Für einen Wittenberger Gastronomen war Maik Bialek auf der Suche nach Königsberger Originalen und wurde auch fündig. Zusätzlich wurde ihm ein altes Blechschild von der Kreuzapotheke angeboten, „eher hinterher geschmissen", wie er schreibt. Herr Bialek erkannte sofort den Wert dieses Originals, denn die Ruine der Apotheke in der ehemaligen Königstraße steht noch heute und ist eines der meistfotografierten Objekte, weil es wie ein Mahnmal für die Zerstörung des alten Königsberg wirkt und somit eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Ich selber kenne diese Apotheke noch aus meiner Königsberger Zeit, sie war unsere „Hausapotheke", denn ein paar Häuser weiter praktizierte unser Hausarzt Dr. Rosenstock, da holte man gleich nach dem Besuch in seiner Praxis das verordnete Medikament. Wie für mich wird dieses Schild auch für andere Königsberger einen hohen Erinnerungswert haben, vor allem für die Apothekerfamilien und Mitarbeiter aus dem pharmazeutischen Bereich. So dachte auch Herr Bialek, der sofort das Schild erwarb und es mit nach Wittenberge nahm. Dort wartet es nun mit seinem Entdecker auf eine Meldung aus unserem Leserkreis. Wer sich für das Schild interessiert und ihm einen adäquaten Platz bieten will, wende sich bitte an Herrn Bialek, dem wir für seine Bemühung um die Rettung dieses wertvollen Relikts aus Königsbergs Vergangenheit danken. (Maik Bialek, Pfaffengasse 26 in 06886 Wittenberge, E-Mail: alfa76441@freenet.de)

Wer erkennt das verkommene Gebäude und kann den Ort benennen? Bild: privat

Und wieder bringt sich die Enkelgeneration in das große Suchen ein und bittet unsere Ostpreußische Familie um Mithilfe, die wir gerne leisten, wenn wir es vermögen. Diesen Zusatz müssen wir im folgenden Fall schon sagen, weil die Nachforschung diesmal nicht so einfach ist, denn sie führt teilweise nach Oberschlesien. Aber die Hauptpersonen, um die es in der Suchfrage von Herrn **Henry Stephan** aus Himbergen geht, lebten in Tilsit, und dort wurden sie auch geboren, die Großeltern **Franz** und **Charlotte Bieber** wie auch ihre Tochter **Greta Anna**, die Mutter von Henry Stephan. Großvater Franz Bieber, *1887, war bis zur Flucht in einer Tilsiter Molkerei tätig, er verstarb 1961. Seine Frau Charlotte, *1882, überlebte ihn nur um ein Jahr, sie verstarb im Juni 1962. Das Ehepaar hatte zwei Söhne und die Tochter Greta Anna, die am 28. September 1919 zur Welt kam (Geburtseintrag Tilsit Nr. 549/1919). Bis zur Flucht lebte Greta in ihrer Heimatstadt, machte eine Ausbildung zur Fleischfachverkäuferin und war als solche in der Fleischerei **Kumbatzki** tätig. Während des Krieges lernte sie den Marinesoldaten **Richard Stephan** kennen und lieben, sodass sie am 18. April 1944 heirateten. Die Eheschließung fand in Tilsit statt (Standesamt-Nummer 549/19). Ein kurzes Glück – denn der junge Ehemann musste als Berufssoldat wieder zurück auf sein Minensuchboot, geriet in französische Gefangenschaft und kehrte erst 1947 zu seiner inzwischen geflüchteten Familie zurück. Während Henry Stephan über die mütterliche Linie doch einige konkrete Angaben machen kann, fehlen ihm diese in Bezug auf seinen Vater. Hier wird die Nachforschung schwierig, denn Richard Stephan stammte aus Oberschlesien, lediglich sein Geburtsdatum – 3. Mai 1916 – sowie die Geburtseintragung Bauerwitz Nr. 8/1916 sind bekannt. Der Sohn hätte nun gerne mehr über seine väterliche Linie gewusst.



Hier liegen die Wurzehn von Henry Stephans mütterlicher Linie: Tilsit

Bild: Archiv

Großvater Stephan soll eine größere Gärtnerei gehabt haben, aber es gibt keine konkreten Angaben oder Belege. Vielleicht können hier unsere aus Oberschlesien stammenden Leserinnen und Leser einige Aussagen machen. Der Sohn würde sich über jede Zuschrift freuen. Ob die Heiratsurkunde seiner Eltern nähere Hinweise auf Richard Stephan in Bezug auf dessen Herkunft enthält, ist ebenso fraglich wie seine Hoffnung, von dieser eine Kopie erhalten zu können – ein Hauptwunsch seines Schreibens an unsere Ostpreußische Familie. Vielleicht können Tilsiter, die wie seine Eltern im Krieg geheiratet haben, ihm hierzu etwas sagen. (Henry Stephan, Fuchskamp 27 in 29548 Himbergen, Telefon 05828/968 268, E-Mail: merlinchen2010@t-online.de)

Auch die nächste Frage betrifft vor allem unsere schlesische Leserschaft, obgleich der Name des Fragestellers bisher in Verbindung mit Ostpreußen genannt wurde, denn **Reinhold Kalisch** schrieb nicht nur einen glänzenden Bericht über seine Reise in das Land, in dem er seine Wurzeln hat, sondern suchte auch nach dem Grab seines Vaters, das er dann auch mit großer Wahrscheinlichkeit in Palmnicken entdeckte. Zwar erhielt er viele Zuschriften aus unserem Leserkreis zu seinem Reisebericht, aber andere Fragen blieben leider ungeklärt. Doch auf die letzte Veröffentlichung konnte er immerhin eine Resonanz verzeichnen, sie kam wieder einmal von Herrn **Dietmar Wrage**, der ihm mitteilte, dass seine Mutter immer an den früheren Samlandtreffen teilgenommen habe. Nun wühlt sich Reinhold Kalisch durch ein anderes Problem, und er hofft, dass ihm unsere Leserinnen und Leser dabei helfen können. Ich lasse ihn selber seinen Wunsch übermitteln:

„Ich bin im Januar 1945 in der Landesfrauenklinik in Schweidnitz bei Breslau zur Welt gekommen. Den Eintrag meiner Geburt konnte ich selber im Rathaus zu Schweidnitz in den Jahren 1969 und 1970 einsehen. Ich bin damals mit einem Visum per Bahn von Görlitz nach Schweidnitz gefahren mit einem handgeschriebenen Zettel auf Deutsch und Polnisch und hatte das große Glück, im dortigen Rathaus auf eine freundliche Dame zu treffen, die Deutsch sprach, mit mir in das Archiv ging und mir meinen Geburtseintrag zeigte.

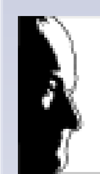
Nun zu meiner Frage. Irgendwie muss das Kinderhilfswerk oder eine ähnliche Institution alle Kinder eingesammelt und über die Grenze nach Zittau geschafft haben. Wir waren damals ein Transport von etwa 54 Kindern und waren im Februar/März bereits im sächsischen Zittau. Dort wurden wir in der ehemaligen Arztpraxis von Dr. **Noll** untergebracht. Ich kam dann allerdings bald wegen Typhus in ein Krankenhaus, dann in ein Waisenhaus in Zittau und 1947 schließlich zu guten Pflegeeltern. Kann mir nun jemand helfen, der mehr über diese Kindersammeltransporte in der letzten Phase des Krieges weiß?"

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Herr Kalisch einige Zuschriften bekommen, vielleicht sogar von früheren Begleitern, die sich auch im hohen Alter noch daran erinnern, dass sie als junge Krankenschwester oder Sanitäter einen Sammeltransport aus den Flucht- und Kampfgebieten begleiteten. Speziell zu dem Ereignis, das Herr Kalisch schildert, dürfte es kaum eine Resonanz geben, denn dieser Transport betrifft ja nur einige Kinder, von denen der kleine Reinhold als Neugeborener wohl der Jüngste war. Es sei denn, man erinnert sich in Zittau noch an diese Kinder, vielleicht sind einige in der Gegend geblieben und leben heute noch dort – doch das ist schon ein Wunschdenken. Aber auch die Schilderungen ähnlicher Transporte dürften Reinhold Kalisch helfen, diese ersten dunklen Jahre seines Lebens transparenter zu machen. Wir hoffen es. (Reinhold Kalisch, Sonnenweg 7 in 76530 Baden-Baden, Telefon 01705/882371, E-Mail: wolfssky@aol.com)

Es ist nur eine kleine Frage, die Herr **Gerold Baring Liegnitz** aus Mainz stellt, aber sie dürfte eine beachtliche Resonanz finden. Deshalb sei sie zuerst einmal in den Raum gestellt, mit der Thematik werden wir uns in einer der nächsten Folgen befassen. Der Fragesteller schreibt: „Bei einem Ostpreußen-Stammtisch im Rhein-Main-Gebiet erzählte ein Königsberger von einer Fahrt mit dem Zug nach Königsberg, die auf ihn als Kind einen besonderen Eindruck gemacht hat: Verdunkelung in den Abteilen, Furcht einflößende polnische Grenzbeamte ... Vielleicht könnten andere Ostpreußen von ihren Erlebnissen hierzu berichten." Das werden sie sicher, ich auch, aber eine befriedigende Antwort bedarf doch der reiflichen Überlegung. Falls sich jemand aus unserem Leserkreis schon jetzt mit dem Fragesteller in Verbindung setzen will, hier seine Anschrift: Gerold Baring Liegnitz, Regerstraße 2 in 55127 Mainz, Telefon (06131) 362564.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Multikulti statt klarer Worte

Polens Präsident von der PiS zeigt mehr Fingerspitzengefühl als die Deutsche Minderheit

Der polnische Präsident von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Andrzej Duda hat am 27. September die oberschlesische Kreisstadt Groß Strehlitz [Strzelce Opolskie], eine der Hochburgen der deutschen Volksgruppe besucht. Grund für die Visite war eine Gedenkfeier im Wald von Liebenhain [Barut], in dem im September 1946 etwa 140 Soldaten der Heimatarmee durch polnische Kommunisten ermordet wurden.

Groß Strehlitz begrüßte den Präsidenten mit viel Beifall und einem vor allem für Medien gut sichtbaren Plakat gegen die Teilung der Gemeinde Groß Döbern [Dobrzen Wielki] durch die Eingemeindung eines Gemeindeteils durch Oppeln (siehe *PAZ* Nr. 38). Etwa 300 Gegner der Eingemeindung hatten sich mit Bussen und Personenkraftwagen auf den Weg nach Groß Strehlitz gemacht. Doch schon bei der Abfahrt aus Oppeln wurden die Busse von der Polizei angehalten. Einige der Businsassen konnten noch auf Pkw ausweichen und erreichten ihr Ziel. Rafael Kampa aus Groß Döbern ist Aktivist im Protest gegen die Eingemeindung. Es gelang ihm, den Präsidenten anzusprechen. Darüber berichtete er in der führenden regionalen Zeitung „Nowa Trybuna Opolska". Duda habe bestritten, von der Bewilligung der Eingemeindung durch den Ministerrat überhaupt gewusst zu haben. Er habe versprochen, sich der Sache anzunehmen, doch wann das geschehen soll, das habe er nicht sagen können.

Das Staatsoberhaupt wurde in Groß Strehlitz von einer Jugendtrachtengruppe, die im Repertoire deutsche, polnische und wasserpolnische Lieder hat, musikalisch begrüßt – jedoch nur in Polnisch und Wasserpolnisch. Wahrscheinlich hat wieder einmal die Angst vor der eigenen Courage obsiegt. Der der Deutschen Minderheit angehörende Landrat Józef Swaczyna betonte zwar, dass der Präsident eine multikulturelle Region besuche, dass man hier Polnisch, (das slawische) „Schlesisch" und Deutsch spreche, nannte die Region jedoch ständig „Oppelner Schlesien", ein Kampfbegriff der propolnischen Bewegung der Zwischenkriegszeit für Westoberschlesien.

Da bewies selbst Präsident Duda mehr Fingerspitzengefühl. Er griff in seiner Rede ebenfalls die Bedeutung der Multikulturalität auf, dank der sich die Oppelner Region so gut entwickele. „Deutsche und Menschen, die sich als Schlesier fühlen, sowie aus dem ehemaligen Osten Polens Stammende leben hier gemeinsam, und diese Vermischung der Kulturen brachte einen positiven Effekt. Wir sehen hier ein Arbeitsethos sowie ein großes Gespür für ein gutes Miteinander und gegenseitigen Respekts. Sie engagieren sich für Ihre Heimat, aber auch für ganz Polen, dessen Präsident ich sein darf, und dafür danke ich Ihnen", sagte Duda.

Das Zusammenleben in Oberschlesien lobte der Präsident als modellhaft für viele Regionen in Europa. Das ist schon eine steile, gewagte Aussage, wenn man an die hasserfüllten Debatten um zweisprachige Ortschilder in der Gemeinde Groß Strehlitz zurückdenkt. Die Bürger, die sich für ein Ja zu zweisprachigen Schildern geäußert hatten, wurden beschimpft, die alte Parole „Hier ist Polen" wurde bemüht und von den polnischen Medien wurde der Konflikt gerne geschürt. Darüber schien der Präsident nicht informiert oder wollte dies nicht wissen.

Schließlich galt der Besuch ja nicht multikulturellen Bewohnern von Groß Strehlitz, sondern dem Gedenken. Auf seinem Programm stand auch ein Besuch auf dem Annaberg, wo er einen Kranz am Denkmal für die polnischen Aufständischen anlässlich des 95. Jahrestags der von Polen geförderten „Schlesischen Aufstände" niederlegte. „Jungen und Männer von hier kämpften am Annaberg für Polen. Doch unweit von hier haben kurz nach dem Krieg, im Jahre 1946, Kommunisten sowie Mitarbeiter der Staatsicherheit fast 200 Jungen und Männer brutal ermordet. Diese Männer waren der Meinung, dass Polen nicht frei gewesen sei, und sie wollten mit der kommunistischen Unterdrückung nicht einverstanden sein", sagte das Staatsoberhaupt.

Erst vor wenigen Jahren hatte der Chef der Deutschen Minderheit in der Region, Norbert Rasch, in einem offenen Brief das einseitige Gedenken am Annaberg mit den Worten kritisiert, dass eine deutsche Mutter um ihren Sohn ebenso geweint habe, wie eine polnisch optierende Mutter. Aus Angst vor unangenehmen Konsequenzen, die manche wohl nicht bereit waren, in Kauf zu nehmen, verzichteten viele darauf, sich mit Rasch zu solidarisieren und gaben ihm nur zögerlich Rückendeckung, als das gröbste überstanden war. Das gilt übrigens auch für Groß Strehlitz. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Gawrisch, Kurt, aus Dreifelde, Kreis Johannisburg, am 12. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Wiedenhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Nahrun, geb. **Salomon**, aus Wehlau, am 26. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bogumil, Heinz, aus Lötzen, am 24. Oktober
Schweiger, Lori, aus Pobethen, Kreis Samland, am 25. Oktober
Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 24. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Arnhold-Gitt, Hildegard, geb. **Gitt**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Baumgart, Erwin, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Bonitz, Gertrud, geb. **Juschka**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Dahlke, Magdalene, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober
Hohlweck, Irmgard, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober
Macht, Veronika, aus Ortelsburg am 25. Oktober
Volz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ernst, Lieselotte, geb. **Behrendt**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Gregorzewski, Albert, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Grube, Christel, geb. **Meier**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Schulz, Ruth, geb. **Lamprecht**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Eberhardt, Gertrud, geb. **Gnosa**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Friedritz, Gertrud, aus Tilsit-Ragnit, am 15. Oktober
Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gerull, Werner, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Hartel, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Lerche, Dr. Margarete, geb. **Räuscher**, aus Ortelsburg, am 26. Oktober
Mattern, Erika, geb. **Vohs**, aus Friedrichsdort, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Sarnoch, Alfred, aus Giesen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober
Zwirlein, Elfriede, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Goritzki, Klaus, aus Lötzen, am 24. Oktober
Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Packhäuser, Hertha, geb. **Kuberka**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Rußland, Greta, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Schubert, Lothar, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 27. Oktober
Soth, Irmgard, geb. **Kukowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober
Storck, Leni, aus Walden, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Welge, Irma, geb. **Alltrock**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Corleissen, Eva-Maria, aus Lötzen, am 26. Oktober
Kröger, Willi, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Nierstenhöfe, Ruth, geb. **Düputell**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 22. Oktober
Pankuweit, Heinrich, aus Bonn, am 23. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober
Reibe, Herbert, aus Ebenrode, am 27. Oktober
Seifert, Elfriede, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Trzaska, Herbert, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bierkandt, Kurt, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Bohnert, Fritz, aus Groß Ladtkeim, Kreis Samland, am 22. Oktober
Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober
Büssenschütt, Erna, geb. **Arndt**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 26. Oktober
Frommberg, Gerhard, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Grünberg, Alfredo, am 21. Oktober
Heinemann, Annemarie, geb. **Moselewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kotowski, Dr. Hartmut, aus Lyck, am 25. Oktober
Loeper, Helmut, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Maak, Luci, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Neumann, Ernst, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Schmelow, Helmut, geb. **Chmielewski**, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 27. Oktober
Stadie, Hans, aus Leipen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Szogs, Ulrich, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Volkmann, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Lyck, am 24. Oktober
Zillmer, Marie, geb. **Preuß**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandstädter, Prof. Dr. Wolfgang, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz, am 21. Oktober
Doll, Eva, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Dude, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Fetting, Erika, geb. **Ratzibor**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Flegel, Anneliese, geb. **Piekew**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Gamm, Sabine, geb. **Ney**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Gusek, Horst, aus Treuburg, am 23. Oktober
Jorgowski, Hildegard, geb. **Czierlinski**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kalina, Waldemar, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Kelling, Herta, geb. **Link**, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Kuczewski, Reinhard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Lever, Jutta, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Lischewski, Reinhold, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Marks, Hans-Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Papst, Elfriede, geb. **Wieck**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 21. Oktober
Pohl, Margot, geb. **Kruczynna**, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Preuß, Herta, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 23. Oktober
Prommnitz, Ilse, geb. **Bolz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Rehder, Hannelore, geb. **Hennig**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Sawitzlo, Christel, geb. **Mozarski**, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Sevecke, Hildegard, geb. **Wegelin**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober
Wiemer, Walter, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 25. Oktober
Schlünzen, Edith, geb. **Ottenberg**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Sievers, Vera, geb. **Arndt**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 25. Oktober
Stange, Siegfried, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 25. Oktober
Stegat, Heinz, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Zuch, Käthe, geb. **Trussat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beczak, Waltraud, geb. **Möhring**, aus Ortelsburg, am 27. Oktober
Brandstätter, Dr. Sieglinde, aus Loffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Oktober
Ebel, Maria, geb. **Nuber**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Emmerlich, Ingeborg, geb. **Sdorra**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Gillwald, Walter, aus Hohenwalde, Kreis Heilgenbeil, am 24. Oktober
Haupt, Alfred, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Heske, Heinz, aus Fedderau, Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Holz, Herbert, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Kapischke, Erika, aus Sentken, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Kopatz, Herta, geb. **Stankewitz**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Lang, Christel, geb. **Fischer**, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Lemme, Wolfgang H., aus Neidenburg, am 26. Oktober
Lieder, Siegfried, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Lippek, Willi, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Lösche, Gerda, geb. **Waldzus**, aus Ibenhorst, Forst, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Malessa, Horst, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 26. Oktober
Moritz, Christel, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Ochotzki, Ilse, geb. **Kommorowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Oswald, Robert, aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Rieck, Helga, geb. **Kurzweg**, am 25. Oktober
Schöttke, Hermann, aus Peyse, Kreis Samland, am 21. Oktober
Ständeke, Helga, geb. **Leipholz**, aus Lyck, am 27. Oktober
Stuttkewitz, Armin, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Tabbert, Elfriede, geb. **Demant**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Ulmer, Ilse, geb. **Paykowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Waschkowski, Horst, aus Lötzen, am 21. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gerke, Helga, geb. **Bernotat**, aus Gichtentann, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober
Hein, Helmut, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Knizia, Elke, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 27. Oktober
Knoop, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Kuhn, Alfred, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Kulessa, Elisabeth, geb. **Andreas**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Marwitz, Heinz, geb. **Mlinartowitz**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Neumann, Karin, geb. **Köhler**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Preuschoff, Georg, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Schapals, Dieter, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Scheidle, Erika, geb. **Nelz**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Oktober
Strathmeyer, Urusla, geb. **Kempka**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Trompell, Helmut, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 23. Oktober
Wittke, Hannelore, geb. **Blomgren**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 25. Oktober

TERMINE DER LO

2016
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschl. Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 22. Oktober, 22.30 Uhr, Phoenix: Citizenfour. Dokumentarfilm über Edward Snowden, D/GB/USA 2014.
SONNABEND, 22. Oktober, 1.30 Uhr, Das Erste: Lincoln. Politdrama, USA 2012.
SONNTAG, 23. Oktober, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Imre Nagy – Der Held von 1956.
SONNTAG, 23. Oktober, 21.45 Uhr, 3sat: Im weißen Rössl – Wehe du singst! Musikkomödie, D/A 2013.
MONTAG, 24. Oktober, 20.15 Uhr, Das Erste: Der Geld-Check (4/7): Wo Kommunen hinlangen.
MITTWOCH, 26. Oktober, 9.55 Uhr, 3sat: Prosit Neujahr! – 75 Jahre Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker.
FREITAG, 27. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Die Zinsfalle – Was mache ich mit meinem Geld?
FREITAG, 27. Oktober, 21 Uhr, 3sat: Makro (215): Banken in der Krise.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

48. Gesamtdeutsches Heimattreffen

Zum Heimattreffen am Sonnabend, dem 12. November, das in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Spornitzer Landhotel stattfinden wird, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein. Wissenswertes über Ostpreußen wird vorgetragen. Ein Film wird die Heimat wieder gegenwärtig werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nicht-Ostpreuße hierdurch beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird.

Das Hotel kann entweder mit dem PKW über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Troch unter Telefon (038726) 88460 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, Parchim, Telefon, Anrufbeantworter, Fax (03871) 226238.

Friedrich-Eberhard Hahn



INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Insterburger Teutonen – Sonnabend, 22. Oktober, 14, Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumehaller Weg 43, Osnabrück: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 26. Oktober, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332, Köln-Weiden: Gemeinsames Treffen. Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ein Arbeitsbesuch

Vom 3. bis 9. Oktober fuhren Ute und Dieter Eichler zu einem Arbeitsbesuch in den Heimatkreis. Schwerpunkt war die Auszahlung der Bruderhilfe. Hier schildern sie ihre Erlebnisse:

An einem Sonntag die Reise zu starten, zahlte sich aus: Es waren wenige Lkw unterwegs. Am ersten Reisetag wurden 750 Kilometer, die Strecke zwischen Hamburg und Marienburg, zurückgelegt. Zur Zwischenübernachtung kehrte man im „Piast“ ein, einem kleinen Hotel, das zwischen der Burganlage und der Fußgängerzone liegt.

Am nächsten Tag wurde, an Elbing vorbei, die restliche Strecke, die noch bis Lötzen zu fahren war (240 Kilometer), auf überwiegend ruhigen, stillen Alleestraßen abseits der Hauptstrecken gereist. So wurde das Ermland durchquert, mit beeindruckenden Blikken in die Landschaft. Die Entdeckung des Tages war das große, gepflegte Landgut Gallingen (Galiny) bei Bartenstein. Es bietet Natur- und Pferdefreunden, auch Familien, Unterkunft, einschließlich eines guten Restaurants mit origineller Speisekarte. Im schönen Park ist der Porträtkopf des Udo Graf zu Eulenburg aufgestellt.

In Lötzen quartierten sich Eichlers im „Masovia“ ein, der ehemaligen Gründerzeitvilla der Familie Schmidt in der früheren Bismarckstraße. Es ist seit über zehn Jahren ein angenehm kleines Hotel, das – wie andere Hotels in Masuren auch – ab dem 1. Oktober mit deutlich reduzierten Zimmerpreisen lockt.

In ihren Funktionen als Erster Vorsitzender (Dieter Eichler) und als Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft Lötzen (Ute Eichler) machten beide – von Ela Kozlowska vom „Deutschen Sozial-Kulturellen Verein“ gut vorbereitet und begleitet – am Dienstag in der Stadt und im Kreisgebiet Hausbesuche an 22 Adressen. Das bedeutete unterwegs zu sein von 9 bis 19.30 Uhr, 170 Kilometer zu fahren, vor allem jedoch, die unterschiedlichsten Eindrücke aufzunehmen und mit wachen Sinnen sich ganz auf Menschen und ihre Lebensverhältnisse einzustellen. Bei nicht wenigen war ein Anknüpfen an die Gesprächssituation im vergangenen Jahr möglich. Doch auch die Erfahrung, dass jemand, der auf der Liste der Bruderhilfe-Empfänger steht, plötzlich verstorben ist, gehörte dazu.

Bis in den Schlaf hinein verfolgen die Fragen, die unweigerlich kommen, wie: War die Auszahlung in diesem oder jenem Fall überhaupt gerechtfertigt/notwendig? Hätten nicht ein paar von den ganz Alten, die sich ihr Deutsch als Sprache noch bewahrt haben, mehr bekommen müssen? Wo ist die Grenze zu ziehen zwischen berechtigt oder nicht, bedürftig oder nicht?

Am nächsten Tag wurde am Sitz des Vereins im ehemaligen Finanzamt (heute Arbeitsamt) die Bruderhilfe an 23 Personen ausgezahlt. Dabei ergab sich wiederum Gelegenheit zu Gesprächen. Nicht zu überhören ist jedoch, dass die Umgangssprache im Verein Polnisch ist und eine Reihe von Mitgliedern des Deutschen nicht mächtig, wie auch der Stellvertretende Vorsitzende Waldemar Albowicz.

Fast schon eine Tradition zu nennen ist die Gesprächsrunde im Pfarrhaus der evangelischen Gemeinde Lötzen. Pfarrer Krystian Borkowski, seine Frau Anita, die Gemeindesekretärin, Organistin und frühere Deutschlehrerin Maria Niezurawska und Dr. Robert Kempa, Mitglied des Kirchengemeinderates, sind vertraute, offene Gesprächspartner. Und es wird auch gemeinsam gelacht! So über die Idee, den Abendmahlswein im Winter als Glühwein anzubieten, am besten schon vor dem Gottesdienst. – Das nächste notwendige Bauvorhaben, die Erneuerung des Fußbodens in der Kirche, wird sich – nicht nur durch Auflagen des Denkmalschutzes – noch hinziehen. Kernsatz war in diesem Zusammenhang die Feststellung: „Alle Schwierigkeiten, die wir haben, machen uns als Gemeinde stärker.“ – Dieter Eichler übergab eine Kollekte seiner Kirchengemeinde, die von der Kreisgemeinschaft Lötzen aufgestockt worden war.

Robert Kempa begleitete, jetzt als Tourismus-Manager der Stadt und als Historiker, auch den Besuch bei Bürgermeister Wojciech Karol Iwaszkiewicz. Diesem konnte Ehepaar Eichler das Angebot des Kunstmalers Reinhard Bergmann überbringen, seine Gemälde zum Thema „Burgen des Deutschen Ordens“ auch in Lötzen auszustellen. Dieser Vorschlag wurde positiv aufgenommen. – Iwaszkiewicz und Kempa informierten über Bauvorhaben in der Kreisstadt, deren Planungen auf die Zeitspanne der nächsten zehn Jahre ausgerichtet sind. Darunter ragt besonders das Vorhaben heraus, die Ufergrundstücke zwischen Ekomarina und dem Gebäude der früheren Jugendherberge weiter beziehungsweise neu zu bebauen. Bereits in der kommenden Sommersaison soll ein schwimmendes Restaurant den dort vorhandenen Strand- und Badebereich ergänzen.

Erkundungen zum Alltagsleben in der Kreisstadt und Erkenntnisse der veränderten Situation, die in der Feste Boyen vorzufinden ist (separater Bericht folgt), rundeten die Aufenthaltstage ab. Das Warnschild Elch – neu auf der Straße von Gr. Stürlack Richtung Rastenburg – ist ernst zu nehmen. Mehrere bedauerliche Unfälle haben sich bereits ereignet. Der dreieinhalb Tage dauernde Landregen, der nach heftigem Sturm in der Nacht zu Mittwoch eingesetzt hatte, ließ einige Vorhaben, wie Friedhofsbesuche, schrumpfen. Unvergessen wird der Anblick von ungefähr 80 schwarz gekleideten Frauen bleiben, die am Montag vom Sammelplatz in der ul. Portowa aus als Demonstrationszug sich formierten, um gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen zu protestieren – wie an 140 anderen Orten des Landes an diesem Tag auch.

Die Rückfahrt wurde am Sonnabend – noch immer regnete es – angetreten. Zuerst ging es über die Hauptstrecke Allenstein – Graudenz, dann, in Pommern, zum Teil auf abseitigen Waldstraßen zur – ungeplanten – Zwischenübernachtung im Sanatorium „Gryf“ in Bad Polzin. Es wurde eine interessante Erfahrung; eigentlich sind Gäste, die nur eine Nacht bleiben wollen, dort unüblich.

Die zweiten 500 Kilometer des Heimwegs waren am Sonntag, den 8. Oktober, auf überwiegend deutschen Straßen Fahrvergnügen – auch vom Wetter her. Die Pause, die aus Vernunftgründen in Dargun eingelegt wurde, ließ dort beim Besuch von „Uns lütt Museum“ in der Abteilung „Flucht, Vertreibung, neue Heimat?“ zufällig einen Fluchtbericht „Von Lötzen nach Dargun“ von 15 Seiten Umfang, verfasst von Alfred Potreck, finden – mal wieder „Findefreude“ ganz besonderer Art über den es noch zu berichten gilt.

Ein besserer Schlußpunkt, um am Ende einer solchen „Dienstfahrt“ noch einmal den Bogen zu schließen zwischen Heute und dem Vergangenen, der Vergangenheit und der Gegenwart, ist kaum denkbar. *Ute Eichler*





Lötzen: Bürgermeister Wojciech Karol Iwaszkiewicz und Robert Kempa zeigen ein Schaubild, das geplante Bauvorhaben zeigt (oben) Rechts: Das Warnschild vor dem Elch ist neu und ernstzunehmen. Bild: privat



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen in Verden, Teil II

1

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, das diesjährige Kreistreffen in Verden hat wieder viel gebracht: Nicht nur Arbeit für die Gewählten und die freiwilligen Helfer, sondern für alle Teilnehmer vielfältige Informationen über Ostpreußen, Unterhaltung und die Festigung unserer Gemeinschaft. Höhepunkt war sicher der Sonnabendnachmittag und dort der Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann, dem für die Naturkunde zuständigen Wissenschaftler im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Sein Thema: „Glanzlichter aus Ostpreußens Naturkunde, die bis heute weiter wirken“.

Hinkelmann zeigte an Beispielen die führende Rolle Ostpreußens in der Erforschung und Nutzung der Pflanzen- und Tierwelt auf und bestätigte bei den Zuhörern damit auch ein Heimatgefühl und einen Heimatbegriff, der weit über die Grenzen von Dorf und Kreis hinaus die ganze Provinz umfasst. Die naturbelassene Flora und Fauna des Landes faszinierte nicht nur viele Ostpreußen, sondern zog auch Fachleute aus dem „Reich“ an, die hier botanisch und zoologisch forschten und darüber schrieben. So waren es keine Zufälle, dass ein Ostpreuße wie Heinz Sielmann zum Tierfreund und Tierbeobachter wurde und ein Vogelzugforscher wie Professor Johann Thienemann aus Thüringen auf die Kurische Nehrung kam. Mancher Teilnehmer erfuhr auch bisher weithin Unbekanntes, zum Beispiel vom Verbleib berühmter Jagdtrophäen und von der führenden Taubenzucht in Ostpreußen.



Preußisch-Eylau: Das Anfangs vom Regen getrübte Treffen in Verden endete bei schönstem Sonnenschein Bild: privat

2

Immer mehr Menschen stellen sich in unserer bewegten Zeit die Frage nach ihrer Identität und wollen die Herkunft ihrer Familie erforschen. Da dies besonders bei ostdeutschen Familien schwierig ist, weil Personenstands-Eintragungen weithin verloren sind, ist hier umso mehr der professionelle Rat gefragt. Diesen gab, nicht im IT-Jargon, sondern in allgemein verständlicher Sprache, Irmgard Gegner-Sünkler. Das Interesse an ihrem Vortrag konnte man daran erkennen, dass sich der große Saal mit der Kaffeetafel zusehends leerte und der Vortragsraum sich entsprechend füllte. Irmgard Gegner-Sünkler begann sehr anschaulich damit, dass sie beschrieb, wie sie selbst, ohne Vorkenntnisse, in dieses verschlungene Gebiet vorgedrungen war, um ihre eigene Verwandtschaft zurückzuverfolgen. Da ein Teil ihrer Vorfahren im Kreis Preußisch Eylau verwurzelt ist, kam der Kontakt zu unserer Kreisgemeinschaft zustande. Sie gab ganz einfache und praktische Ratschläge wie: Fotos beschriften (Personen benennen), Verwandte befragen, Notizen machen – und immer gleich datieren sowie die Auskunftsquelle festhalten. Dann wies sie auf Institutionen, von der Forschungsstelle der Mormonen bis zum Staatsarchiv Allenstein, hin, die weiter helfen könnten. Das Interesse war so groß, und die Fragen hörten nicht auf, dass die Referentin zusagte, beim nächsten Kreistreffen, 2017, wieder dabei zu sein.

3

Für den Vorstand und die Delegierten hatte das Treffen schon früher begonnen. Der Vorstand tagte bereits am Freitagnachmittag, diskutierte dort die finanzielle Situation, die sich langsam bessert, und bereitete die Delegiertenversammlung vor. Diese fand nicht mehr im großen Kreistagssaal wie früher, sondern in dem kleineren, besser geeigneten Tagungsraum des Kreisausschusses statt. Leider war zu diesem Kreistreffen kein Delegierter der Deutschen Gesellschaft Natangen erschienen.

In den Jahresberichten der Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands kam zum Ausdruck, dass zwar im Vergleich zu früheren Legislaturperioden erhebliche Einsparungen gemacht werden mussten, dass jedoch das Spendenaufkommen nun nachlasse, so dass dennoch jede Ausgabe genau bedacht werden müsse. Zu den bedeutendsten Einsparungen zählen der Verzicht auf die bezahlte Bürokraft und die Vereinbarung, die Evelyn von Borries mit Landkreis und Stadt Verden hinsichtlich der Aufteilung der Kosten der Partnerschaftsveranstaltungen erreichen konnte. Bisher war die Kreisgemeinschaft als dritter Partner „gleichberechtigt“ und galt damit auch als gleich verpflichtet, so dass sie ein Drittel der Kosten zu tragen hatte. Dieser Anteil ist jetzt auf 20 Prozent reduziert. Der Verzicht auf die Bürokraft war nur durch den beispiellosen Einsatz der drei Damen im geschäftsführenden Vorstand: Von Borries, Bilke-Krause und Zschiesche zu kompensieren.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Die Vorsitzende dankte besonders ihrer Stellvertreterin Christine Bilke-Krause, die es, obwohl berufstätig, übernommen hatte, sich um das Archiv zu kümmern und vor allem das Kreisblatt Nr. 101 (Mai 2016) herauszubringen. Das Blatt ist nach wie vor das wichtigste Bindeglied unserer Gemeinschaft und eine unabdingbare Voraussetzung für das Spendenaufkommen. Ein besonderer Dank galt auch Gerdi Westerkowsky für die Aufarbeitung der Kreiskartei.

4

Sorgen bereitet nach wie vor der Standort unseres Museums, das zwar während der besonderen Öffnungszeit im Rahmen des Kreistreffens gut besucht wurde, aber normalerweise von der Öffentlichkeit kaum zu erreichen ist. Es befindet sich in dem am Stadtrand liegenden Kreishaus, kann nur auf Absprache und nur während der Dienstzeit, also nie am Wochenende aufgesucht werden und ist zudem in dem weitläufigen Gebäude nur schwer zu finden. Der Vorstand hat weiterhin die wichtige Aufgabe, ein geeignetes „Schaufenster“ in der Stadt zu suchen.

5

Die jährliche Begegnung zwischen deutschen, russischen und polnischen Jugendlichen findet weiterhin statt, allerdings ohne einen Jugendwart der Kreisgemeinschaft und ohne Kinder aus den Familien unserer Mitglieder. Die Kreisgemeinschaft trägt zu den Kosten auch dieses Treffens 20 Prozent bei. Hiermit wird nochmals dazu aufgerufen, dass sich auch Jugendliche aus unserem Kreisgebiet melden und an diesen interessanten Freizeiten teilnehmen.

6

In der Feierstunde mit Totengedenken am Sonntagvormittag sprach die Kreisvertreterin die Partnerschaft an, die vor 20 Jahren zwischen den Kommunen in beiden Teilen unseres Heimatkreises, der Kreisgemeinschaft und den beiden Verdener Kommunen geschlossen wurde. „Diese Partnerschaft hat uns zu Freunden werden lassen. Darauf wollen wir gerade in so einer Stunde, in der wir der vielen Toten gedenken, aufbauen und weiter daran arbeiten.“

Über Eindrücke von der Begegnung mit der polnischen Delegation haben wir bereits in der vorigen Ausgabe des Ostpreußenblatts berichtet. Die russische Delegation war wegen der dort abgehaltenen Wahlen nicht erschienen. Das anfangs von Regen getrübte Treffen endete bei schönstem Sonnenschein. *M. Lehmann*



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Russischer Besuch im Kreis Plön

Zwischen dem Landkreis Plön und dem russischen Rayon Neman, etwa vergleichbar mit dem ehemaligen ostpreußischen Kreis Tilsit-Ragnit, besteht eine Partnerschaft. Im Mai vergangenen Jahres weilte eine deutsche Delegation aus dem Kreis Plön unter Leitung des Kreispräsidenten Peter Sönnichsen und der Landrätin Stephani Ladwig in Ragnit (Neman). In der ersten Oktoberhälfte dieses Jahres erfolgte der russische Gegenbesuch. Der Landrat von Ragnit Sergej Woskowschtschuk, die Bürgermeisterin der Stadt, eine Schulleiterin und eine Dolmetscherin waren für einige Tage Gäste des Kreises Plön. Für Montag, den 10. Oktober, war ein Besuch der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit in Preetz vorgesehen. Die Gäste aus Ragnit und Plön wurden von einer Abordnung der Tilsit-Ragniter empfangen, von Eva Lüders, der Verantwortlichen für die Heimatstube, von Manfred Okunek, dem Kirchspielvertreter für Ragnit-Land, von Karlheiner Hamel, dem Archivar der Kreisgemeinschaft und von deren Vorsitzendem Dieter Neukamm.



In der Preetzer Heimatstube von Tilsit-Ragnit: Dieter Neukamm (l.), der russische Landrat Sergei Woskowschtschuk, die Schulleiterin (l.) und die Ragniter Bürgermeisterin Bild: privat

Die Tilsit-Ragniter nahmen sehr gern die Gelegenheit wahr, den russischen Landrat zur Zukunft des Museums in Breitenstein (Kraupischken) zu befragen. Der Leiter der dortigen Schule, Jurij Userzow, rief bereits zur Sowjetzeit unter nicht unerheblichen Schwierigkeiten jenes Museum in Räumen seiner Schule ins Leben, das inzwischen tausende meist deutscher Interessierter besucht haben, finden sich dort doch unzählige Exponate, auch Urkunden und andere Schriftstücke, aus deutscher Zeit.

Jurij ist inzwischen pensioniert, versieht seinen Dienst jedoch weiterhin aufgrund zeitlich befristeter Arbeitsverträge. In der Kreisgemeinschaft mehren sich die Bedenken darüber, was aus dem Museum werden könnte, falls der nachfolgende Schulleiter sich der Einrichtung gegenüber als indifferent erweise oder es gar als überflüssig betrachten könnte. Darauf angesprochen,4 entgegnete der Landrat, dass das Museum niemals gegen den Willen des Betreibers entfernt werde. Das war eine Aussage, die man glauben kann – oder auch nicht.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur Schule befindet sich ein leerstehendes Wohnhaus, das sich als neue Heimstatt für das Museum eignen würde. Eigentümer ist der Rayon Neman, der Kreis also. Das Haus könne für 1500 Euro gekauft werden, so der Landrat. Ausländern ist es in Russland verwehrt, Grund und Boden zu erwerben. Seitens der Kreisgemeinschaft ist geplant, Jurij zu fragen, ob er zum Kauf des Hauses bereit ist, um darin in Zukunft sein Museum zu betreiben, falls ihm der Kaufpreis zur Verfügung gestellt wird. Zu bedenken gäbe es natürlich noch mancherlei, unter anderem die Betriebskosten. Der russische Kreis stünde nach Auskunft des Landrats solch einem Vorhaben wohlwollend gegenüber. – Wir werden über den Fortgang berichten. *Dieter Neukamm*



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimatstadt und Zukunftsfähigkeit

Im Mittelpunkt der Jahrestagung in Cottbus standen Fragen der weiteren Zusammenarbeit mit den kulturellen und kommunalen Institutionen in der Heimatstadt. Nach Entgegennahme der Berichte über das diesjährige Stadtfest und über die Ergebnisse der Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen „Tilsit – Stadt ohne Gleichen“ wurde festgestellt, dass die gegenwärtige politische Entwicklung nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-russische Zusammenarbeit geblieben ist. Angesichts der Stationierung einer Bundeswehreinheit unweit des gegenüberliegenden Memelufers werden Abwehrhaltungen spürbar. Fazit der Aussprache war, dass die langjährig aufgebauten freundschaftlichen Kontakte und die völkerverbindende Zusammenarbeit ungeachtet politischer Spannungen unbeirrt fortgesetzt werden sollten.

Im Weiteren wurde die Zukunftsfähigkeit der Stadtgemeinschaft erörtert. Geleitet von dem Wunsch, einem jüngeren Nachfolger Platz zu machen, stellte Erwin Feige den Antrag auf Rücktritt von der Funktion des Zweiten Vorsitzenden. Dem Antrag wurde stattgegeben. Erwin Feige wird künftig im Vorstand als Beirat wirken. Als Zweiter Vorsitzender wurde Norbert Subroweit vorgeschlagen, der bisher in der Stadtvertretung als Webmaster tätig war. Er ist 64 Jahre alt. Seine familiären Wurzeln liegen in der Region am Memelstrom. Er war mehrere Jahrzehnte im Schuldienst tätig, zuletzt als Schulleiter eines Gymnasiums in Köln. Sein Einverständnis, Verantwortung zu übernehmen, lag vor. Die Wahl von Norbert Subroweit zum Zweiten Vorsitzenden erfolgte einstimmig.

In seinem Schlusswort ging Hans Dzieran auf Fragen der Überlebensstrategie ein. Die Tilsiter aus der Erlebnisgeneration werden immer weniger. Damit die Stadtgemeinschaft nicht zum Auslaufmodell wird müssen die bisherigen Bemühungen zur Gewinnung von jungem Nachwuchs für die leitenden Funktionen aus den Reihen der Bekenntnisgeneration fortgesetzt werden – darüber waren sich alle Anwesenden einig.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe/Kreisgruppe Pforzheim – Mittwoch, 26. Oktober, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 140. Preußische Tafelrunde. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Gerald Friese, Schauspieler, Literatur-Performer, Regisseur und Dramatiker zum Thema „Günter Grass (1927-2015) Wer den „Grass“ wachsen hört – oder – Vonne Endlichkeit des Blechtrommlers“.

Günter Wilhelm Grass wurde am 16. Oktober 1927 in Danzig geboren. Er war ein deutscher Schriftsteller, Bildhauer, Maler und Grafiker. Grass gehörte seit 1957 zur Gruppe 47 und wurde mit seinem Debütroman „Die Blechtrommel“ 1959 zu einem international geachteten Autor der deutschen Nachkriegsliteratur. Friese bietet eine unerhört abwechslungsreiche Lesung zur Biographie eines ungewöhnlichen Künstlers und Menschen.

Für das Abendessen sind 20 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 00001332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de

– Zum Vormerken –

Sonnabend, 5. November, 11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Kulturnachmittag des Landesgruppe Westpreußen. Die LM Ostpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Buchen – Sonntag, 30. Oktober, 14 Uhr, Pfarrscheune, Buchen-Hainstadt: Herbst- und Dankesfest mit Grützwurst-Essen. Zum weiteren Programm gehören ein Filmvortrag, eine Tombola und musikalische Unterhaltung.

Göppingen – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zum alljährlichen Herbstfest am 24. September diesen Jahres in der „Frisch-Auf“-Gaststätte in Göppingen. Ab 14:30 Uhr trank man Kaffee und war am schabbern und plachandern. Frau Korn begrüßte nun die bis dahin eingetroffenen 26 Gäste. Sehr herzlich wurde Frank Krawolitzki als Gastredner begrüßt.

Ein Herbstgedicht von U. Koschorreck, aus dem ausliegenden Programmheft, wurde von Frau Korn zur Einstimmung vorgelesen. Dann sangen wir aus unserer eigenen Liedblattsammlung das Lied: „Es liegt ein Land Masuren“, um uns auf den Reisebericht unseres Gastredners einzustimmen.

Frank Krawolitzki, geboren 1933 in Rastenburg, trug stolz ein T-Shirt mit dem Wappen seiner Geburtsstadt. Er kenne sich dort aus wie in seiner Westentasche, hat er doch bereits seit 1957 über 36 Mal diese Gegend bereist – oft mit dem eigenen Auto. Eine Strecke von mehr als 1200 Kilometern ist dabei zu bewältigen.

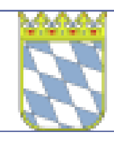
Seine letzte Reise dorthin lag erst einige Wochen zurück. Wieder mit dem Auto. Er zählte die Städte und Sehenswürdigkeiten dieser Fahrten auf, schwelgte auch immer wieder in Kindheitserinnerungen aus Rastenburg. Über seinen damaligen Werdegang, die verübten Jugendstreiche, dann natürlich auch Flucht und Vertreibung, und später die Ankunft in Kiel, berichtete er ausdrucksstark und lebendig. Nach dem Vortrag folgte eine ausgiebige Fragerunde. Die Anwesenden nutzten sie unter anderem um mehr über Veränderungen in den Städten und Dörfern in und um Rastenburg zu erfahren.

Heute lebt Frank Krawolitzki in der Nähe von Nürnberg. Den Kontakt zu Ihm stellte seine Schwester Eva Nagel, die hier in Gingen/Fils lebt, her. Schon seit etlichen Jahren gehört sie der Landsmannschaft und der Frauengruppe an.

Da der Vortrag ihres Bruder mehr Zeit in Anspruch nahm als eingeplant, wurde das weitere Programm etwas abgekürzt . Einige Gedichte wurdem vorgelesen, ein „Eiersketch“ vorgetragen und kräftig gesungen, wobei es für uns ein großer Gewinn war, Frank Krawolitzki mit seiner gewaltigen Bassstimme dabeizuhaben.

Auch durften wir wieder Jubilare für ihre Treue zur Landsmannschaft ehren. Die leider verhinderte Antonie Bergel für 20 Jahre und Waltraud Schönhaar für lange treue 60 Jahre Mitgliedschaft und Ihre Tätigkeit im Vorstand! Die Jubilarin erhielt eine Urkunde und einen Blumenstrauß von den Vorsitzenden Frau Korn und Frau Pallas.

Das Schlusswort sprach dann Frau Korn, und ehe wir nun das Essen mit den gut und reichlich dargereichten Königsberger Klopsen genießen konnten, sangen wir gemeinsam unser Schlusslied vom „Land der dunklen Wälder“. Das nächste Treffen der Landsmannschaft ist wieder im Dezember zu unserer Vorweihnachtsfeier. **Ina Meister**



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Zweite Landeskulturtagung. Landeskulturreferent Jürgen Danowski schreibt in der Einladung zur Veranstaltung:

Liebe Landsleute, liebe Freunde Ost- und Westpreußens, nach der erfolgreichen Landeskulturtagung Anfang Juli dürfen wir nun die Kulturarbeit unserer Landesgruppe mit der schon traditionellen Landeskulturtagung im Oktober fortsetzen. Wir wollen uns weiterhin der „Idee der Heimat“ widmen, die nach dem Kulturhistoriker Carl von Lorck „ein seelisches und darum nie verlierbares Besitztum der Kultur des deutschen Ostens“ ist.

Diese „Idee der Heimat“ kommt zum Ausdruck in einer unglaublich vielfältigen alten und neuen Literatur über Ost- und Westpreußen. Sie wird gepflegt in der Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG), von der es Sensationelles zu berichten gibt. Klaus Weigelt, Vizepräsident der IEWG, wird darüber berichten.

Kultur wird auch immer getragen von heimatlichen Liedgut, wir werden uns auf den „Schwingen der Musik“ der Heimat nähern. Dass feiner Humor auch im historischen Nordosten des deutschen Kulturraumes verbreitet war, werden wir durch eine Vorstellung von Heinz Erhardt aus dem baltischen Riga erfahren.

Wie immer wird kein Tagungsbeitrag erhoben. Kaffee, Kuchen und Herzhaftes wird in den Pausen gereicht, dafür tragen Sie ihre Fahrtkosten bitte selbst. Um den organisatorischen Aufwand zu bewältigen, bedarf es einer vollständigen und rechtzeitigen Anmeldung spätestens bis zum 25. Oktober. Weitere Informationen: Jürgen Danowski, Telefon (0981) 488490, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de

Altmühlfranken – Sonnabend, 29. Oktober, 9.30 – 17 Uhr: Landeskulturtagung der Landsmannschaft im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen.

Kitzingen – Dienstag, 1. November, Neuer Friedhof: Kranzniederlegung des BdV (alle Landsmannschaften) am Kreuz der Heimat.

Landshut – Mittwoch, 2. November: Gedenken an die verstorbenen Landsleute. Der Zeitplan:

11.45 Uhr: Achdorfer Friedhof

12.30 Uhr: Nordfriedhof

13.30 Uhr: Hauptfriedhof (Eingang Marschallstraße). Anschließend Kaffeetrinken.

München – Sonnabend, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München; Gemeinsame Kaffeetafel. Anschließend Erntedank mit kleinen Geschichten und Singen.

Nürnberg – Dienstag, 25. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser: Erntedankfest. Gegenüber des Hauses der Heimat liegt die Endhaltestelle der U1.

Weiden – Der Erste Vorsitzende, Norbert Uschald, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste zum Heimatnachmittag im Cafe Mitte. Erntedank war das Motto der Zusammenkunft. Nachdem man sich mit Kaffee und Kuchen gestärkt hatte, wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern des Oktober.

Danach blickte der Vorsitzende auf den Festabend zum Tag der Heimat zurück. Auch in diesem Jahr führte er wieder als Moderator durch das Programm und trug für die Kreisgruppe ein Gedicht vor.

Anita und Norbert Uschald leiteten anschließend die Erntedankfeier musikalisch mit dem Lied „Großer Gott wir loben dich“, sowie weiteren Dankes- und Ernteliedern ein.

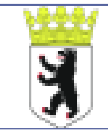
Andreas Uschald trug daraufhin ein besinnliches Erntedankgedicht vor und der Vorsitzende berichtete von der traditionellen Brotherstellung und dem ehr-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

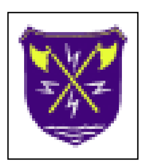
furchtsvollen Umgang mit Brot und anderen Lebensmitteln. Auch in diesem Jahr wurden die Landsleute und Gäste durch einen kunstvoll mit Erntestrauß, Obst und Gemüse gestalteten Erntedanktisch erfreut.

Bevor man die einzelnen Gaben mitnehmen durfte, sprach Ingrid Uschald besinnliche Worte. Norbert Uschald bedankte sich bei allen Helfern, die zum Gelingen der Versammlung beigetragen haben. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich. Der nächste Heimatnachmittag findet am 6. November um 14.30 Uhr im Cafe Mitte statt. Norbert Uschald, Erster Vorsitzender

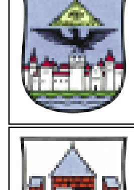


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 22, Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. November, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen: Marianne Becker, Telefon, (030) 7712354.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.com

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, 10 Uhr, Veranstaltungsraum I. Etage, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Landesgruppe lädt alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten zu einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Prussia-Gesellschaft (Duisburg) und der Prußen-Stiftung Tolkemita (Potsdam) ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Der Hauptbahnhof ist fußläufig erreichbar, Parkplätze und Tiefgarage vorhanden. Das Programm:

10 Uhr: Begrüßung

10:15 Uhr: Vortrag von Reinhard Grunenberg, Berlin, über das „prußische Gold", den Bernstein. Schwerpunkt: Handelswege nach Griechenland, Rom, Ägypten.

12 bis 14 Uhr: Mittagspause mit Gelegenheit zum Gedankenaustausch oder zur Besichtigung der Museums-Galerie „Die Ersten Preußen" oder der Ausstellungen im Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte (HBPG)".

14 Uhr Professor Ingo Sommer, Kleinmachnow, referiert zum Thema „Friedrich Wilhelm IV. – er wollte das schönere Preussen". Zahlreiche Bilder veranschaulichen seine Ausführungen. Sommer geht unter anderem auf das Wirken von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stuler in Ost- und Westpreußen ein. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

16 Uhr: Gunter Dehnert, Greifswald, beleuchtet in seinem Vortrag die Frage „Die ‚Gesamterhebung' – ein zu Unrecht vergessenes Großforschungsprojekt der Bundesrepublik?" Eingangs wird das Pommersche Landesmuseum in Greifswald vorgestellt.

Die Veranstaltung endet gegen 17:30 Uhr.



Brandenburg: Preußens König Friedrich Wilhelm IV. (Foto) ist Thema eines Vortrages am 29. Oktober in Potsdam (siehe auch Seite 19, „Drei spannende Vorträge") Bild: Archiv



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte am 23. September über 30 Mitglieder der Bremerhavener Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie des Heimatkreis Elbing im Ernst-Barlach-Haus am Holzhafen zum Heimatnachmittag. Sie überbrachte Grüße des Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit und dankte dem Ehepaar Till für die Gestaltung des reich bestückten Erntetisches und der Erntekrone.

Passend zum Thema „Erntedank" brachten die Damen des Vorstands eine Vielzahl an Herbstgedichten und -geschichten zu Gehör, von der verstorbenen Bremerhavener Lyrikerin Hildegard Jauß bis hin zu Agnes Miegel, Joachim Ringelnatz und Heinrich Hoffmann von Fallersleben. Die Vorsitzende erinnerte die Anwesenden an das Treffen der Heimatkreise Elbing-Stadt und Elbing-Land am 8. und 9. Oktober in Bremerhaven, zu der auch die Bremerhavener eingeladen sind.

Ausnahmsweise findet der Kulturnachmittag des Monats Oktober als „Stiftungsfest" bereits am 13. Oktober, einem Donnerstag, statt: 1926, also vor 90 Jahren, wurde an diesem Datum die „Vereinigung heimattreuer Ostpreußen an der Unterweser" aus der Taufe gehoben. Dieses Ereignis soll gebührend gefeiert werden! Um 13 Uhr wird „Hochzeitssuppe" serviert, ab 14.30 Uhr Kaffee und Kuchen. Danach gibt es ein umfangreiches Programm.

Ihre Teilnahme am Stiftungsfest haben neben der Bremerhavener Stadtverordnetenvorsteherin Brigitte Lückert auch Vertreter der Bremer Ostpreußen zugesagt. Als Überraschungsgast wird der Tilsiter Rezitator und Schauspieler Herbert Tennigkeit aus Hamburg dabei sein. Alle Bremerhavener freuen sich schon auf seine mundartlichen Gedichte und Anekdoten!

Die Vorsitzende wies auch auf die Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), hin. Sie findet am Volkstrauertag, 13. November, um 11.45 Uhr in der Kapelle des Friedhofs Geestemünde statt. Alle deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge des 2. Weltkriegs sind dazu eingeladen. Es wird ein gemeinsamer Kranz aller Bremerhavener Landsmannschaften am VDK-Ehrenmal niedergelegt.

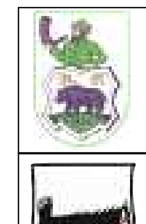
Am Totensonntag, 20. November, 15 Uhr, treffen sich die Vertriebenen in der Kapelle des Friedhofs Geestemünde zu einer Feierstunde, um anschließend vor dem Heimatstein Kränze und Gestecke zur Erinnerung an die Toten in der ostdeutschen Heimat niederzulegen. *Barbara Sandmann*



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

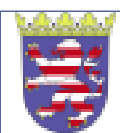


Heiligenbeil – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Stadtteilhaus „Horner Freiheit", Am Gojenboom 46: Weihnachtsfeier. Die Mitglieder der Gruppe wollen sich bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde gemeinsam mit Freunden und Gästen der Kreisgruppe mit Geschichten aus der Heimat auf die Advents- und Weihnachtszeit einstimmen.

Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2 (Richtung Mümmelsmannsberg) oder der U4 (Richtung Billstedt). Beide halten an der Station „Horner Rennbahn". Hier den Ausgang „Am Gojenboom" wählen. Direkt daneben ist das Stadtteilhaus „Horner Freiheit". Für Rollator- und Fahrstuhlfahrer gibt es auch einen Fahrstuhl. Er führt zu Einkaufszentrum hinauf. Von dort sind es dann einige Minuten Fußweg bis zum Stadtteilhaus. Anmeldung bis zum 25. November bei Landsmann K. Wien, Telefon (040) 32049041. Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee fünf Euro.

STADTTEILGRUPPEN

Hamburg-Bergedorf – Freitag 28. Oktober, 15 Uhr, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe mit heimatlichen Geschichten, Gedichten und Liedern zur Herbstzeit. Bei einer mit herbstlicher Kaffeetafel sitzen wir beieinander. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

– Nachruf –

Darmstadt/Dieburg – Anfang September ist in seinem Wohnort Pfungstadt der Landesvorsitzende des Bundes der Danziger in Hessen, der Journalist und Schriftkünstler **Dieter W. Leitner** verstorben.

Leitner wurde am 2. August 1935 in Danzig geboren und lebte dort bis kurz vor Ende des Krieges. Mit dem Flüchtlingsschiff „Mars" ging es über die Ostsee nach Dänemark. Nach dem Krieg kam er nach Pfungstadt und absolvierte eine Lehre zum Plakat- und Schriftenmaler in einem Darmstädter Atelier. Er schloss sie mit Auszeichnung ab. Danach nahm ihn der Schriftkünstler Herbert Post in seine Klasse für Schrift und Schriftgestaltung an der damaligen Werkkunstschule, heute Hochschule für Gestaltung in Offenbach, auf. Hier studierte er Kalligrafie und Typografie und machte eine Ausbildung zum Schriftsetzer. Später unterrichtete er selbst Frakturschriften in der Schreibwerkstatt Klingspor-Museum Offenbach. In Fachzeitschriften hat er Themen über Schrift- und Buchkunst sowie ihre Künstler veröffentlicht. Außerdem gestaltete er künstlerische Urkunden für die örtlichen Institutionen. Am 2. November 2013 lautete die Überschrift in der Tageszeitung „Darmstädter Echo" „Ausstellung eines Pfungstädter Schriftgelehrten".

Im Pfungstädter Museum präsentierte Dieter Leitner seine Kalligrafien, Typografien, Linol- und Holzschnitte sowie Textilarbeiten. Eine Besonderheit der Ausstellung war der als Jahresarbeit entstandene Buchstabenmantel mit eingehäkeltem Sinnspruch des römischen Dichters Vergil „Omnia vincit amor" (Die Liebe besiegt alles). Wir von der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Danziger in Darmstadt haben Dieter Leitner als überaus fleißigen Schreiber und hervorragenden Kenner geschichtlicher Ereignisse kennengelernt. So hat er auch ab 2003 in unserem Vorstand die Kultur- und Pressearbeit übernommen und unzählige Berichte für unsere Heimatzeitungen und Tageszeitungen verfasst. Sein journalistischer Schwerpunkt lag in den ausführliche Berichten über seine Heimatstadt Danzig.

Am 28. September haben wir von der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Danziger sowie Vertreter vom Klingspor-Museum Offenbach Dieter Leitner die letzte Ehre erwiesen.

Gerhard Schröder, Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Danziger, Kreisgruppe Darmstadt/Dienburg

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung beschäftigte sich Gundborg Hoffmann mit Bernstein, dem „Gold der Ostsee". Zuerst berichtete sie über ihre und ihres Mannes erste „persönliche Bekanntschaft mit Bernstein. Sie waren in den Osterferien 1992 zu einem Ferienaufenthalt in Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Bei ihrem ersten Strandspaziergang fanden sie so viele große und kleine Bernsteinstücke, dass Gundborg Hoffmann sich davon bei einer Händlerin eine Kette und ein Armband auffädeln ließ, die sie uns stolz zeigte.

Dann las sie das Heimatlied der Nehrung „Gott schuf ein schmales Stückchen Land wohl zwischen Haff und Meer" von Ernst Froese vor. Ein Text über das „Bernsteinrecht" des Deutschen Ritterordens folgte. Schon in vorgeschichtlicher Zeit galt der Bernstein kostbarer als alle Edelsteine. Jeder, der ihn fand, konnte ihn behalten und bei fremden durchziehenden Händlern gegen andere Waren eintauschen. Diese Händler brachten das kostbare Gut über drei große Handelswege, die sogenannten Bernsteinstraßen, von der Ostseeküste bis ans Mittelmeer. Auf dem Seewege gelangte der er bis nach Afrika und Asien, zum Beispiel nach Mesopotamien und Ägypten. Auch im antiken Rom war Bernstein beliebt, nicht nur als Schmuckstein, sondern auch gemahlen als Medizin gegen allerlei Leiden.

Erst als der Deutsche Ritterorden das Land an der Ostseeküste in Besitz nahm, erkannten die Brüder den hohen Handelswert des Bernsteins, und der Hochmeister Anselmus von Losenberg erließ ein Gebot, dass jeder, der beim unberechtigten Handel mit dem „Ostsee-Gold" erwischt wurde, mit dem Tod am Galgen bestraft werden sollte. Die alten Preußen hielten sich aber nur selten an das Bernsteinrecht des Ordens. Sie sammelten den angespülten oder mit ihren Netzen gefischten Bernstein und verkauften ihn an durchreisenden Händler. Wer dabei ertappt wurde, den ließ Bruder Anselmus, und später seine Nachfolger, am nächsten Baum aufknüpfen. Das bekam Bruder Anselmus, den die ertappten Sünder verfluchten, gar nicht. Der Sage nach hatte er im Jenseits keine Ruhe, sodass er noch Jahrhunderte nach seinem Tode am Strand umherirrend gesehen wurde, die Hände ringend und rufend: „O, um Gott! Bernstein frei! Bernstein frei!"

Im Anschluss las Gundborg Hoffmann noch die kleine Geschichte von Ruth Geede „Eine Bernsteinfliege erzählt": Die kleine Gerda hat von der Oma zum Geburtstag einen Bernsteinanhänger geschenkt bekommen, in dem sie ein Insekt mit Flügeln eingeschlossen entdeckt. Die Mutter lässt die „Bernsteinfliege", eine Termite, erzählen, wie sie vor Millionen von Jahren im Harztropfen einer Fichte ertrunken war, und mit ihr einige andere Insekten und sogar eine kleine Eidechse. In Ihren Harzsarg lag sie dann viele tausend Jahre lang, später bedeckt vom Meer, bis sie in einer stürmischen Nacht an den Strand gespült wurde, wo sie ein Bernsteinfischer fand. Das geschah an der Bernsteinküste im Samland in Ostpreußen. In der Bernsteinmanufaktur in Königsberg, wo man die eingeschlossene Termite entdeckte, wurde aus dem Stück Bernstein ein Anhänger geformt und an eine silberne Kette gehängt, die Gerdas Großmutter kaufte. Die kleine Eidechse und einen Floh konnte man bis zur Zerstörung Königsbergs im Bernsteinmuseum bewundern, auch viele andere Insekten, Blätter, Nadeln und Korallenteilchen, als Reste der tropisch-heißen Wälder vor Millionen Jahren in unserer Heimat Ostpreußen.

Zum Schluss berichteten alle Gruppenmitglieder von ihren eigenen Bernsteinfunden und -käufen, bevor der Nachmittag mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied endete.

I. Nowakiewitsch

– Ausblick –

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, den 31. Oktober wie gewohnt um 15 Uhr im Cafe Eckstein, Königsberger Straße statt. Dann wird Lothar Hoffmann über den in Ostpreußen geborenen Maler Lovis Corinth sprechen.

Kassel – Donnerstag, 3. November, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: Bildvortrag von Peter Lorenz über den „Bergpark Wilhelmshöhe – Natur und Kunst in Vollendung."

Wetzlar – 300 Vertriebene und ihre Gäste haben am Tag der Deutschen Einheit den „Tag der Heimat" begangen. Dabei beklagte der ehemalige ZDF-Wetterexperte Wolfgang Thüne (Mainz), dass es der Völkergemeinschaft in Europa bis heute nicht gelungen sei Frieden zu schaffen, in dem das Unrecht an den Heimatvertriebenen anerkannt wird. Auch 70 Jahre nach der Vertreibung seien sie weiterhin Heimatvertriebene und Entrechtete. Der im ostpreußischen Rastenburg geborene Thüne ist Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Landesvorsitzender der Ostpreußen von Rheinlandpfalz. Thüne erinnerte daran, dass die Heimatvertriebenen schon 1950 in einer Charta auf Rache und Vergeltung verzichtet haben. In dieser Charta hätten die Vertriebenen das Versprechen gegeben sich beim Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands einzusetzen. Mit ihrer Kraft hätten sie sich daran beteiligt und zum Wirtschaftswunder beigetragen. Der Tag der Heimat steht in diesem



Darmstadt/Dieburg: Dieter W. Leitner (1935–2016) – der geborene Danziger war Journalist, Kalligraf und Typograf. Viele Jahre arbeitete er aktiv in der Landsmannschaft mit Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Jahr unter dem Motto „Identität schützen – Menschenrechte achten“. In diesem Zusammenhang setzte sich Thüne kritisch mit der Politk der Bundesregierung auseinander. Das Asylrecht sei ein Individualrecht. Es könne nicht sein, dass ein ganzes Volk Asyl genieße, wenn dort Krieg herrscht.

Die Integration als Deutsche unter Deutschen habe man selbst geschafft, ohne Aufforderung der Bundesrepublik, ohne ein „Wir schaffen das!“.

Der Kreisvorsitzende des BdV, Manfred Hüber (Leun), erinnerte daran, dass nach dem Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion vor 75 Jahren die dort beheimateten Russlanddeutschen größtenteils nach Sibirien und Kasachstan verschleppt wurden. Seit 66 Jahren würden die Vertriebenen am „Tag der Heimat“ der Opfer der Vertreibung und des Leides gedenken, das diese hervorgerufen hat. Hüber sagte zum Motto „Identität schützen“, dass die vielen unterschiedlichen Bräuche, die tief in den jeweiligen Heimatgebieten verwurzelt seien und in den Familien auch heute noch gepflegt werden, dem christlichen Glauben entstammten. Bräuche und eigene Vorstellungen machten einen großen Teil der persönlichen Identität aus. Christliche Werte seien Grundlage der kulturellen, europäischen Identität. Eine moderne Menschenrechtspolitik müsse die vielfältigen Identitätsmerkmale schützen.

Hüber vetrat die Ansicht, dass ein großer Teil der Menschheit aus der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa nichts gelernt habe. Dies machte er daran fest, dass es heute 60 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge weltweit gibt. Die heimatvertriebenen und geflüchteten Deutschen hätten große Empathie mit den heutigen Betroffenen und wünschen dass dieses unmenschliche Geschehen endlich für immer sein Ende finde.

Bei einem Totengedenken erinnerte Kuno Kutz (Hüttenberg) vom BdV-Vorstand daran, dass 1946 mehr als zwei Millionen Deutsche das Gebiet der Tschechischen Republik verlassen mussten. Kutz gehört auch dem Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen, an und ist Leiter der Kreisgruppe Wetzlar.

Davon kamen 422 700 Personen nach Hessen. Insgesamt seien 14,5 Millionen Deutsche nach dem Ende des Krieges einem unbeschreiblichen Leidensweg von Vertreibung, Enteignung und grausamem Massaker ausgesetzt gewesen. Dabei kamen zwei Millionen Menschen ums Leben. Dieser Toten gelte das Gedenken an diesem Tag der Heimat. Zugleich erinnerte Kutz an die , die durch deutsche Schuld ihr Leben lassen mussten.

Hüber konnte als Gastgeber zahlreiche Politiker von CDU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen begrüßen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer sagte, die „Beneš-Dekrete“ der tschechischen Republik müssten im Sinne eines vereinigten Europas endlich zu einem Ende gebracht werden. Die auf den einstigen Präsidenten der Republik Edvard Beneš zurückgehenden Gesetze manifestierten die Enteignung und Vertreibung der Deutschen. „Es kann doch nicht so schwer sein zu sagen, die Vertreibungen waren Unrecht“, so Irmer. Er ist auch Vorsitzender des Landtags-Unterausschusses für Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Wiedergutmachung.

Stadtrat Karlheinz Kräuter sprach für die Stadt Wetzlar. Dabei dankte er für die gute Zusammenarbeit mit den Vertriebenen. Kräuter bedauerte, dass die Vertreibung bei jungen Menschen kaum bekannt sei. Dieser Teil der deutschen Geschichte müsse weiter aufgearbeitet werden und dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Der Stadtrat ermunterte die Vertriebenen den Tag der Heimat deshalb auch in Zukunft weiterzuführen.

Auch musikalische und tänzerische Beiträge standen auf dem Programm des Tags der Heimat. So eröffneten die Wetzlarer Musiksenioren unter Leitung von Edmund Beppler die Veranstaltung mit „Grüß Gott, ihr Freunde“. Die Singegemeinschaft Union-Chor Wetzlar 1873 und der Sängerchor 1908 Lahngruß Wetzlar sangen unter der Leitung von Helga Semper Lieder wie „Glocken der Heimat“ und „Ännchen von Tharau“. Der Chor der Landsmannschaft Egerland Solms-Oberndorf kamen in schmucken Trachten auf die Bühne und sang Lieder aus der Heimat in Egerländer Mundart. Ebenfalls in Tracht tanzten die Mitglieder des Egerländer Volkstanzkreises unter der Leitung der Vorsitzenden der Egerländer Gmoi Herborn Gerlinde Kegel über die Bühne. *Lothar Rühl*



Wetzlar: Auch der Egerländer Volkstanzkreis brachte den Tag der Heimat in Schwung Bild: Rühl

Wiesbaden – „Bunt sind schon die Wälder“ erschallte es zu Beginn des heimatlichen Beisammenseins, als die Mitglieder und Gäste der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen ihr Erntedankfest im Haus der Heimat feierten. Unter den Gästen die Vorsitzenden der Danziger Landsmannschaft, Ulrich Janzen und des Bundes der Vertriebenen (BdV), Manfred Laubmeyer.

Wie in den Jahren zuvor durften sich die Gäste über einen reich gedeckten und geschmückten Erntetisch freuen, zu dem Spender und Gönner mit Gemüsen, Früchten und Blumen beigetragen hatten. Auch Königsberger Marzipan von der ehemals Königsberger Konditorei Gehlhaar, Honig und selbstgemachte Marmelade bereicherten die Tafel. In der Mitte des Erntetisches eine Decke, die die Mutter des Mitglieds Brigitta Büring, als 18-jähriges Mädchen in Tilsit-Ragnit gestickt hat und die die Flucht im Winter 1945 unversehrt überstanden hat. Am Schluss der Feier durfte jeder Besucher etwas vom Erntetisch mit nach Hause nehmen.

Als gleichsam heimatlichen Gruß konnten die Gäste zudem einen originalgetreu nachgearbeiteten Kurenwimpel über dem Tisch bestaunen. Das Kunstwerk hatte vor Jahren ein Mitglied dem Verein geschenkt. Einst kennzeichneten die Wimpel die schweren Kurenkähne, mit denen auf dem Haff gefischt wurde; zugleich verrieten sie die Herkunft der Fischerboote.

In Ostpreußen bedeutete Erntedank genau das, was der Begriff beinhalten sollte: Dank für alles, was geworden und gediehen war durch menschlichen Einsatz und durch Gottes Gnade. So begann das Fest dort schon beim Frühstück des Erntetages. An diesem Morgen lag das Brot – im Gegensatz zu sonst – auf einem großen blauen irdischen Teller auf dessen Rand in schnörkeligen Lettern zu lesen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Drei spannende Vorträge

Potsdam – Sonnabend, 29. Oktober, ab 10 Uhr, Veranstaltungsraum I. Etage, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens (Prussia) lädt zusammen mit der Prußen-Stiftung Tolkemita und der LO-Landesgruppe Brandenburg zu einer Vortragsveranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei. Vor Beginn und in der Pause besteht die Möglichkeit zur Besichtigung der Museums-Galerie „Die Ersten Preußen“ oder der Ausstellungen im Haus der brandenburgisch preußischen Geschichte (HBPG)“. Das Programm:

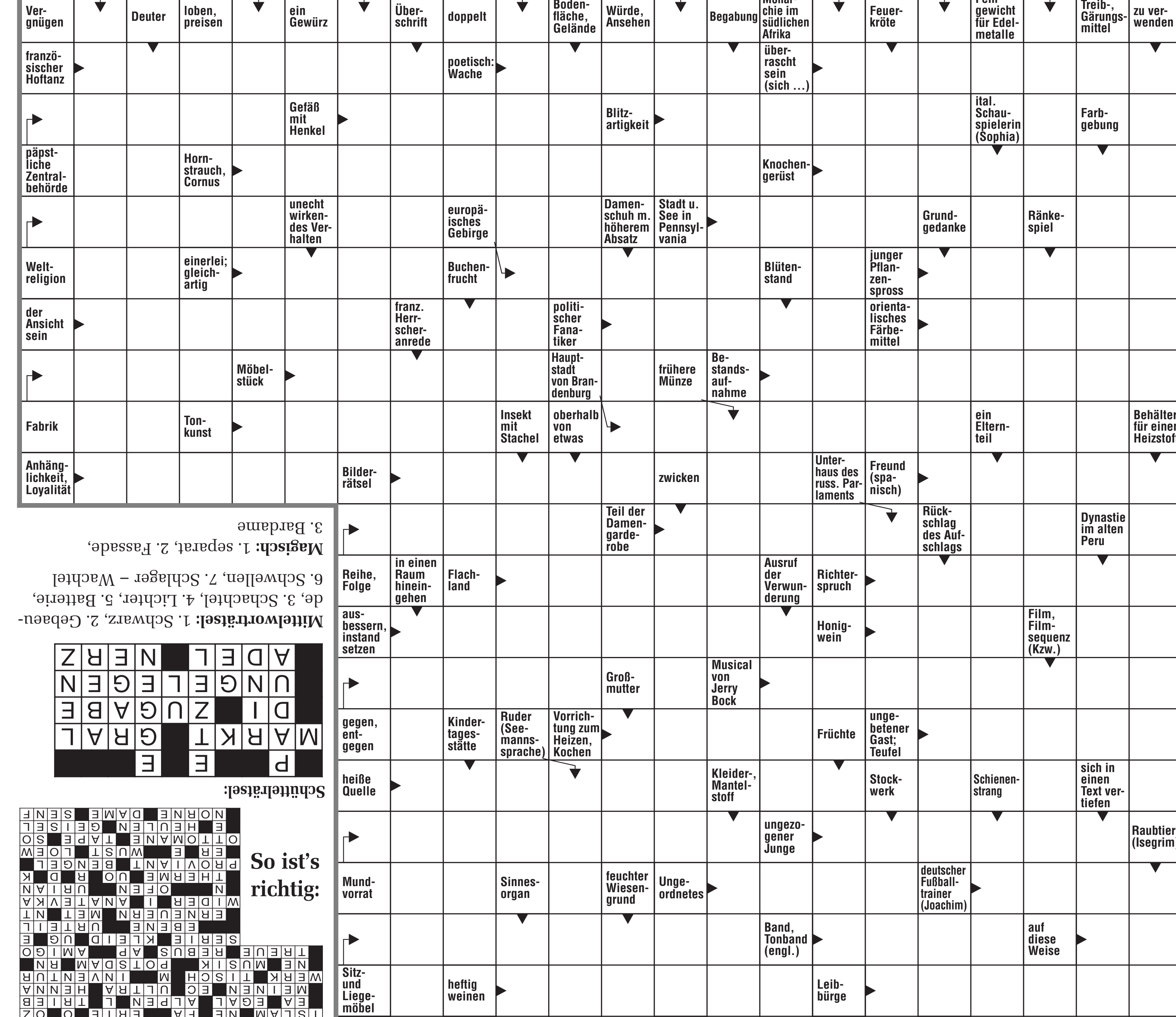
10 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend wird Reinhard Grunenberg über das „prußische Gold“, den Bernstein sprechen. Schwerpunkt: Handelswege nach Griechenland, Rom, Ägypten.

12 bis 14 Uhr: Mittagspause

14 Uhr: Professor Ingo Sommer referiert zum Thema „Friedrich Wilhelm IV., er wollte das schöne Preußen“. Eingegangen wird dabei auch auf das Wirken und den Einfluss von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stüler in Ost- und Westpreußen. Zahlreiche Bilder veranschaulichen seine Ausführungen.

16 Uhr: Gunter Dehnert beleuchtet in seinem Vortrag die Frage „Die ‚Gesamterhebung‘ – ein zu Unrecht vergessenes Großforschungsprojekt der Bundesrepublik?“ Eingangs wird das Pommersche Landesmuseum in Greifswald vorgestellt.

Die Veranstaltung endet etwa gegen 17.30 Uhr. **Weitere Informationen: prussia.gesellschaft @ googlemail.com**



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

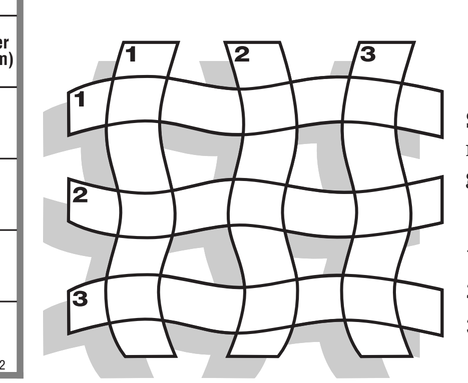
AADPU		DINR	EELTZ		EEGGN		AEGR	ABER	ELNZ
					AGLR				
AKMRT			ABEGUZ						
EEEGGLNNU									
ADEL					ENRZ				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein kleines Feldhuhn.

1	TIEF		TEE
2	BANK		TEIL
3	HUT		HALM
4	WIND		MEER
5	AUTO		POL
6	BAHN		ANGST
7	PREIS		TEXT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 abgesondert
2 Vorderfront; Schauseite
3 Nachtlokalbedienung

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

stand: „Unser täglich Brot gib uns Heute.“

Dieses Bewusstsein prägte auch das festliche Programm, zu dem Lieselotte Paul und Margitta Krafczyk mit Geschichten und Gedichten beitrugen. „Das Landbrot der Heimat, wer kann es beschreiben?“ fragte Margitta Krafczyk, und meinte. „Doch ich weiß eins: Es schmeckt wie keins.“ Vom alten „Kruschkebaum“ (wildwachsende Birnen) in ihrem Garten erzählte Lieselotte Paul, der ihr manchmal noch im Traum erschien und der sie wehmütig an ihre Jugendzeit erinnerte. Mit Herbst- und Ernteliedern umrahmte der Frauenchor unter Leitung von Liesl Zekert den Nachmittag.

Besinnliche Worte zu Erntedank kamen von Pfarrer Erich Dorn. „Es sieht aus, als lebe der Mensch nicht mehr in der „reality“. Er braucht sie nicht mehr, er lebt in einer selbsterdachten, selbst erschaffenen Welt, die es gar nicht gibt, aber in der er sich zuhause fühlt oder fühlen möchte“, resümierte er. Er sieht das Erntedankfest als Chance, die Menschen in die echte Wirklichkeit zurückzurufen, damit dieser wieder zum Wesentlichen fände. “Das Fest ist dazu da, das Unentbehrliche in den Blick zu kriegen“, schloss Dorn, der 15 Jahre an der evangelischen Marktkirche in Wiesbaden predigte.

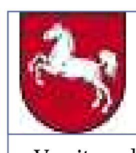
Der Erntedank-Tag wird nun schon seit über 240 Jahren gefeiert, nachdem der preußische König Friedrich II. (Friedrich der Große) im Jahre 1773 den Danktag in Preußen zum offiziellen Fest erklärt hatte. Per Erlass wurde er auf den ersten Sonntag nach Michaeli (Michaeli = 29.September) festgesetzt. Und so ist es bis heute geblieben.

Der Vorsitzende Dieter Schetat dankte den Besuchern für Ihre Verbundenheit zur Landsmannschaft, die im nächsten Monat auf ihr siebzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, und sagte: „Wir gehören zusammen und wollen mitwirken, dass die Erinnerung an unsere Heimat lebendig bleibt und dass das kulturelle Erbe auch an zukünftige Generationen weitergetragen wird.“



Wiesbaden: Unter einem Kurenwimpel – einst schmückte er ein Fischerboot auf dem Haff – war der reichgedeckte Erntetisch plaziert

Bild: privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 26. Oktober, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Bunter Herbstnachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel. Um unterhaltsame Beiträge wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 21. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 27. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg lud zur Erntedankfeier ein, mit einem Basar von heimischen Ernteprodukten und Geschichten drum herum. Die Vorsitzende, Gisela Borchers, hatte die Spirituosen unserer Heimat als Generalthema für die Erzählungen und Gedichte ausersehen, so dass Stobbes Machandel, der Pillkaller, der Bärenfang und das Danziger Goldwasser dichterisch vertreten waren. Zu Gehör gebracht wurden außerdem Geschichten über den Schnaps allgemein und die 88er Weine von Johannes Trojan, einem Danziger Dichter. Gedanken zum Erntedank und Gedankengänge der Kartoffel Rosamunde trugen Berthold Hirsch beziehungsweise Annedore Wischalla vor. Ein gemeinsames Volkslied nach jedem Vortrag bezog alle zahlreichen Anwesenden in das Programm mit ein.

Im nächsten Monat, am 9. November 2016, sehen und hören wir einen Bildervortrag des Ehepaars Lubenau zum Thema „So schön ist der Nordwesten (Deutschlands), Eindrücke aus unserer Region“. Ort ist das Stadthotel Eversten, Beginn um 15 Uhr. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Gisela Borchers, Vorsitzende



NORDRHEIN-WESTFALEN

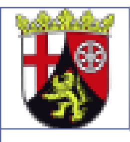
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Herbstkulturtagung der Landesgruppe findet am 29. Oktober 2016 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10.00 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wir haben für Sie wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns auf zahlreiches Erscheinen von Mitgliedern und Freunden

Bonn – Dienstag, 25. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 8. November, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Bildvortrag zum Thema „Europäische Kulturhauptstadt Breslau 2016“.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 22. Oktober, 10 Uhr, GHH: „Geschichte Danzigs im Überblick“ – Vortrag von Professor Winfried Halder. – Freitag. 28. Oktober, 19 Uhr, GHH: „Schluck und Jau“ – Komödie von Gerhart Hauptmann. – Sonnabend, 29. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Ostdeutsches Erntedankfest. Eintrittspreis für die Veranstaltung mit Programm: sechs Euro. Einlass ist ab 14 Uhr. – Mittwoch, 2. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 2. November, 18.30 Uhr, GHH: Feierstunde zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Oskar Gottlieb Blarr, – Donnerstag, 3. November, 18. Uhr, Neanderkirche, Bolkerstraße 36, Düsseldorf: Orgelkonzert zu Ehren von Oskar Gottlieb Blarr. Der Eintritt ist frei – Donnerstag, 3. November, 19 Uhr, GHH: „Kinder von NS-zwangsarbeiterinnen“ – Vortrag von Regina Plaßwilm. – Montag, 7. Novemberm 19 Uhr. „Die deutschen Ostvertriebenen und der Lastenausgleich“ – Vortrag von Professor Manfred Kittel.

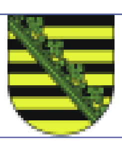
Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 5. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Gezeigt wird der Film „Heimat ist kein Ort“.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die Landsmannschaft hatte alle Landsleute ganz herzlich eingeladen, und am 1. Oktober an einem herrlichen Spätsommertag begrüßte uns der Landesvorsitzende Alexander Schulz im Platner Hof in Chemnitz zum diesjährigen Tag der Heimat.

Schulz sprach über die Arbeit der Landesgruppe und dankte allen aktiven ehrenamtlichen Mitarbeitern für ihren Einsatz und die gute Unterstützung. Die Vertreter der Kreisgruppen hatten ebenfalls Gelegenheit über ihre Tätigkeiten zu sprechen. So ergab sich ein wichtiger und aufschlussreicher Gedankenaustausch. Das unterhaltsame Kulturprogramm folgte mit besinnlichen, sehr lustigen Geschichten und Gedichten.

Nach einer erholsamen Mittagspause konnten wir den Referenten Peter Bien begrüßen. Bien ist Mitglied im Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland. Wir erlebten einen sehr lehrreichen Vortrag, und Wissenswertes über die deutschen Minderheiten in den verschiedensten Ländern. Als Dank für seinen Vortrag wurde Peter Bien eine wertvolle Bernsteinarbeit überreicht, die Kurte Weihe mit Schülern angefertigt hatte.

Fröhlich ging es nun mit einer flotten Bläsergruppe im Programm weiter. Die Musiker, die aus verschiedenen evangelischen Gemeinden kommen, brachten viele bekannte Lieder zu Gehör. Zu jedem Stück beziehungsweise dessen Komponisten erklärte der Leiter der Gruppe Wissenswertes.

Nach der ausgiebigen Musikeinlage kam dann bei Kaffee und Kuchen auch das plachandern nicht zu kurz. Der schöne Tag zu Ehren unserer Heimat bleibt uns noch lange in guter Erinnerung. Unsere gemeinsame Heimat verbindet uns schon seit vielen Jahren und es sind wertvolle Freundschaften entstanden, die unser Leben bereichern. Wir freuen uns auf jedes gesunde Wiedersehen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei dem Landesvorsitzenden Alexander Schulz, weil er sich bereit erklärt hat, auch weiterhin die Landesgruppe zu leiten und zu erhalten. Für die finanzielle Unterstützung des Sächsischen Innenministeriums Dresden zum Tag der Heimat sagen wir herzlichen Dank. *Hannelore Kedzierski*

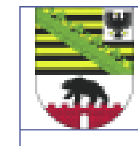


Limbach-Oberfrohna: Bürgermeister Carsten Schmidt und Kurt Weihe vor der Erinnerungstafel

Bild: privat

Limbach-Oberfrohna – Flucht und Vertreibung nach dem zweiten Weltkrieg und die schlimmen Folgen sollen nicht vergessen werden. Kurt Weihe kämpfte um eine Erinnerungstafel. Es gab viele Gespräche und Überlegungen. Bürgermeister Carsten Schmidt hatte Verständnis und half den Wunsch zu verwirklichen. Am 21. September war der Augenblick gekommen. Die Ehrentafel wurde an einem würdigen Platz im Eschemuseum enthüllt. Im Raum Limbach-Oberfrohna und Umgebung haben etwa 10 000 Vertriebene ein neues Zuhause gefunden.

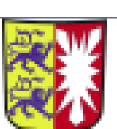
Ein ergreifender Text auf der Tafel lässt das Schicksal der Vertriebenen wieder lebendig werden. Eine Karte zeigt zudem die weiten Wege aus den Vertreibungsgebieten. *Hannelore Kedzierski*



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg– Freitag, 28. Oktober, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Singekreis. – Dienstag, 1. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Mittwoch, 26. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: H. J. Kämpfert hält einen Vortrag über „der Lachs“, die älteste Likörfabrik in Deutschland und das Getränk Danziger Goldwasser.

Neumünster – Mittwoch, 9. November, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Gemeinsames Mittagessen unter dem Motto „Wenn der Spirkel schmurgelt! Ete und Drinke hölt Liew on Seele tosome“. Anmelden bitte bis zum 31. November unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonntag, 6. November, 15 Uhr: Gänseverspielen (Bingo). Anmeldungen unter Telefon (04010) 62667.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 3. November, 14 Uhr: Senioren-Begegnung.

Uetersen – Freitag, 11. November, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation unserer Nachbarn.

Eine Institution

Erinnerungen an Margot Wolf

Kurz vor Vollendung Ihres 96. Lebensjahres starb am 31. August in Hamburg Margot Wolf, geborene Liedtke. Sie gehörte bis wenige Jahre vor Ihrem Tod zu den aktiven Mitgliedern der Gemeinschaft der aus Cadinen am Frischen Haff stammenden Personen, die über viele Jahre hin zu regelmäßigen Erinnerungstreffen zusammenkamen.

Margot Wolf wurde 1920 in Elbing geboren und wuchs seit ihrem ersten Lebensjahr in Cadinen auf. Sie heiratete 1943 und lebte mit ihrem Mann später in Uetersen, dann in Hamburg. Zwei Söhne bereicherten die Familie. Spätere Lebensstationen waren noch Gengenbach und schließlich das Ostseebad Rerik, bis sie wiederum für die allerletzten Jahre, nach dem Tod ihres Mannes, nach Hamburg zog.

Seit den 1970er Jahren engagierte sich Margot Wolf sehr für die vertriebenen Landsleute aus ihrem Heimatort Cadinen. Sie organisierte Jahrestreffen und wurde eine integrierende Persönlichkeit dieses Kreises. Sie reiste zusammen mit ihrem Mann häufig in die Heimat und knüpfte auch dort vielfältige Verbindungen an.

Ein besonders Feld ihres Engagements wurde die Tradition der Cadiner Keramik. Ihr Vater Gustav Liedtke war der letzte Obermaler in den Cadiner Majolikawerken gewesen, und so gehörten die Arbeiten dieser Manufaktur zu wichtigen Zeugnissen ihrer eigenen Geschichte wie ihrer Heimat. Ihre Kindheit und Jugend hatten ganz im Zeichen der Gemeinschaft um diese Cadiner Majolika herum gestanden.

Die Cadiner Majolikawerke wurden von Kaiser Wilhelm II. 1902 gegründet und fertigten Kunstkeramik und künstlerische Baukeramik bis 1945. In Cadinen hatte der Kaiser ferner ein Sommerschlösschen und einen großen Gutsbetrieb, den er als Musterbetrieb ausbauen ließ. Eine schon vor 1900 bestehende Ziegelei ließ er modernisieren und um die später berühmt gewordene Kunstkeramikwerkstätte erweitern.

Als Ergebnis umfangreicher Material- und Literaturrecherchen konnte Margot Wolf, von ihrem Mann engagiert unterstützt, 1988 ein Buch über die „Cadiner Majolika“ veröffentlichen. Es ist bis heute mit seinen vorgelegten Quellen und Abbildungen eine der wichtigsten Veröffentlichungen zum Thema. Mit dieser Publikation erreichte sie eine große Aufmerksamkeit für dieses besondere Kapitel deutscher Kunstgeschichte.



Margot Wolf: Allen, die sie kannten, wird sie in dankbarer Erinnerung bleiben

Foto: Sammlung Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg

Aus ihrer Arbeit für die Erinnerung an die Cadiner Majolika konnte sie über viele Jahre auch Ausstellungen und Veröffentlichungen über diese Kunstkeramiken unterstützen. So half sie dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg bei allen Sonderausstellungen im Zusammenhang mit der Cadiner Keramik im In- und Ausland.

So manches eindrucksvolle Objekt der Sammlung des Museums hat sie dorthin vermittelt. Margot Wolf war im Laufe der Jahre fast so etwas wie eine Institution geworden, an die sich ungezählte Menschen wandten, die Fragen zum Bereich der Cadiner Keramik hatten. Schließlich schenkte sie dem Ostpreußischen Landesmuseum ihre umfangreiche Sammlung von Fotos und Kopien über das breite Themenfeld, das für sie im Zusammenhang mit Cadinen stand.

Alle, die sie gekannt haben, aber auch alle, die sich mit der Cadiner Keramik beschäftigen, werden Margot Wolf in dankbarer Erinnerung behalten. *Jörn Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums*

Endstation Hoffnung

Mandelas Lager – Unweit vom Kap der Guten Hoffnung liegt die ehemalige Gefängnisinsel Robben Island

In Südafrikas Alcatraz, Robben Island, saß Nelson Mandela 18 Jahre als „Staatsfeind Nummer eins" ein. Heute ist das Gefängnis Gedenkstätte und die Insel vor Kapstadt Unesco-Weltkulturerbe.

Am Strand der Insel liegen zwei Schiffswracks, verwittert von Sonne, Wind und Meer, Sinnbild einer untergegangenen Ära: der südafrikanischen Apartheid-Politik, die vom Strudel der 1989er-Revolution erfasst wurde und Geschichte ist. Die einstige Gefängnisinsel Robben Island, zwölf Kilometer von Kapstadt entfernt, verkauft heute ihren Mythos, den des Hochsicherheitsknastes, in dem Nelson Mandela und andere schwarze Freiheitskämpfer eingekerkert waren. Mehrmals täglich spucken die Katamarane Schiffsladungen von Touristen aus, die durch die historischen Stätten der Insel geführt werden. Heute ist die Haftanstalt Museum und Gedenkstätte.

Prominentester Häftling war Nelson Mandela, der auf der Insel im Steinbruch schuften musste. Besucher können heute unter anderem die fünf Quadratmeter große Zelle samt Decke und Mülleimer besichtigen, in der Mandela von 1964 bis 1982 ganze 18 Jahre lang inhaftiert war, ehe er in das Hochsicherheitsgefängnis nach Pollsmoor bei Kapstadt verlegt wurde. Im Oktober 1963 war Mandela im „Rivonia-Prozess" des Hochverrats, der Sabotage und der Verschwörung angeklagt worden. Dem Prozess war am 11. Juni 1963 die Durchsuchung des ANC-Untergrundhauptquartiers in Rivonia, einem Vorort von Johannesburg, vorausgegangen. Im Prozess übernahm Mandela selbst die Verteidigung und sagte in seinem Plädoyer am 20. April 1964, er sei einer der Gründer des „Umkonto we Sizwe" gewesen, des militärischen Arms des „African National Congress" (ANC).

Als der „Rivonia-Prozess" begann, saß Mandela gerade eine andere Haftstrafe ab. Weil er zum Streik aufgerufen und Südafrika ohne Ausreisegenehmigung zwischenzeitlich verlassen hatte, war er zuvor zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Im Juni 1964 wurde er dann zu lebenslanger Haft verurteilt – wegen „Terrors, kommunistischer Aktivitäten und des Versuchs, die Regierung zu stürzen". Seine Erinnerungen an die Zeit auf Robben Island schrieb Mandela in seiner Biografie „Der lange Weg zur Freiheit" („Long Walk to Freedom") nieder. Seinen Peinigern vergab er, mit seinem weißen Wärter freundete er sich an.

1982 verließ Mandela Robben Island, doch wurde er nur verlegt. Im Pollsmoor-Gefängnis zog er sich 1988 eine Lungentuberkulose zu, doch besserten sich auch jetzt nur die Haftbedingungen aufgrund einer erneuten Verlegung. Ab Dezember 1988 saß er noch über ein Jahr Haft im Victor-Vester-Gefängnis in Paarl ab. Seine Entlassung am 11. Februar 1990 verdankte er letztlich Staatspräsident Frederik de Klerk, der den Befehl dazu gab und das ANC-Verbot aufhob. Noch am Tage seiner Freilassung sprach Mandela in einem Stadion von Soweto vor 120 000 Zuschauern vor allem von einem Thema: der Versöhnung.

Auf Robben Island wird die Erinnerung an den im Dezember 2013 verstorbenen Mandela und seine Gefährten von den Touristenführern wachgehalten – die sind häufig ehemalige Gefangene. Drei- bis viermal täglich erzählen sie ihre Hafterlebnisse und zeigen die Orte ihres Leidens. „Verbannung" wurden Haft und Zwangsarbeit offiziell genannt. 1967 traten die Häftlinge in einen unbefristeten Hungerstreik für mehr Decken, für mehr Essen und die Erlaubnis, im Gefängnishof Fußball und Rugby spielen zu dürfen. Der Streik war erfolgreich.

Robben Island rückte damals immer öfter in den Blick der Weltöffentlichkeit. Anfang der 1970er Jahre wurden die Haftbedingungen leicht gebessert: Anwälte hatten durchgesetzt, dass die Häftlinge Lesen und Schreiben lernen durften. 1974 wurde der Steinbruch auf der Insel infolge internationaler Proteste geschlossen. Bis dahin hatten die Häftlinge, auch Nelson Mandela, täglich acht Stunden lang Steine für den Straßenbau gehauen. Eine Höhle diente als Pausenraum. Der gleißend helle Kalkstein verdarb nicht nur Mandelas Augenlicht für immer.

Die Geschichte der Insel als Gefangenenlager hatte nicht erst mit der Apartheid begonnen. Schon im 16. Jahrhundert nutzten die Holländer Robben Island als Sträflingsinsel. Und auch damals mussten die Häftlinge im Steinbruch arbeiten und Muscheln sammeln. Kalk und Schiefer wurden für den Bau des „Castle of Good Hope", das alte Fort in Kapstadt, genutzt.

Von 1806 bis 1820 diente Murrays Bay, der winzige Hafen der Insel, als Auslaufstation für Walfänger. 1843 schloss das Gefängnis seinen Betrieb und Lepra-Kranke wurden auf die Insel verbannt. Die Aussätzigen bauten eine inzwischen verfallene Kirche und sie setzten 43 Kinder in die Welt, statt – wie erwartet – schnell zu sterben. 1931 wurden die Überlebenden der Lepra-Station nach Pretoria umgesiedelt. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs errichtete das südafrikanische Militär eine Basis auf der Insel.

Im Dezember 1996 verließen die letzten 300 Gefangenen und ihre 90 Aufpasser die Sträflingsinsel. Auch die 18 Wachhunde setzten nach Kapstadt über. Es blieben nur wenige Arbeiter, Museumsbedienstete und ihre Kinder. 1997 machte die südafrikanische Regierung die ehemalige Haftanstalt zur nationalen Gedenkstätte, 1999 nahm die Unesco die Insel in die Liste des Weltkulturerbes auf. Noch immer prangt das Wärter-Motto auf Englisch und Afrikaans über der Toreinfahrt: „Wir dienen mit Stolz". *Kai Althoetmar*

Jähes Ende: Wrackreste auf Robben Island. Im Hintergrund der Tafelberg von Kapstadt Bild: Mauritius

»Herbstzauber« in Potsdam

Hochwertige Dekorationen und Einrichtungen, zauberhafte Mode und Geschenkideen sowie Köstlichkeiten für Tisch und Tafel, all das zeigt die Ausstellung „Herbstzauber" in Potsdam. Vom 21. bis 23. Oktober bilden der historische Schirrhof und die Schinkelhalle eine stilvolle Kulisse für die Ambiente-Messe aus dem Hause Home & Garden.

Inmitten des historischen Kultur-Areals machen zwischen stimmungsvoll illuminierten Pagoden herbstliche Dekorationen Lust auf die farbenfrohe Jahreszeit. Aussteller aus ganz Deutschland präsentieren hochwertige Mode und Schmuck, Möbel und Wohnaccessoires. Für Genuss und Unterhaltung sorgen die Sonderpräsentation „Premium-Food-Market" mit gastronomischen Spezialitäten und einem musikalischen Rahmenprogramm. Daniela Kaersten, die mit ihrem Projektteam die Ausstellung konzipiert, hebt die Vielfalt der Messe so hervor: „Der Herbstzauber vereint all die schönen Dinge, mit denen das eigene Zuhause noch schöner wird." *tws*

Geöffnet ist der „Herbstzauber" von 11 bis 20 Uhr, Sonntag bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Telefon (0451) 89906494, Internet: www.herbstzauber-messe.de


Bild: Home & Garden

Ernte-Deko bei „Herbstzauber"

Orthodoxer Lutheraner

Der Humanist Leonhard Hutter und seine Fehde mit Katholiken

Er war nicht der erste Hutterer. Der Prediger, welcher der Täufer-Kirche den Namen, gab war Jakob Hutter (zirka 1500–1536). Der vor 400 Jahren gestorbene Namensvetter Leonhard Hutter aus Schwaben predigte aber auch und war einer der bedeutendsten Theologen der Nach-Luther-Generation. Er bekämpfte die Katholiken, Calvinisten sowie die nach dem gemäßigten Reformator Philipp Melanchthon genannten Philippisten und entwickelte sich zum „orthodoxesten unter allen orthodoxen Lutheranern". Sein Hauptwerk begründete die Konkordienformel, die Eintracht der zerstrittenen Luther-Anhänger. Sie gediehen in Kursachsen zum Standard-Lehrbuch und wirkte erheblich bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Hutter wurde Anfang Januar 1563 in Nellingen nahe Ulm geboren, wo sein Vater als Pfarrer wirkte. Nach dessen Versetzung in ein Pfarramt in Ulm 1565 wechselte die Familie in die Münsterstadt. Sohn Leonhard wuchs hier auf, besuchte die Schule und wurde vom Vater früh auf eine kirchliche Laufbahn orientiert. Ab 1581 studierte Hutter in Straßburg, Leipzig, Heidelberg und Jena vor allem Theologie, Philologie und Philosophie. Dabei wurde er auch mit philippistischem sowie calvinistischem Ideengut konfrontiert.

Hutter erwarb 1594 in Jena die theologische Doktorwürde, hielt Privatvorlesungen und glänzte in theologischen Disputationen, was das Interesse der Wittenberger Universität weckte. Man holte den Schwaben in die Lutherstadt, erhob ihn zum Professor der Theologie und förderte ihn angesichts seiner Wirksamkeit in der Verbreitung der lutherischen Kirchenlehre recht deutlich.

Hutter heiratete mit dem nun gesicherten Einkommen Barbara Manlich und machte schnell Karriere. Er glänzte als Lehrer, fungierte als Inspektor der kurfürstlichen Erziehungsanstalten, erlangte mit theologischen Schriften Bekanntheit und wurde zu einer maßgeblichen Führungsgestalt des orthodoxen Luthertums in Wittenberg mit Ausstrahlung auf ganz Deutschland. Allein viermal bekleidete der Aufsteiger das Amt des Universitäts-Rektors.

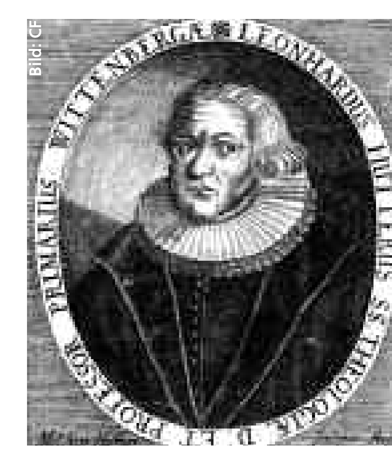


Bild: CF

Kämpferischer Luther-Hutter

Hutter attackierte in Wort und Schrift überaus polemisch Katholiken, Calvinisten und Philippisten, gab der Konkordienformel den „Charakter der Theopneustie" und brachte die lutherische Orthodoxie als deren Wortführer in der Auseinandersetzung mit dem kompromissbereiten Philippismus auf die Siegerstraße.

Wann immer der Versuch unternommen wurde, „die Reinheit der lutherischen Bekenntnisse zu trüben", antwortete Hutter mit einer geharnischten Streitschrift. Er wetterte gegen die irenischen (Friedens-)Bestrebungen des Heidelberger Theologen David Pareus, der sich um eine Verständigung zwischen Luthertum und Calvinismus bemühte, und bezeichnete den Konfessionswechsel des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg als „verdammte Calvinisterei". Der Fürst seinerseits verbot daraufhin allen Brandenburgern, in Wittenberg unter Hutters Regiment zu studieren.

Hutters „Compendium locorum theologicorum", das als sein Hauptwerk gilt, gediehl auf fürstliche Verordnung von 1609 hin in den drei kursächsischen Fürstenschulen in Schulpforta bei Naumburg, Grimma sowie Meißen nach der Bibel zum zweiten unverzichtbaren Lehrbuch. Er dominierte als „Prototyp der orthodox-lutherischen Dogmatik" die lutherische Orthodoxie. Aber der Kampf an allen Fronten hatte gesundheitliche Folgen. Hutter starb im Zenit seiner Karriere 53-jährig am 23. Oktober 1616 in Wittenberg. Seither beschäftigen sich immer wieder die Kirchenhistoriker mit dem Wirken und der Bedeutung des orthodoxen Lutheraners. *Martin Stolzenau*

Beten in Weiß

Über dem Saaletal wurde die weltweit erste Porzellankirche geweiht

Die Leuchtenburg, die als Königin des Saaletals in 400 Meter Höhe weithin sichtbar über Seitenroda thront, hat nicht nur eine über 800-jährige Vergangenheit, sondern vor allem eine bemerkenswerte Gegenwart. Zuletzt wurde sie bis 1997 als Jugendherberge genutzt, bevor die fast komplett erhaltene, aber marode Anlage 2007 versteigert werden sollte. Um das zu verhindern, rief der Unternehmer Sven-Erik Hitzer in Rekordzeit eine gemeinnützige Stiftung ins Leben, welche die Burg erwarb und rettete.

Heute ist die Leuchtenburg mit ihren sieben Porzellanwelten-Museen Höhepunkt der Thüringer Porzellanstraße und jetzt neben der mit acht Metern weltgrößten Vase und der mit drei Millimetern kleinsten Kanne um einen Superlativ reicher: um eine Porzellankirche. Und das kam so: Um die Ausstellung innovativ und mit unterschiedlichen Handschriften in Szene zu setzen, hatte der Stiftungsrat drei renommierte Ausstellungsbüros und Designer beauftragt, darunter Michael J. Brown

Brown war Mitarbeiter des in Polen geborenen berühmten amerikanischen Star-Architekten Daniel Libeskind und ist heute selbst ein gefragter Mann mit Büros in Zürich, Berlin und Los Angeles. Dem Visionär fiel die schwierige Aufgabe zu, die Zeitreise durch fünf Jahrhunderte Porzellan-Geschichte mit einem Paukenschlag enden zu lassen. Und zwar in der alten Burgkapelle im Gewand einer modernen Porzellankirche. Hitzer selbst, der an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle studierte, hat es sich nicht nehmen lassen, Brown bei dieser beispiellosen Umgestaltung zu unterstützen.



Kirche mit Umhang aus Porzellan-Lamellen Bild: Leuchtenburg

Am 8. Oktober konnte die Kirche im Rahmen eines ökumenischen Festgottesdienstes feierlich geweiht werden. Dabei fanden die verblüfften Besucher keine Fliesen, keine Altäre, Kanzel oder sonstige Ausstattungsstücke aus Porzellan vor, wie man sie kennt und erwarten könnte. „Nur" ein Lamellen-Vorhang aus matt-weißem technischem Porzellan, der von der Decke bis zum Boden reicht, sorgt hier für einen einzigartigen Licht- und Raumeffekt.

Vor 270 Jahren, im August 1746, lud der Orlamündaer Pfarrer Johann Gottlob Bayer zur Kirchweihe der damaligen Gefängniskapelle. Von Montag bis Sonntag waren Gesänge, Gebete und Andachten in den Tagesablauf der Häftlinge eingebaut. In den erhaltenen Listen der Burgpfarrer sind knapp 5200 Namen von Häftlingen mit Geburtsort, Grund der Einlieferung und anderen Details vermerkt.

Nach der Auflösung des Zuchthauses im Jahr 1871 wurde der schlichte Rechteckraum über ein Jahrhundert zweckentfremdet als Museum genutzt. Jetzt soll die Kapelle außer für Gottesdienste, Taufen und Hochzeiten auch als Raum der Entspannung zur Verfügung stehen. In den Herbstferien erklingt dazu an diesem Wochenende (22./23.10.) um 14 Uhr öffentlich die Orgel. *Helga Schnehagen*

Internet: www.leuchtenburg.de



Hilfreiches zum Islam

Autor zeigt die Bedrohung auf

Wer das beschönigende „Argument“ nicht mehr hören kann, dass islamistische Terrorakte mit dem „wahren Islam“ nichts zu tun hätten, der wird dieses Buch begrüßen. Autor Hans-Joachim Löwer, Jahrgang 1948, war 16 Jahre lang Auslandskorrespondent und hat speziell den Islam im Nahen Osten erkundet. Die 30 Kapitel seines Buchs hat er mit eigenen Fotos illustriert und mit Informations-Kästchen angereichert. Diese summieren sich zu einer kleinen, aber hilfreichen Enzyklopädie zu christlichen Glaubensgemeinschaften, die man kaum dem Namen nach kennt: Kopten, Maroniten, Suryoye, Melkiter, Chaldäer, Aramäer und so weiter.

Gemeinsam ist ihnen, dass sie seit Jahrtausenden (Armenier, Nestorianer), mindestens aber Jahrhunderten vor Ort präsent sind und einst große Bevölkerungsteile stellten (Mehrheit im Libanon ab 1920, 30 Prozent 1900 in Palästina, zwei Millionen in der Türkei 1920). Anders ihre muslimischen Todfeinde, die erst spät die nahöstliche Bühne betraten: Muslimbrüder 1928, Salafisten 1929, Islamischer Staat 2003, Nusra-Front 2011. Und andere, die alle gleich sind in ihrer Bereitschaft zu Heuchelei und antichristlicher Gewalt. Löwer zitiert einen erfahrenen, christlichen Beduinen „Sie täuschten uns mit ihrer Freundlichkeit. Sie warteten nur auf den Tag, an dem sie einen Grund bekämen, um uns auszuplündern. Solange sie sich schwach fühlten, lächelten sie uns zu. Aber als sie sich stark fühlten, schlugen sie zu“.

„Schwach“ seien Muslime in Westeuropa, weswegen sie noch lächeln, was sich rasch und radikal ändern könne. Ein Geistlicher, der in Kairo ein Jesuitenzentrum leitet, kennt die aggressiven Minderwertigkeitskomplexe von Muslimen, die einst Napoleons monumentale „Beschreibung Ägyptens“ bewusst machte: „Seither haben die Muslime in diesem Land immer wieder erlebt, dass sie nicht Schritt halten können ... Die meisten Muslime empfinden die moderne Welt nicht als Chance, sondern als Bedrohung, Sie betrachten sie als Angriff auf ihre Identität.“

Und Christen seien die permanente Erinnerung an muslimische kulturelle Unterlegenheit. Solange sie nur wenige sind, Steuern zahlen und wegsähen, wenn Muslime ihre Ländereien und Häuser rauben, hätten sie ein begrenztes Lebensrecht. Das sei aufgehoben, sobald der „Islamische Staat“ (IS) auftauche und seine „drei Optionen“ offeriere, die tatsächlich nur eine seien: Konversion oder Frauenraub und Männermord! Mit Einblicken in muslimische Folterkeller, Entführungen, Erpressungen, Behördenwillkür und „tiefe Abneigung gegen alles, was unislamisch ist“ konkretisiert Löwer die islamistische Gewaltbereitschaft.

Löwers Fazit ist, dass der Islam eine nuancenlos massive Bedrohung für Kultur, Koexistenz und Humanität sei. Kann die eskalierende Brutalität der Muslime auf jene abfärben, die am direktesten bedroht sind, die Israelis? Die Kluft zwischen ihnen und Palästinensern wird schroffer und tiefer.

> »Muslime können nicht Schritt halten«

Als 1979 die Mullahs im Iran die Macht übernahmen, wurde auch in Nahost „bei den Arabern das Rad zurückgedreht, während Israel mit seiner Technologie zur Weltspitze aufstieg“. Muslime wollten „ihr Land zurück“, um in diesem ein System auf der Basis der Scharia zu errichten. Dagegen machten Juden mobil mit Sperrmauern und Wachtürmen, von denen sie den fotografierenden Autor Löwer mit Tränengasgranaten bewarfen. Sie betrachteten ihn wie generell Christen als „willfährige Sprachrohre des palästinensischen Widerstands und heimliche Sympathisanten von Terroristen.“

Umgekehrt verdächtigen Araber die Christen, „Agenten des westlichen Imperialismus und heimliche Sympathisanten der jüdischen Besatzer zu sein“. Darum drückt ein christlicher Theologe aus, was an der „kulturellen Kampflinie“ viele denken: „Es gibt einfach keine Zukunft. Es gibt keine Hoffnung.“

Wolf Oschlies

***Hans-Joachim Löwer: „Mit Feuer und Schwert. Wie Christen heute im Nahen Osten verfolgt werden“,** Verlag Styria Premium, Wien/Graz/Klagenfurt 2016, gebunden, 256 Seiten, 24,90 Euro*



Künstler im Krieg

Steffen Bruendels Buch erzählt von Euphorie und Ernüchterung

Mit seinen langen, verlustreichen Schlachten wurde das Jahr 1916 zum Symbol für das Grauen und die Sinnlosigkeit des Ersten Weltkriegs, der einer der ersten industrialisierten Kriege war. Im Schreckensjahr 1916 litten Hunderttausende Soldaten auf beiden Seiten der Frontlinien unter anhaltender Kälte und Nässe selbst während der Sommermonate.

In seinem neuen Buch „Jahre ohne Sommer. Europäische Künstler in Kälte und Krieg“ betrachtet der Historiker Steffen Bruendel die Geschichte von Dichtern und Künstlern, die 1916 auf beiden Seiten der Frontlinie kämpften. Den Titel wählte er im Hinblick auf die Tatsache, dass es sowohl 1816 als auch 1916 wegen eines vorangegangenen Vulkanausbruchs zu Temperatureinbrüchen kam, was Ernteausfälle und Hungersnöte zur Folge hatte. Ob diese Parallele aber als Grundlage für den Buchtitel ausreicht, sei dahingestellt.

Die in seinem Buch vorgestellten Dichter und Maler hatten sich großenteils freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet, einige von ihnen mit euphorischer Begeisterung. Wer überlebte, folgte dem Drang, das eigene und miterlebte Leid und die kaum fassbaren Geschehnisse künstlerisch zu verarbeiten. Die Kunstäußerungen, Briefe und Tagebücher der 15 deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Dichter und Maler bezeugen namenloses Grauen und auch, nach den Worten des Engländers Wilfred Owen, die Erbärmlichkeit des Krieges. Vielfach wurden sie als Mahnungen an die Regierungen und vielleicht sogar an die gesamte Menschheit konzipiert, sich angesichts des massenhaften Sterbens für ein Ende des Krieges einzusetzen.

> Erlebtes Leid in der Kunst verarbeitet

Im Vordergrund steht bei Bruendel die Frage, inwiefern durch den Ersten Weltkrieg und seinen Verlauf Entwicklungen im künstlerischen, gesellschaftlichen und politischen Bereich angestoßen wurden, die über die Kriegszeit hinaus nachwirkten. Anhand zahlreicher Originaltexte entwirft er eine groß angelegte Erzählung, stellt Verknüpfungen aufgrund von persönlichen Bekanntschaften und vor dem Hintergrund der historischen Ereignisse her.

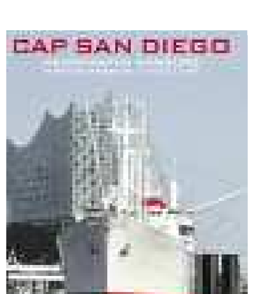
Den Auftakt bilden die Biografien der britischen Dichter Rupert Brooke, Siegfried Sassoon und Wilfred Owen. Bruendel bringt als Motivationsfaktor für ihre freiwillige Kriegsteilnahme Unsicherheit wegen der eigenen homosexuellen Orientierung ins Spiel. Ernst Jünger, Arnold Zweig, Rudolf Kienau alias Gorch Fock und Franz Marc, der französische Romancier Henri Barbusse, Siegfried Sassoon und Rupert Brooke kämpften auf den Schlachtfeldern bei Verdun, an der Somme und auf der türkischen Halbinsel Gallipoli. Rupert Brooke starb auf dem Weg in den Kampf um Gallipoli, der deutsche Maler Franz Marc und der Amerikaner Alan Seeger fielen vor Verdun.

Im März 1916 wurde Gorch Fock auf eigenen Wunsch vom Heer zur Marine versetzt. Er starb am 1. Juni 1916 in der Seeschlacht am Skagerrak beim Untergang des Kreuzers „Wiesbaden“. Seine Werke zählen zur Heimatdichtung und sind seit Ende der 1960er Jahre nicht mehr Schullektüre. Zur identitätsstiftenden deutschen Literatur gehören aus heutiger Sicht nach wie vor die Gedichte von Joachim Ringelnatz – der seinerzeit bedauerte, als Mariner nicht an der Seeschlacht am Skagerrak teilgenommen zu haben. Während der jüdische Dichter Arnold Zweig nach dem Zweiten Weltkrieg hochgeehrt in der DDR lebte, blieb er in der Bundesrepublik weitgehend unbeachtet. Wie der linksintellektuelle französische Schriftsteller und spätere Politiker Henri Barbusse, dessen literarisches Kriegstagebuch „Das Feuer“ in 60 Sprachen übersetzt wurde, beschrieb Ernst Jünger, jedoch Abstand wahrend, den Krieg als Barbarei („In Stahlgewittern“). Auch Jünger hatte sich aus Patriotismus als Kriegsfreiwilliger gemeldet. Weitere wichtige Motivationsfaktoren waren bei ihm Abenteuerlust und das Bedürfnis nach Anerkennung und Ehrungen für Tapferkeit vor dem Feind. Seine ästhetisierte Sicht auf den Krieg wurde fester Bestandteil des deutschen Bildungskanons.

Auch dieser im Übrigen transnationale Aspekt gehöre zur Kriegsliteratur, so Bruendel, ob wir dies nun akzeptieren oder nicht. Rupert Brooke und Alan Seeger hatten sogar auf unsterblichen Ruhm spekuliert.

Dagmar Jestrzemski

***Steffen Bruendel: „Jahre ohne Sommer. Europäische Künstler in Kälte und Krieg“,** Herbig-Verlag, München 2016, gebunden, 320 Seiten, 24 Euro*



Elegantes Wahrzeichen

Frachtschiff »Cap San Diego« feiert Jahrestag als Museumsschiff

Die „Cap San Diego“ liegt als stolzes Wahrzeichen an der Überseebrücke im Hamburger Hafen. Vor 30 Jahren wäre sie fast den Schneidbrennern zum Opfer gefallen, bis die Stadt Hamburg sie in letzter Sekunde als Museumsschiff kaufte. Zu diesem Jahrestag haben Matthias Gretzschel und Michael Zapf dem Frachtschiff einen großformatigen Text-Bild-Band mit dem Titel „Cap San Diego – Heimathafen Hamburg“ gewidmet.

Die sechs „Cap-San“-Stückgutfrachter der Reederei Hamburg Süd waren elegante Schiffe, die der bekannte Architekt und Schiffsdesigner Caesar Pinnau Ende der 50er Jahre entworfen hat. Mit geschwungenen Linien und scheinbar ohne Schornsteine, denn die Abgasleitungen waren in schmalen Pfahlmasten versteckt, zogen die „weißen Schwäne“, wie sie bewundernd genannt wurden, über den Südatlantik. Da sie eher einer riesigen Yacht als einem Frachtschiff ähnelten, sorgten sie überall in den Häfen für Aufsehen. Allerdings war beim Bau der Schiffe noch nicht absehbar, dass die traditionelle Frachtschifffahrt durch die aufkommenden Containerschiffe keine Zukunft mehr haben würde. Ab 1985 wurden die Schiffe nach und nach abgewrackt – nur die „Cap San Diego“ konnte als Museumsschiff erhalten werden.

Gretzschel ist der Geschichte des Schiffes und der Umwandlung zum Museumsschiff nachgegangen. In der Vorgeschichte wird die Ausgangssituation der Reederei Hamburg Süd nach dem Zweiten Weltkrieg geschildert. Ein Thema ist die aufstrebende neue Architektur, die das Schiffsdesign beim Bau beeinflusste. Auch das Bordleben wird beschrieben, schließlich konnte die „Cap San Diego“ zwölf Passagiere beherbergen. Es gab sogar ein kleines Schwimmbad an Bord. Der Preis für eine Passage Anfang der 60er Jahre entsprach allerdings etwa dem Kaufpreis eines VW-Käfers, von denen das Schiff auf einer Reise nach Kanada einmal 457 als Stückgut exportierte. Eine ungewöhnliche, „lebendige“ Fracht war ein Eisbär, der von Hagenbecks Tierpark in Hamburg aus in den Zoo von Montevideo gebracht wurde.

Ein großer Teil des Buches bietet einen Blick hinter die Kulissen eines Museumsschiffs. Hier erfährt man interessante Fakten über die vielfältige Nutzung, denn schließlich ist sie das größte fahrtüchtige Museumsfrachtschiff der Welt. Auch die vielen ehrenamtlichen Helfer, ohne die der Erhalt nicht möglich ist, kommen zu Wort. Gretzschel stellt das Schiff von allen Seiten in seinen abwechslungsreich und unterhaltsam geschriebenen Texten dar. Die aussagekräftigen Fotos von Michael Zapf, viele davon großformatig, zeigen das Schiff von innen und außen in allen Einzelheiten. Außerdem gibt es viele sehr stimmungsvolle Fotos, die einen Hauch Seefahrerromantik vermitteln. Ein sehr informatives und ansprechend gestaltetes Buch, das man gern zur Hand nimmt.

Britta Heitmann

***Matthias Gretzschel/Michael Zapf: „Cap San Diego – Heimathafen Hamburg“,** Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2016, gebunden, 180 Seiten, 29,95 Euro*

LORIOT
DRAMATISCHE WERKE

»Sagen Sie jetzt nichts«

Loriots gesammelte Sketche in erweiterter Auflage veröffentlicht

Loriot, alias Vicco von Bülow, hat mit seinen Sketchen Fernsehgeschichte geschrieben. Es gibt wohl kaum jemanden, dem seine Sketche wie auch die Filme „Ödipussi“ und „Pappa ante portas“ nicht geläufig sind. Ob auf Hochzeiten, Familienfeiern oder sonstigen Festen, überall wetteifern seine Fans, wer die legendären Loriot-Figuren am besten nachspielen kann. Zu den beliebtesten Sketchen und viel zitierten Sprüchen gehört der mit der Nudel („Sagen Sie jetzt nichts, Hildegard“) oder Frau Hoppenstedts Jodel-Diplom, das ihr Gatte begrüßt („Dann hat sie was Eigenes“). Nach seinem Lieblingssketch befragt, soll Loriot einmal gesagt haben, es sei das Frühstücksei, das die Frau viereinhalb Minuten lang für ihren Mann kochen sollte, es aber „nach Gefühl“ kocht.

Loriots Werke beschäftigen sich in der Regel mit einer gestörten zwischenmenschlichen Kommunikation. Das Geheimnis seiner Komik liegt darin, dass er nichts anderes tat, als die Menschen in Alltagssituationen zu beobachten. „Kommunikationsgestörte interessieren mich am allermeisten. Alles, was ich als komisch empfinde, entsteht aus der zerbröselten Kommunikation, aus dem Auseinanderreden.“ Jede Floskel, jede Geste, jedes Wort studierte er peinlichst genau ein. Es ist letztendlich das Festhalten an der Würde selbst in widrigen Situationen, das seine Charaktere unweigerlich scheitern lässt und das so komisch wirkt. Gerade weil jedes Wort und jede Pointe genau einstudiert waren, wurden Loriots Sketche Kult. Welche Bedeutung Loriot für Deutschland hat, beweisen nicht zuletzt die vielen Wiederholungen seiner Sketche und Filme im Fernsehen und ihre Aufführungen auf Theaterbühnen.

> Vicco von Bülow ist meist aufgeführter Dramatiker

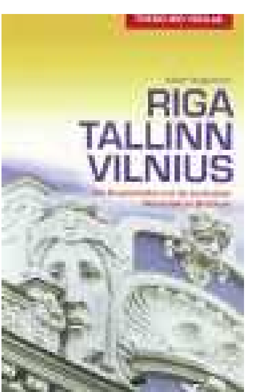
Die erweiterte Neuauflage des Diogenes Verlags trägt der großen Beliebtheit von Loriots Sketchen und Cartoons Rechnung. Sie macht ein Nachlesen der beliebten Dialoge möglich.

Als Loriot, der sich selbst als Kritiker der Gesellschaft, aber auch als Menschenfreund sah, seinen gesammelten Werken den Titel „Dramatische Werke“ gab, weil, wie er im Vorwort ausführt, „das Publikum die dramatische Verarbeitung von Problemen aus dem eigenen Lebensbereich“ erwarte, konnte er nicht ahnen, dass er damit tatsächlich zu einem der meistgespielten „Dramatiker“ auf deutschen Bühnen werden würde.

Die vorliegende Neuauflage ist eine vervollständigte Ausgabe in modernem Layout, mit farbigen Standbildern aus den bekannten Fernsehsketchen und Zeichentrickfilmen versehen. Ein Muss für jeden Bücherfreund.

Manuela Rosenthal-Kappi

***Loriot: „Dramatische Werke. Erweiterte Ausgabe“,** Diogenes Verlag, Zürich 2016, gebunden, 357 Seiten, 36 Euro*



Europäerinnen

Reisen in baltische Städte

Reist man in die baltischen Hauptstädte, wird man gleich feststellen, dass es sich um europäische Städte handelt. Die Architektur Revals (Tallinns) ist hanseatisch, in Riga findet man verschiedene Baustile des 19. Jahrhunderts vor, während im litauischen Wilna (Vilnius) der Barock polnisch-litauischer Prägung seine Spuren hinterlassen hat.

Neben den drei Hauptstädten konzentriert sich der Tourismus jedoch vor allem auf die Nationalparks des Baltikums, an denen sich Naturliebhaber erfreuen. Zudem verfügen die drei Länder über eine gute Infrastruktur, Wünsche bleiben da kaum offen.

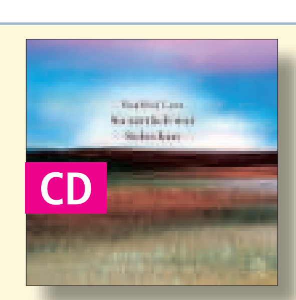
In bewährter Weise stellt der Trescher Verlag mit Volker Hagemanns Band „Riga, Tallinn, Vilnius“ die Ostsee-Region vor. Neben einer allgemeinen Einführung in das jeweilige Land und seine Geschichte werden die Sehenswürdigkeiten detailliert beschrieben, Stadtrundgänge vorgeschlagen oder Tipps für abendliche Vergnügungsmöglichkeiten gegeben. Bei der Beschreibung historischer Gebäude, etwa des lettischen Schlosses Ruhenthal (Rundale) wäre es vor allem für ältere Leser hilfreich gewesen, auch den deutschen Namen zu erwähnen.

MRK

***Volker Hagemann: „Riga, Tallinn, Vilnius. Die Hauptstädte und die schönsten Reiseziele im Baltikum“,** Trescher Verlag, Berlin, 3. Auflage 2016, broschiert, 424 Seiten, 19,95 Euro*



Doris Ottlitz
Skizzen einer Kindheit in Deutsch Krone
Ein Zeitdokument
1923 in Deutsch Krone – ein kleines Städtchen in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Dorothea erblickt als Tochter eines Beamten das Licht der Welt ... Die Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit und daran, wie es damals so war, hat die Autorin gegen das Vergessen aufgeschrieben. Sie zeichnet ein authentisches Bild des Kreisstädtchens – seiner Architektur, seiner geschichtlichen Bedeutung und seiner Bewohner.
Ein bemerkenswertes Dokument – gegen das Vergessen der Heimat Grenzmark Posen-Westpreußen. 385 Seiten
Nr. P A1018 Kartoniert 14,80 €

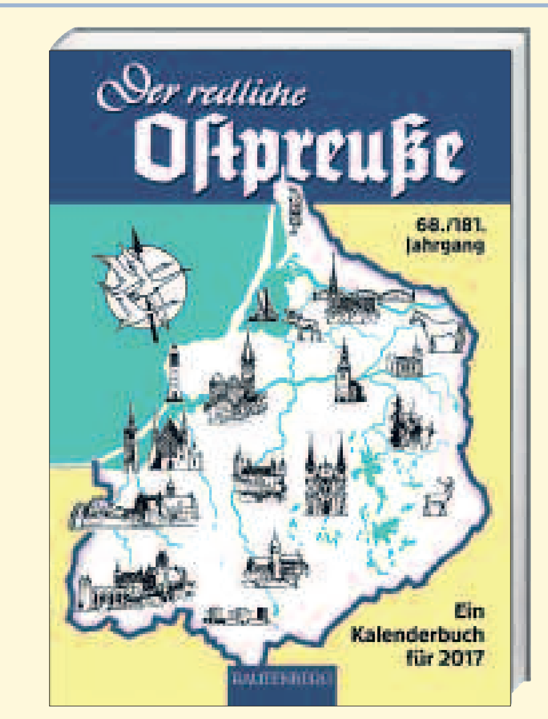


Siegfried Lenz (Autor und Sprecher)
So zärtlich war Suleyken
In „So zärtlich war Suleyken" spürt Siegfried Lenz gleichermaßen liebe- wie kunstvoll seinen Wurzeln nach. Masuren, dieser geschichtsträchtige Landstrich in Ostpreußen, seine Menschen, werden durch die unverwechselbare Stimme des Autors, seinen feinsinnigen, panoramahaften Erzählstil so plastisch, als ginge man dort mit ihnen spazieren oder auf die Jagd nach einem entlaufenen Hahn oder in die Krone eines Apfelbaums … Ein Buch über Erinnerung, über Heimat, über das, was bleibt. Laufzeit: 95 Minuten (2 CDs).
Nr. P A0859 CD-Hörbuch 14,99 €



CD – Siegfried Lenz/Burghart Klaußner (Sprecher)
Ein Kriegsende
Anfang Mai 1945. Der erwartete Funkspruch trifft ein: Die Deutschen haben kapituliert. Der Krieg ist zu Ende. An Bord eines deutschen Minensuchers in der Ostsee wird der Kommandant von der Besatzung seines Kommandos enthoben und unter Arrest gestellt. Ist das Meuterei? Ein exemplarischer Fall beleuchtet das schwierige Verhältnis zwischen Gehorsam und Verantwortung, zwischen Kriegsrecht und humaner Moral. Laufzeit: 75 Minuten (1 CD)
Nr. P A0858 CD-Hörbuch 14,99 €

Kalender Elche 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535615 Kalender 9,95 €



Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2017
Ein Kalenderbuch für 2017
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2017, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Charlotte Berend-Corinth, Max Taut, Emil von Behring, Frank Wisbar, Otto Nicolai, Johannes Bobrowski, Richard Wagner, Käthe Kollwitz, Ernst Mollenhauer, Stanislaus Cauer u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ottfried Graf Finkenstein, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva-Maria Sirowatka, Walter von Sanden-Guja, Wilhelm Reichermann, Hans Ulrich Stamm, Hans Graf von Lehndorff, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Frieda Jung, Grete Fischer, Heinrich Eichen, E.T.A. Hoffmann, Firtz Kudnig u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533180 Gebunden 9,95 €



Martin Schmidtke
Königsberg in Preußen
Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild
Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre", 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten
Nr. A0690 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



Neil MacGregor
Deutschland
Erinnerungen einer Nation
„Deutschlands Geschichte ist stärker zersplittert als die der meisten anderen europäischen Länder. Seine Grenzen waren oft in Bewegung, und die längste Zeit der letzten 500 Jahre bestand es aus einem bunten Mosaik von politischen Gebilden. Doch es gibt auch Erinnerungen, die allen Deutschen gemeinsam sind." Neil MacGregor stellt sie uns vor in einem Buch über Deutschland, wie es noch nie eines gab. Seine augenöffnende Reise durch die deutsche Geschichte beginnt mit dem Brandenburger Tor, und sie endet mit der Reichstagskuppel und Gerhard Richter. Unterwegs begegnen wir einem faszinierenden Ensemble, darunter Gutenbergs Buchdruck, Porzellan aus Dresden, deutsches Bier und deutsche Wurst, Goethe, Schneewittchen und Mutter Courage, die Krone Karls des Großen und ein Tauchanzug made in Ostdeutschland. Wie es Neil MacGregor gelingt, all diese Objekte zum Sprechen zu bringen und sie von deutscher Geschichte erzählen zu lassen und damit den Reichtum der deutschen Geschichte begeistert und begeisternd vor dem Leser zu entfalten – das ist so intelligent, so bravourös und so unterhaltsam zugleich, dass man es einfach gelesen haben muss. 640 Seiten.
Nr. P A0935 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €

NEU für 2017

Postkartenkalender Nidden und die Kunst auf der Kurischen Nehrung 2017 (Format 16,6 x 17,4 cm)
Mit 12 heraustrennbaren Kunstpostkarten. Spiralbindung.
Nr. P A1030 Kalender 6,95 €



Kalender Trakehner 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535640 Kalender 9,95 €

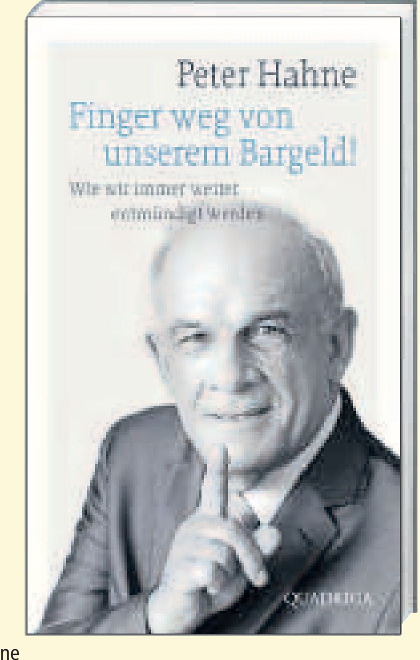


Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €

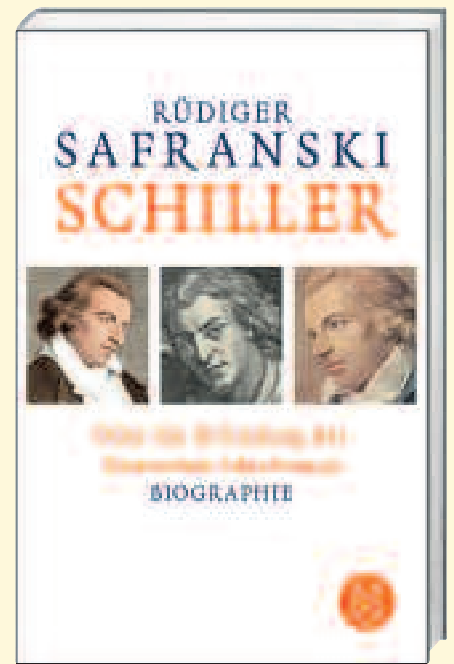


Jetzt mit 300 Gramm Marzipan

Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €



Peter Hahne
Finger weg von unserem Bargeld!
Wie wir immer weiter entmündigt werden
Obdachlosenspende und Taschengeld künftig per Kreditkarte? Jeder Kauf registriert? Das Bargeld soll abgeschafft werden, damit Staat, Banken und Versandhandel jederzeit lückenlos nachprüfen können, wie wir unser Geld ausgeben. Geht's noch? Der Stasi neue Kleider! Unseren Kindern soll das Paradies der Großen Ferien drastisch verkürzt werden, damit sie besser in den „workflow" der Eltern passen. Steuerverdächtige werden im Internet an den Pranger gestellt und sollen gefälligst ihre Unschuld beweisen. Und der Gender-Wahn zerstört nicht nur Menschen, auch unsere Sprache. Das ist nicht in Ordnung. Das ist unser Land, unsere Gesellschaft, das sind unsere Werte, die da vor die Hunde gehen. Peter Hahne fordert auf, Stellung zu beziehen. Gegen die täglichen Zumutungen, gegen Verdummung und Unmenschlichkeit. Für Engagement, für selbstbewusste Toleranz, für ethisch-verantwortliches Handeln. Wir müssen uns einmischen. 124 Seiten
Nr. P A1055 Gebunden 10,00 €



Rüdiger Safranski
Schiller – Oder die Erfindung des Deutschen Idealismus
Friedrich Schiller ist neben Goethe der Titan der deutschen Literatur. In seiner großen Schiller-Biographie zeigt uns Rüdiger Safranski eine der schwungvollsten Gestalten der deutschen Literatur, einen wahren Enthusiasten. Von den Anfängen in Stuttgart bis zum Ende in Weimar tritt uns hier ein neuer, ein frischer Schiller entgegen – Safranski fegt alles, was wir im Deutschunterricht über diesen Dichter zu lernen meinten, vom Tisch. Grandios und mitreißend. Rüdiger Safranski, geboren 1945, studierte Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte und arbeitete danach als Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin und in der Erwachsenenbildung. Seit 1985 ist er als freier Autor tätig, dessen Werke mittlerweile in 26 Sprachen übersetzt sind. Er wurde mit dem Friedrich-Märker-Preis, dem Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik und dem Friedrich-Nietzsche-Preis ausgezeichnet. 560 Seiten
Nr. P A0977 Taschenbuch 12,99 €

Rüdiger Safranski
Goethe – Kunstwerk des Lebens
Goethe ist ein Ereignis in der Geschichte des deutschen Geistes. Und Rüdiger Safranski erzählt für uns heute dieses Ereignis neu. Ausschließlich aus den primären Quellen gearbeitet – aus Werken, Briefen, Tagebüchern, Gesprächen, Aufzeichnungen von Zeitgenossen – gelingt es Safranskis großer Biographie, Goethe wieder lebendig werden zu lassen: Goethe der Bestsellerautor, der Frauenschwarm, der Staatsminister, der Naturforscher, Goethe die Institution. Neben dem schriftstellerischen Werk erkundet Safranski auch Goethes zweites Werk, dessen eigenes Leben, auf die Möglichkeiten und Grenzen einer Lebenskunst hin. Denn auch das war Goethe, ein Meister des Lebens. In Safranskis souveräner und packender Darstellung dieses Jahrhundertgenies verstehen wir uns selbst besser und unsere Zeit. Rüdiger Safranski wurde 1945 in Rottweil geboren und studierte Philosophie, Germanistik und Geschichte in Frankfurt und Berlin. 752 Seiten
Nr. P A0978 Taschenbuch 12,99 €



Kirchner/Wenderoth/Busch
Guten Morgen, Herr Lehrer
Drei Dorfschullehrer erzählen
Kartoniert.
256 Seiten
Nr. P A0752 10,90 €

Es war einmal die einklassige Dorfschule. Wer auf dem Land groß geworden ist, kennt sie noch, die einklassige Dorfschule, in der die Schüler aller Altersgruppen gemeinsam in einem Raum unterrichtet wurden. Die Lehrer Siegfried Kirchner, Manfred Wenderoth und Egon Busch begannen Anfang der 1960er Jahre in solchen Dorfschulen ihre Laufbahn in Westdeutschland. Heiter, witzig, oft auch skurril sind die Anekdoten und Geschichten aus dieser Zeit, als der Herr Lehrer neben dem Bürgermeister und dem Pastor noch zu den hochgeachteten Persönlichkeiten im Dorf zählte. Egon Busch schildert am Ende des Buches, wie der Wandel des Schulsystems auch das Dorf erreichte. 1968 kam dann das endgültige Aus für die „Zwergenschulen".

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Türkischer Bund gegen Integration

Berlin – Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg ist gegen Deutsch als Schulsprache. Für den Fall einer rot-rot-grünen Koalition in der Hauptstadt fordert er: „Die Berliner Bildungseinrichtungen werden angewiesen, keine sogenannte Deutschpflicht für die Pausen zu erlassen.“ Hintergrund ist die freiwillige Selbstverpflichtung an der Herbert-Hoover-Sekundarschule, in der Schule nur Deutsch zu sprechen, um die vielen Einwandererkinder besser zu integrieren. *J.H.*

Kita ohne Weihnachten

Kassel – In der städtischen Kindertagesstätte „Sara-Nussbaum-Haus“ in Kassel fällt das Weihnachtsfest regelmäßig aus. Dort gibt es keinen Weihnachtsbaum und keine Weihnachtslieder. Wegen „der vielen unterschiedlichen Kulturen der Kinder“ in der Einrichtung wird auch sonst auf christliche Rituale verzichtet. Ein Sprecher der Stadt erklärte, es werde „kein Weihnachtsfest im strengen Sinne gefeiert“, wohl aber „Weihnachtliches gebacken und auch gebastelt“. *J.H.*

ZUR PERSON

Das Eigentor des Herrn Ministers

Kürzlich wurde Dieter Hecking als Trainer des Fußball-Bundesligisten VfL Wolfsburg entlassen, weil seine Stürmer keine Tore schießen. Kürzlich wurde **Sebastian Gemkow** als Sächsischer Justizminister *nicht* entlassen, weil seine Angestellten einer Haftanstalt den Selbstmord eines prominenten Inhaftierten nicht verhindert haben.

Wenn die Untertanen Mist bauen, dann müssen die Chefs dafür den Kopf hinhalten – so läuft das in der Demokratie. Die Schwere der Schuld spielt da oft keine Rolle. Dass aber Versäumnisse in der Justiz weniger wiegen sollen als mangelnde Torausbeute von Fußballspielern, will da nicht einleuchten, und so ist es vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis der Druck zu groß wird und Gemkow den Hut nimmt.

Nach dem Selbstmord des potenziellen IS-Terroristen Dschaber al-Bakr in der Justizvollzugsanstalt Leipzig gibt sich Gemkow weiter standhaft. Der 38-Jährige Leipziger kann auf Rückendeckung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich hoffen, der den in Leipzig, Hamburg und Berlin ausgebildeten Rechtsanwalt 2014 als jüngstes Mitglied in sein Kabinett berief.



Politisch ist CDU-Mann Gemkow, der auch Honorarkonsul von Estland ist, erblich vorbelastet. Sein Urgroßonkel gehörte zum Widerstandskreis gegen Hitler und wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet. Sein Großonkel war Sachsens erster Innenminister, ehe er als entarnter IM zurücktrat. Sein Vater war nach dem Mauerfall Beigeordneter der Stadt Leipzig.

Vater Gemkow erhielt für seine politische Tätigkeit damals Morddrohungen. Echte Gewalt erfuhr dagegen der Sohn, der Justizminister: 2015 wurde Gemkows Wohnung mit Buttersäure und Pflastersteinen attackiert, als sich seine beiden Kinder und seine Frau, eine Lettin, darin aufhielten. Vielleicht wird auch Gemkow bald länger Zeit für sein Zuhause haben – als arbeitsloser Ex-Minister. *H. Tews*



Wie es gerade passt

Wo der Riss durch die Gesellschaft wirklich verläuft, wie Regeln blitzschnell geändert werden, und warum dies »Ossis« besonders stört / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Deutschland sei wieder ein gespaltenes Land, barmen besorgte Politiker wie Kommentatoren, und eilfertige Wissenschaftler basteln die Studien, um diesen tristen Befund zu stützen. Der Spalt verlaufe auf einer vertrauten Trasse, nämlich zwischen alten und neuen Bundesländern, da, wo einst der kommunistische Todesstreifen stand, verkünden die Tonangeber. Und schlagen mit einer Wollust auf die „Ossis“ im Allgemeinen und Sachsen im Besonderen ein, dass es nur so kracht.

Liegen sie richtig? Die Wahrheit scheint viel schlimmer zu sein. Der Riss trennt zwei Deutschlands, die noch weniger verbindet als damals DDR und Bundesrepublik. Diese beiden Staaten und ihre Bewohner lebten zumindest noch in einer gemeinsamen Wirklichkeit, auch wenn sich diese Wirklichkeit von der einen Seite völlig anders anfühlte als von der gegenüberliegenden.

Das ist heute anders. Es gibt zwei Wirklichkeiten, die gegensätzlicher kaum sein könnten, weshalb sich die Bewohner der beiden Realitäten kaum noch etwas zu sagen haben.

Glauben Sie nicht? Stellen wir uns vor, 1986 hätte ein ausländischer Fanatiker in einem der beiden deutschen Staaten einen wahllosen Massenmord vorbereitet. Doch er wäre gerade noch rechtzeitig gefasst worden und hätte sich dann in seiner Zelle umgebracht.

Auf beiden Seiten der Mauer wäre das Aufatmen groß gewesen über den vereitelten Anschlag, egal, ob der nun Rostockern oder Stuttgartern gegolten hätte. Der Freitod des verhinderten Täters? Kaum von Interesse. Dafür vielmehr die Frage: Wie verhindern wir künftig, dass solche Typen ins Land gelangen? Und wer ist dafür verantwortlich, dass der Kerl überhaupt hereinkam?

Die Masse der Deutschen denkt wohl heute noch so wie vor 30 Jahren. In Talkshows und anderen öffentlichen Debatten tickt man dagegen völlig anders. Dort geht es vor allem darum, wie der Freitod des verhinderten Massenmörders hätte verhindert werden können. Wer dafür verantwortlich sei, dass er sich umbringen konnte.

Von „Justizversagen“ ist die Rede und alle zermartern sich den Kopf, mit welchen Maßnahmen man künftig so etwas Schreckliches verhindern kann wie diesen Freitod. Der geplante Massenmord des Selbsttöters? Nicht mehr so wichtig.

Das zu kapieren ist für einen gewöhnlichen Zeitgenossen gar nicht so einfach. Daher kommt uns Normaldeutschen die Diskussion so merkwürdig verrutscht vor, daher der „Riss durch die Gesellschaft“ zwischen den Talkshow-Gästen, Integrationsbeauftragten und ihren Gleichgesinnten auf der einen und uns auf der anderen Seite.

Und warum wird die Debatte derart grotesk verschoben? Die Leute, die unsere ganze Aufmerksamkeit auf den toten Syrer lenken wollen, möchten nicht, dass wir danach fragen, wie hunderttausende unkontrolliert ins Land gelangen konnten und wer dafür die Verantwortung trägt.

> Tod in Hamburg: Was, wenn der Täter blond und sein Opfer ein Asylsucher gewesen wäre?

Nicht nur in dem Fall wurde sorgsamst ausgewählt, ob und wie man sich eines dramatischen Vorfalls annimmt. Nur kurz durch die Medien rutschte der Fall eines 16-jährigen Hamburgers, der spät abends unter den Augen seiner Freundin in einer innerstädtischen Grünanlage von einem Unbekannten ohne ersichtlichen Anlass erstochen wurde. Der mutmaßliche Täter wird als junger Mann „südländischen Typs“ beschrieben.

Na und, meinen wir, die Beschreibung des Täters sagt fast gar nichts. Und da haben wir natürlich recht. Aber stellen wir uns einmal vor, das Opfer wäre ein Asylsucher gewesen und den Täter hätte man als blondhaarig beschrieben. Na? Macht's klick? Eben: „Ein fremdenfeindliches Motiv kann die Polizei nicht ausschließen“, hätte es dann in der Meldung geheißen. Politiker, Medienleute und Kirchenvertreter hätten das bestialische Verbrechen zum Anlass genommen, vor dem sich ausbreitenden Rassismus zu warnen, „auch wenn im vorliegenden Fall noch nicht einwandfrei geklärt werden konnte, ob ...“ Sehen Sie? Das ist der Unterschied, da in der Gegend verläuft abermals der Riss.

Oder hier: Sie haben mittlerweile auch gelernt, was „Sexismus“ bedeutet. Das Wort beschreibt nicht etwa ein ins Krankhafte gesteigertes Sexualleben, sondern eine abfällige Haltung dem anderen Geschlecht gegenüber. Lassen Sie uns ein Spiel spielen, es lautet: „Such den Sexismus“. Stellen Sie sich zwei Fälle vor und wählen Sie aus, wo der Sexismus versteckt ist: Beim ersten Fall macht der Angehörige des einen Geschlechts einem Angehörigen des anderen an der Bar ein etwas schlüpfriges Kompliment. Beim zweiten Fall bezeichnet der Angehörige des einen Geschlechts das gesamte andere Geschlecht vor Millionen Fernsehzuschauern als schiefgelaufenes Experiment.

Wo ist der Sexismus? Selbstverständlich bei Fall zwei, ganz klar! Richtig? Falsch!

Das Kompliment entfleuchte vor Jahren einem alten FDP-Politiker, was ein Jahr später (!) veröffentlicht wurde und das Ende seiner Laufbahn bedeutete, weil es als übelster Sexismus angeprangert wurde. Erst unlängst äußerte eine frühere hohe Funktionärin der EKD in einer Talkshow, dass sie dem Satz, „Als Gott den Mann erschuf, hat er noch geübt“, einiges abgewinnen könne, sprich: Das männliche Geschlecht war Gottes Fehlschlag. Gab es einen Skandal? Nichts davon, bloß affektiertes Glucksen in der Runde, wie in den eitlen deutschen Sabbelsendungen üblich.

Stellen wir uns nur vor, ein früherer katholischer Kirchenfürst hätte etwas Ähnliches über Frauen geäußert. Das Theater ist kaum auszumalen.

Sie finden das ungerecht? Deswegen stehen Sie ja auch auf der falschen Seite der „neuen deutschen Spaltung“. Aus diesem Grunde werden Sie auch das Folgende kaum nachvollziehen können: Mehrere deutsche Schulen haben Anschlags-Drohungen erhalten. Hurtig wurde uns mitgeteilt, es sei wohl ein „besonders übler Scherz“ gewesen. Mehr aber nicht. Mit dieser Zuordnung waren alle zufrieden: falscher Alarm. Es gelte nur, den „Scherzbold“ zu finden, den offenkundig weder politischer noch religiöser Fanatismus trieb, um ihm sein ausgeartetes Lausbubentum auszutreiben.

Die Drohungen waren allerdings mit „Allah ist groß!“ unterschrieben, was verblüffenderweise nichts zu sagen haben soll. Die Unterschrift mag durchaus bedeutungslos, also Teil des „Scherzes“ sein. Was aber wäre gewesen, wenn da etwas Braunes drunter gestanden hätte? Und wenn jemand es trotzdem gewagt hätte zu behaupten, es habe sich lediglich um einen „üblen Scherz“ ohne weltanschaulichen Hintergrund gehandelt? Den hätten sie wegen „Verharmlosung der rechten Gefahr“ öffentlich zur Minna gemacht.

Mit Entsetzen stellen Meinungsforscher fest: Immer mehr Deutsche sind von dem Verdacht erfasst, dass ihre Demokratie hohl geworden ist, der ganze Laden bloß noch Fassade. Na ja, eine demokratische Republik lebt bekanntlich von gemeinsamen Regeln, Grundlagen und Maßstäben. Wie wir jedoch an den Beispielen sehen können, neigen die Vorbeter unseres Gemeinwesens mehr denn je dazu, blitzschnell die Regeln zu ändern oder die Maßstäbe zu verschieben, sobald es ihnen in den Kram passt.

Das lässt den Graben zwischen ihnen und uns eben tiefer werden. Aber woher rührt die besondere Wut der „Ossis“ auf die Mächtigen?

Nun, DDR-Geübte erkennen in dem flinken Ändern der Maßstäbe ein Muster, das ihnen auf üble Weise vertraut ist. Der SED war es beispielsweise ein Leichtes, das Schicksal der in Pinochets Chile einsitzenden politischen Gefangenen lauthals zu beklagen, während sie in Bautzen Leute leiden ließ, nur weil die zu laut von der Freiheit geträumt hatten. Wer derlei erlebt hat, der kann angesichts von neuerlicher Doppelzüngigkeit besonders ungemütlich werden.

MEINUNGEN

*Der Publizist **Roger Letsch kritisiert** auf seinem Blog „unbesorgt.de“ die **Forderung** der ARD, die **Rundfunkzwangsabgabe** an das **Bruttoinlandsprodukt** zu **koppeln**:*

„Es ist der feuchte Traum jedes Geldverschwenders, dass automatisch jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung steht. Einfach so, Quantität vor Qualität. Hauptsache mehr, egal woher. Warum nur, werden Sie sich fragen, kommt die ARD auf solche Ideen? Geht es der ARD finanziell so schlecht, dass man sich dringend an einen steigenden Index anwanzen muss? Geht man vielleicht davon aus, dass bei steigendem BIP die Bevölkerung eher bereit sein wird, steigende Kosten für ARD und ZDF zu finanzieren? Und was wäre, wenn das BIP wie von 2008 auf 2009 auch mal wieder sinken würde? Gäbe es dann weniger Geld für ARD und ZDF, oder würde man sich dann eine andere ökonomische Kennziffer suchen, die in diesem Fall besser zu Sendungsbewusstsein und Finanzbedarf passt? Langfristig zeigt die Ausgabenkurve im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nämlich nur in eine Richtung: nach oben, egal welche Berechnungsgrundlage man für die Ermittlung des Finanzbedarfs anwendet.“

***Hannes Heine** meint im „Tagesspiegel“ (16. Oktober), **Pegida** sei zwei Jahre nach ihrer Gründung längst ein **gedanklicher Ort für viele** geworden:*

„In den Talkshows hagelte es dann erst mal Spott, die Denker dieses Landes meinten schlicht: Die dort demonstrieren sind blöd, Verlierer, Kleingeister, Ossis. Empirisch stimmte das zu keinem Zeitpunkt – Hooligans und Doktoren, Betriebsräte und Erwerbslose laufen bis heute nicht nur in Dresden nebeneinander. Nun dürfte immerhin klar sein: Pegida ist nicht nur eine Episode, schon gar nicht nur eine aus Dresden, nicht mal nur eine aus Sachsen. Pegida ist längst ein gedanklicher Ort geworden. Hunderttausende, vielleicht Millionen, haben sich mit einem Teil der Pegida-Parolen angefreundet – und zwar bei weitem nicht nur Biodeutsche. Am zweiten Jahrestag von Pegida ist nicht Pegida das Problem. Der Gesellschaftsentwurf der Pegida-Demonstranten ist vage, widersprüchlich, im besten Fall beharrend, im schlimmsten Fall reaktionär und rassistisch. ... Doch trotz der so vielfach beschimpften Pegida-Märsche (und den inzwischen steten Wahlerfolgen der AfD) bleiben von CSU bis Linkspartei, von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften konkrete Vorschläge dazu aus, wie sich die Menschen demnächst das Leben vorzustellen haben. Klare Linien fehlen, die aber braucht es, bevor man sich gesellschaftlich einigen kann. ... Nicht Pegida ist das Problem, sondern die Ideenlosigkeit der anderen.“

*Österreichs Bundeskanzler **Christian Kern** (SPÖ) kann sich im Interview mit dem „Focus“ (15. Oktober) derzeit **nicht** vorstellen, **Merkels Zuwanderungspolitik** zu **unterstützen**:*

„Das wird derzeit nur sehr schwer möglich sein. Zuerst müssen wir Kontrolle über die Grenzen restlos haben und behaupten. ... Wenn die Migrationsverträge mit den nordafrikanischen Staaten geklappt haben, dann können wir die Frage der Verteilung leichter diskutieren. Heute öffnet man eine Tür und weiß nicht, wie viele hindurchgehen.“